Nr. 191 Donnerstag, den 18. August 1904 Jahrg. 11.

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt" einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen viertelj. 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. ausschließlich Bestellgeld.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr. Sonn- und Feiertags geschlossen

Der Parteitag in Lille.

* Leipzig, 18. August.

II.

Die zweitwichtigste Debatte galt der Haltung der Kammerfraktion.

Auch hier fiel der Meinungsgegensatz zusammen, wenn nicht so genau wie in der Generalstreikdebatte, so doch in den Hauptlinien, mit der alten Scheidung zwischen den Elementen guesdistischen und denen blanquistischen oder nicht-guesdistischen Ursprungs.

Unter dem Gesichtspunkt der ursprünglichen Richtung sieht die Zusammensetzung der Kammerfraktion in umgekehrtem numerischem Verhältnis zur Zusammensetzung der Partei. Die Fraktion zählt 13 Deputierte, darunter den kürzlich ihr beigetretenen ehemaligen jaurèsistischen Abg. Piger-Saint-Etienne. Davon sind nur drei Deputierte ehemalige Guesdisten. Demgemäß kommt in der Fraktion die blanquistische Schattierung zur Geltung mit ihrem von Hause aus stark ausgeprägten Antiklerikalismus und ihrer im Vergleich mit dem Guesdismus höheren Wertschätzung der Demokratie. Nimmt man den feinen Schattierungsunterschied zur Verdeutlichung unter das Vergrößerungsglas, so kann man sagen, daß die nicht-guesdistischen Bestandteile der Fraktion (wie der Partei) in bezug auf den Antiklerikalismus und die Demokratie eine Art Uebergangsfarbe zwischen den Guesdisten und den linksstehenden Jaurèsisten bilden. Es ist, nebenbei gesagt, eine der eigenartigen Folgen der historischen Gespaltenheit des französischen Sozialismus, daß solche feine und feinste Nüancen sich dauernd in festen Gruppen zu kristallisieren vermögen.

Der Unterschied, mag er auch noch so fein sein, in der Stellung zum Antiklerikalismus und zur Demokratie muß nun aber in der gegebenen politischen Situation zu konkretem Ausdruck kommen, sobald es sich um ein Kammervotum für oder wider das antiklerikale und demokratische Kabinett Combes handelt. Und da die Fraktionsmehrheit über das Votum der ganzen Fraktion entscheidet, so ist es zu einigen Abstimmungen und Stimmenthaltungen gekommen, die in weiten Parteikreisen Unwillen hervorgerufen haben.

In Lille wurde der Fraktion vorgeworfen, sich überhaupt von den ministeriellen Sozialisten nicht scharf genug zu unterscheiden. Im einzelnen wurden namentlich folgende Abstimmungen bemängelt: 1. Die Abstimmung für das Ministerium in der ersten Interpellation Millerand, wobei die 13 Fraktionsstimmen ziffernmäßig das Kabinett gerettet haben, da die Regierungsmehrheit in diesem Falle auf 10 Stimmen sank; 2. Das Votum der Resolution des Bloc-Vorstandes in der Karthäuser-Debatte, und 3. Die Stimmenthaltung der Fraktion — mit der einzigen Ausnahme des antiministeriellen Votums von Sembat — in der Interpellation Sembat über den blutigen polizeilichen Ueberfall auf die Pariser Arbeitsbörse.

Die Verteidigung der Fraktion wurde geführt nicht nur vom Abg. Vaillant und seinen engeren Gesinnungsgenossen, sondern auch von den ehemals guesdistischen Abgeordneten Delory und Constans. Den allgemeinen Vorwurf wehrten sie durch den zutreffenden Hinweis ab, daß die Hälfte der Kammerabstimmungen überhaupt sich um den Antiklerikalismus drehten. Kein Wunder also, daß sich eine so große Aehnlichkeit zwischen den Abstimmungen der Fraktion und denen der Jaurèsisten ergebe. Dessenungeachtet aber zeige eine typische Zusammenstellung der Abstimmungen von Vaillant und von Jaurès, daß in mehr als einem Drittel der Fälle diese Führer der beiden Fraktionen verschieden gestimmt haben. Sodann betonten Vaillant und andere Fraktionsredner die Notwendigkeit, mit der gegebenen politischen Situation zu rechnen und speziell den relativ am stärksten ausgeprägten demokratischen Charakter des Kabinetts Combes zu berücksichtigen. Die Fortdauer dieses Ministeriums bürge dafür, daß Frankreich nicht in den ostasiatischen Krieg zu gunsten des Zarenreichs verwickelt werden würde. Auch wäre Combes Haltung in Streiks viel einwandsfreier als die irgend eines seiner Vorgänger. Gegenüber den Hinweisen mancher Delegierten auf die vielen gewaltsamen Mißhandlungen von Streikenden unter Combes bemerkte Vaillant, daß die Zahl dieser Mißhandlungen keinen Maßstab für die Haltung einer Regierung gegenüber der Arbeiterklasse abgeben könne: in Deutschland kommen derartige Mißhandlungen viel seltener vor als in Frankreich, das wäre doch aber kein Grund, die Regierung Wilhelms II. vorzuziehen. Auch könne man annehmen, daß die schlaffere Handhabung des staatlichen Unterdrückungs-Mechanismus überhaupt dem proletarischen Kampf zu Nutzen komme.

Was die gerügten Abstimmungen betrifft, so haben sie die Fraktionsredner wie folgt gerechtfertigt. Millerands streberische Intrigue gegen Combes hätte auf keinen Fall gefördert werden dürfen, sei es auch nur durch die Stimmenthaltung, die hier übrigens schon Millerands Geschäfte wirksam besorgt haben würde. Und hinter Millerand stehe der nationalistelnde Demagoge und imperialistische Kolonialfex Dommer nebst seinem Klüngel. Abg. Delory sagte geradezu, er werde in gleichem Fall von neuem das Ministerium gegen Millerand retten. Das ministerfreundliche Votum in der Karthäuser-Debatte bedeute die Brandmarkung der Verleumdung als einer politischen Waffe: auch die Sozialisten hätten unter der Verleumdungstaktik der Reaktion zu leiden. Endlich die Stimmenthaltung in der Interpellation Sembat wurde erklärt durch die von Combes übernommene Verpflichtung, fortan das Gesetz von 1848 betreffs der dreimaligen Aufforderung an die Menge zum Auseinandergehen strikte beobachten zu lassen.

Ghesquière-Lille (ehemals Guesdist) erkannte die Schwierigkeiten der Stellung der Fraktion an. Ferner betonte er die Notwendigkeit, mit der Stimmung der demokratischen Schichten und des Proletariats selbst zu rechnen, die (auch im Norden) der antiklerikalen Politik Combes zujubelten. Eine systematische Opposition gegen eine vorwärtsstrebende Regierungspolitik wäre für die Partei unmöglich. Aber er beantragte mit Rappoport, der seinerseits ebenfalls die Notwendigkeit, die Demokratie gegen die Reaktion zu unterstützen, anerkannte, eine Resolution, welche der Fraktion aufgibt, im Falle eines gewaltsamen behördlichen Vorgehens gegen Arbeiter stets die Regierung zu bekämpfen ohne jegliche ministeriellen Rücksichten.

Vaillant erklärte diese Resolution für unannehmbar weil sie einen indirekten und ungerechten Tadel gegen die Fraktion bedeute. Desgleichen bekämpften die Deputierten die Resolution Chauvin, welche der Fraktion verbot, Tagesordnungen zu votieren, die direkt oder indirekt das Vertrauen zur Regierung einschließen.

Ergebnis der Debatte: Zurückziehung der Resolution Ghesquière-Rappoport, Ablehnung der Resolution Chauvin und Votum einer von Lafargue beantragten Resolution, welche die Haltung der Fraktion billigt.

Dieses Ergebnis ist keine Lösung. Die Schwierigkeiten der Stellung der Fraktion sind nur die parlamentarische Seite des allgemeinen schwierigen Problems, vor das sich die P. S. de F. gestellt sieht dank des derzeitigen ungünstigen Milieus, das in meinem einleitenden Artikel zum Lille Parteitag des näheren skizziert wurde. Dieses Problem ist durch keine Kongreßformel zu lösen, da die Beschlüsse und die Tätigkeit der P. S. de F. zurzeit nach außen hin nicht maßgebend sein können. Die Partei befindet sich gewissermaßen unter dem Druck einer höheren Gewalt, gegen welche ihr bewußter Wille nicht aufzukommen vermag. Wäre sie eine junge eben entstandene Organisation, die sich ausschließlich mit der prinzipiellen Propaganda, mit der Werbung von Anhängern zu befassen hätte, so wäre ihre Stellung leicht — eben deshalb, weil sie von der gegebenen politischen Situation unabhängig wäre, weil sie der aktiven Tagespolitik schadlos fernbleiben müßte. Ihre Stellung wäre anderseits nicht minder einfach, wenn sie zu einer achtunggebietenden, maßgebenden politischen Kraft herangereift wäre. In diesem Falle könnte sie ihre eigne politische Aktion zur Richtschnur für das gesamte kämpfende Proletariat machen, anstatt genötigt zu sein, wie das in Lille vielfach betont wurde, mit dieser oder jener Stimmung und Strömung unter der breiten Arbeitermasse zu rechnen, Stimmungen und Strömungen, die unabhängig oder im Gegensatz zu ihrer eignen Aktion entstanden und erstarkt sind. Tatsächlich aber befindet sich die P. S. de F. in einer Mittelstellung zwischen einer Propaganda-Gesellschaft und einer wirklich

Feuilleton.

24]

Das Haus an der Veronabrücke.

Novelle von Friedrich Halm.

Als nun auf diese Worte das rohe Gelächter um ihn her sich nur steigerte, stan der plötzlich still, kreuzte die Arme über die Brust und sprach, die unheimlich funkelnden Blicke düster zur Erde senkend: Lacht nur, lacht, während ich weinen möchte, wenn ich nur könnte! Aber ich will den Spieß umkehren! Mein Neffe ist tot, meine Ehre ist tot, meine Rache ist tot! So will ich denn auch die Werkzeuge meiner Rache zerbrechen, Schraube und Schraubenmutter, Hammer und Amboß, alles soll in Stücke gehen! Mit Blut will ich ihnen den Tag ihrer wilden Hochzeit gesegnen, und wenn ihr dann vielleicht weint, so will ich lachen, daß mir die Augen tränen und der Atem ausgeht!" — Und damit ein wildes, schauerlich über den Platz hingellendes Gelächter ausstoßend, riß er den Dolch vom Gürtel, warf die Scheide weg und stürmte mit der blanken Waffe in der Faust gerade vor sich hin. Wo der Menschenschwall sein Fortschreiten hinderte, rief er: „Platz da, Bruder Hahnrei!" und sich durch das Gedränge Bahn brechend, nahm er bald unter überlautem Gelächter, bald gräßliche Verwünschungen und Lästerungen ausstoßend, jetzt unter dem Zuruf: „Schlagt tot!" und „Nieder mit den Deutschen!" jetzt zwei Finger über das eigene Hinterhaupt her emporhaltend und dazu aus vollem Halse: „Hahnrei, Hahnrei!" schreiend seinen Lauf gegen die Gäßchen hin, die vom Markusplatz nach San Fantino und von dort nach der Veronabrücke führen, während die neugierige Menge, nur wenige teilnehmend und bedauernd, die meisten des unverhofften, unentgeltlichen Schauspiels froh, in unruhiger Hast ihm nachwogte.

Bei dem Hause an der Veronabrücke angelangt, vermehrten noch die Nachbarn, durch den wilden Lärm und das Gebrause verworrener Stimmen aus ihren Betten aufgeschreckt, den um Ruggiero sich zusammendrängenden Menschenknäuel, während Ruggiero schweißtriefend, mit blau gerötetem Antlitz und blutunterlaufenen Augen, mit seinen zitternden Händen vergebens sich mühte, das Haustor zu öffnen, und endlich erschöpft und kaum mehr fähig, sich aufrecht zu halten, die Schlüssel klirrend auf das Pflaster niederfallen ließ. Indessen fanden sich geschäftige Hände genug, diesen Dienst an seiner Statt nicht bloß bei dem Haustore, sondern auch in der Vorhalle bei der Türe des Gemaches zu verrichten, welches Ruggiero wiederholt als die Werkstatt seiner Rache bezeichnete. Als nun auch diese Tür aufflog und völlige Finsternis den Ankommenden entgegenstarrte, drängte Ruggiero mit den flüsternd hingesprochenen Worten: „Stille, stille! Hähnchen und Hühnchen sind zu Bette gegangen! Weckt sie nicht, bis ich ihnen den Brautsegen gesprochen!" seine Begleiter zurück, stürmte mit gezücktem Dolche nach der Ecke hin, in der er vordem Heinrich Ilsung das Lager bereitet hatte und durchbohrte Decken und Kissen desselben in rasendem Ungestüm mit zahllosen Dolchstichen. Indes waren Lichter herbeigebracht worden, deren Schein das Lager, an dessen Zerstörung Ruggiero noch immer unermüdet arbeitete, als vollkommen leer erwies, zugleich aber in der entgegengesetzten Ecke des Gemaches Ambrosia sichtbar machte, die bleich und starr wie eine Leiche auf dem Estrich hingestreckt lag. Einige der Anwesenden bemühten sich alsbald, die Ohnmächtige emporzurichten und wieder zum Leben zu bringen; Ruggiero aber, dem indessen bei dem Anblick des leeren Lagers, wie vom Schlage berührt, der Dolch entsunken war, trat hinzu und wies die Hilfebringenden hinweg: „Laßt sie," sagte er, „laßt meine weiße Blume nur welken; besser sie stirbt, als daß sie in Schande lebte und Schande zur Welt brächte! — Aber wo ist mein blauäugiger, blondhaariger Zuchtstier hingekommen?" fuhr er fort: „In welches Nest hast du dich verkrochen, mein stattlicher deutscher Kuckuck, seitdem du in das meine deine Eier gelegt? Oder wie, hat Himmel und Hölle mich betrogen und hielt ich dummer Teufel den wirklichen für einen plumpen Deutschen, weil er eine blonde Perücke über seine Bockshörner gestülpt hatte und mir so treuherzig zu Diensten war? Denn wenn er nicht der Teufel ist, so muß er hier sein und ich muß ihn finden!" — Mit diesen Worten begann er alsbald toll in alle Ecken fahrend und wilde Flüche ausstoßend, alle Winkel des Gemaches wie des anstoßenden Gemachs in unruhiger Hast zu durchstöbern, wobei er die Fenster in Scherben schlug, das Hausgeräte zertrümmerte und zuletzt in wütender Verzweiflung über die Erfolglosigkeit seiner Anstrengung sich das Gesicht mit den Nägeln zu zerfleischen anfing, bis die Umstehenden, die sich längst überzeugt hatten, daß das Gemach außer Ambrosia keine lebende Seele enthalten habe und die nicht länger zweifeln konnten, in Ruggiero einen Tobsüchtigen vor sich zu haben, sich seiner bemächtigten und ferneren Ausbrüchen seiner Wut ein Ziel setzten. Als dies geschehen war, bemühten sich einige Freunde Ruggieros, die der Zufall oder das Gerücht von dem, was sich in dem Hause an der Verona-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19040818/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

aktionsfähigen Partei. Das ist die eigentliche Urquelle ihrer parlamentarischen wie außerparlamentarischen Schwierigkeiten in der gegebenen politischen Situation. Demgegenüber ist der Umstand, daß ihre verschiedenen Bestandteile noch nicht zu einer chemischen Verschmelzung gelangt sind, von untergeordneter Bedeutung; ja, die Langsamkeit des Verschmelzungsprozesses selbst ist in letzter Linie gleichfalls auf jene Urquelle zurückzuführen.

Die angegebene Mittelstellung der P. S. de F. wird vor allem dadurch gekennzeichnet, daß sie noch immer kein tägliches Parteiorgan besitzt. Ihre einzige Tageszeitung, Le Droit du Peuple (Volksrecht) in Grenoble, ist ein lokales und, wie die letzten Wahlen in Grenoble und Umgegend mit aller Deutlichkeit gezeigt haben, einflußloses Organ der Isère-Föderation. In der Kammerfraktionsdebatte hat Abg. Constans mit Recht wieder einmal, wie er es bereits auf dem Kongreß zu Reims getan, darauf verwiesen, daß der Mangel an einem täglichen Parteiorgan die Stellung der Fraktion erschwere, da sie ja in der Kammer dieses oder jenes Votum vielfach schon aus Geschäftsordnungs-Hindernissen nicht ausgiebig oder auch gar nicht erläutern könne, wie anderseits ihre rednerische Beteiligung an den Kammerdebatten wegen des gleichen Mangels an einem Parteiorgan für die große Masse wirkungslos, ungekannt bleibe. Trotzdem hat man auch in Lille die Schaffung eines täglichen Parteiorgans nur eben in beiläufigen Andeutungen berührt. Es wurde dabei noch mitgeteilt, daß die dahingehenden Versuche des Zentralrats der Partei gescheitert wären.

Aber auch das wöchentliche Parteiorgan, Le Socialiste, ist nicht auf Rosen gebettet. Dessen Situation hat sich zwar im Vergleich mit dem Vorjahre gebessert, aber an sich ist sie schlimm genug. Das vorjährige Defizit von 904 Frank machte Platz einem Ueberschuß von 24 Frank 25 Centimes. Aber unter Abzug der in Reims zur Deckung des vorjährigen Defizits veranstalteten Geldsammlung ergibt sich noch immer ein Defizit von 320 Frank.

Desgleichen deuten die Kassenverhältnisse der Partei auf eine äußerst geringe Leistungsfähigkeit. Die Aktiva bezifferte sich am 30. Juni auf 7295 Frank 10 Centimes, die Passiva auf 4039 Frank 70 Centimes, macht ein Netto-Guthaben — nicht zu verwechseln mit einem Ueberschuß von Einnahmen über Ausgaben! — von 3255 Frank 40 Centimes. Eine Einnahmen- und Ausgabenrechnung wurde dem Parteitag nicht vorgelegt. Das soll künftighin geschehen. Erhebliche Fortschritte — erheblich im Vergleich mit der sonstigen Finanzlage — hat nur die Parteibuchhandlung aufzuweisen: anstatt des vorjährigen Defizits von 265 Frank hat sie einen Ueberschuß von 483 Frank 85 Centimes geliefert.

Die Generalstreik- und die Kammerfraktionsdebatte haben die größere Hälfte der Tagungszeit in Anspruch genommen. Die sonstigen Punkte konnten übrigens ohne jeden Nachteil rasch und glatt erledigt werden.

Die Beratung der Tagesordnung des Amsterdamer Kongresses hat die vollständige Uebereinstimmung des Parteitags gezeigt. Der wichtigste Punkt: Die Regeln der internationalen sozialistischen Taktik wurde übrigens schon in Reims einstimmig in dem Sinne entschieden, daß die P. S. de F. dem Amsterdamer Kongreß die Dresdner Resolution vorschlagen werde. Es sei nur bemerkt, daß der erste Absatz dieser Resolution, der sich auf die spezifisch deutsche Vizepräsidentschaftsfrage bezieht, selbstverständlich aus dem Vorschlag der P. S. de F. ausgeschaltet wurde. Ferner wurde ohne Debatte eine von der Kommission ausgearbeitete scharfe Resolution gegen die Kolonialpolitik einmütig votiert, in welcher die Pflicht jedes Sozialisten betont wird, gegen jegliche Kolonialkredite und gegen jegliche Förderung der Kolonialpolitik zu stimmen.

Die Schulfrage wurde nach kurzer Debatte im Sinne der so ziemlich einstimmigen Ergebnisse des Parteireferendums resolviert: Verbot des kongreganistischen und priesterlichen Unterrichts aller Konfessionen; Unterhalt der Schulkinder auf öffentliche Kosten als eine notwendige Ergänzung des Schulobligatoriums; Beschränkung der Rolle des Staats auf die materielle Sicherung des Unterrichts ohne jegliche Leistungsbefugnis, also Verwerfung des staatlichen Schulmonopols, in welchem Sinne sich 11 von den 16 am Referendum teilnehmenden Föderationen ausgesprochen hatten; streng wissenschaftlicher Charakter des Unterrichts, und Sicherung der Schulkontrolle durch Schulräte, die aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorzugehen haben.

Politische Uebersicht.

Die Hereros sind durchgebrochen.

Wie wir richtig vermutet hatten, hat die Schlacht am Waterberg, die von der bürgerlichen Presse bereits als „großer Sieg" gefeiert worden ist, mehr geschadet als gut gemacht. Die Hereros sind samt und sonders durchgebrochen. An ein Zurückwerfen ist gar nicht zu denken gewesen, sogar die Verfolgung mußte aufgegeben werden. Daß der Durchbruch der Hereros von General Trotha als panikartige Flucht bezeichnet wird, ändert an dem gänzlichen Mißlingen der Trothaschen Umklammerungsoperation ebensowenig, wie der Umstand, daß die Hereros vieles Vieh, einige Habseligkeiten und zahlreiche Leichen zurückgelassen haben. Selbst wenn das erbeutete Vieh ausgestopft und nebst den eroberten Habseligkeiten der nackten Wilden in der Berliner Ruhmeshalle als Trophäe ausgestellt werden sollte, der Sieg war ein Theatersieg, die Sache ist trotzalledem vorbeigelungen. An eine baldige Beendigung des unglückseligen Krieges kann noch gar nicht gedacht werden. Das Telegramm Trothas hat folgenden Wortlaut:

> Der Feind ist nach einem Gefecht am 11. in panikartiger Flucht unter Zurücklassung von sehr vielem Vieh, Habseligkeiten und zahlreichen Leichen hauptsächlich in östlicher Richtung zurückgegangen. Ich verfolgte starke feindliche Kräfte mit den vereinigten Abteilungen Deimling und Mühlenfels mit Gewaltmarsch bis in die Gegend von Omutjatjewa, wo gänzlicher Mangel an Weide und Wasser und Trennung des Feindes die Einstellung der Verfolgung bedingte. Zahlreiches Vieh ist erbeutet. v. Estorff verfolgte von Norden umfassend, und schlug heute, am 15., Hererobanden, die am Omuramba abwärts zogen. Der Feind hatte große Verluste. Diesseits tot: Fünf Mann. Verwundet: Oberleutnant Bischof, Leutnant v. Meien und fünf Mann.

Wir sind also wieder so weit wie vorher. Nur etwas hat sich geändert und diese Aenderung verrät den neuen Geist, der nach Leutweins Verdrängung aus dem Oberkommando in die Kriegsleitung eingezogen ist: Es ist der alte preußische Hochmutsteufel, der wohlbekannte Junkerdünkel, gegen den sich der Süddeutsche Leutwein wiederholt vergangen hat. Leutwein gab nämlich in seinen Gefechtsberichten stets auch die Namen der gefallenen gemeinen Soldaten an, während Herr v. Trotha nur die Namen der Herren Offiziere veröffentlicht. Die Namen der gefallenen Offiziere müssen natürlich schleunigst bekannt gegeben werden, damit die früheren Regimentskameraden rechtzeitig in aller Form kondolieren können. Die toten Soldaten dagegen hält man offenbar nicht der Telegrammgebühren wert. Wir meinen, daß der einfache Soldat, der gegen die Hereros fällt, nicht schlechter ist, als der Offizier. Wir meinen auch, daß die Angehörigen der Mannschaften nicht schlechter sind, als die der Offiziere und genau dasselbe Anrecht darauf haben, sofort über das Schicksal ihrer Söhne und Brüder unterrichtet zu werden.

Die Kühnemänner am Pranger.

In fünfzehn überfüllten, zum teil wegen des Massenandrangs polizeilich abgesperrten Versammlungen nahmen gestern abend die Berliner Metallarbeiter Stellung zu der neuesten Provokation des verrüchtigten Kühnemänner-Verbandes. Sämtliche Versammlungen verliefen in musterhafter Ruhe und Ordnung, in allen aber herrschte auch tiefste Entrüstung über den jahrelang geübten Gewaltdruck des verhaßten Scharfmacherverbandes und helle Begeisterung für einen sich etwa als unvermeidlich herauszustellenden Kampf. Einstimmig votierten alle Versammlungen die folgende Resolution:

Die heute, den 17. August, tagende Versammlung nimmt Kenntnis vom Stande des Streiks bei Schwartzkopff und der Aussperrung der Berliner Former und Gießereiarbeiter und erklärt:

1. Selten ist wohl in so frivoler Weise eine Aussperrung wie die gegenwärtige von den Kühnemännern veranlaßt worden.

2. Wie immer ist von unsrer Verbandsleitung versucht worden, bei den Verhandlungen alle Differenzpunkte zu überbrücken.

3. Aus diesem Machtstreik lernen die Berliner Metallarbeiter, der einzigste Schutz gegen solche Unternehmerwillkür besteht in einer großen starken Organisation.

Die Versammelten werden in moralischer wie materieller Beziehung den Streikenden und Ausgesperrten jede Unterstützung gewähren.

*

Inzwischen nimmt die Aussperrung der Former ihren weiteren Fortgang. Mit Einschluß der am gestrigen Tage Entlassenen sind bis jetzt 814 Former und Kernmacher ausgesperrt. Diese verteilen sich auf 24 dem Kühnemänner-Verbande angeschlossene Gießereien, während in 13 Betrieben voll gearbeitet wird; von letzteren gehören 10 dem Kühnemänner-Verbande nicht an. Die Taktik des letzteren geht offenbar darauf hinaus, den Kampf auf Wochen hinaus zu verschleppen, bis ihnen ein genehmerer Zeitpunkt gekommen erscheint. Gegen diesen Trick wehren sich die Gießer und die Verbandsleitung hat gestern beschlossen, nunmehr aus der Defensive herauszutreten und selbst zum offenen Kampf überzugehen. Zu diesem Zweck wurde angeordnet:

In den Ringgießereien haben sämtliche noch beschäftigten Hand-, Lehm-, Platten-, Rosten- und Maschinenformer die Arbeit niederzulegen, sobald sie mit ihren Arbeiten fertig sind.

Mit Durchführung dieses Beschlusses werden bis zum nächsten Sonnabend nicht nur mindestens weitere 500 Former ausständig, sondern es werden voraussichtlich auch eine große Anzahl Dreher, Schlosser ꝛc. in Mitleidenschaft gezogen. Der Kampf erscheint also unvermeidlich. Die Kühnemänner wollten in haben, und sie trifft allein alle Verantwortung für die unabsehbaren Folgen des drohenden Riesenkampfes.

Deutsches Reich.

Herrn Leipzigers Palästinareise.

Fürs Mirbacharchiv liefert Mirbachs früherer Intimus im Roland von Berlin einen neuen Beitrag. Leipziger hatte bekanntlich eine Beschreibung der Palästinareise des Kaiserpaares auf seine Kosten drucken lassen und den aus dem Verkauf des innerlich und äußerlich im byzantinischen Stile gehaltenen Buches zu erzielenden Gesamtgewinn für „Wohltätigkeitszwecke" bestimmt. Inzwischen ist die dicke Freundschaft, die für Herrn Leipziger sehr kostspielig war, in die Brüche gegangen und Dr. Leipziger veröffentlicht einen Artikel über seine Beziehungen zu Mirbach. Einige Wochen darauf erhielt er von der Mittlerschen Buchhandlung, in deren Verlag das Werk erschienen war, ein Schreiben, worin ihm mitgeteilt wurde, daß das Buch jetzt bis auf einen kleinen Bestand ausverkauft und die Buchhandlung ermächtigt worden wäre, die sich auf 4800 Mk. belaufenden Druckkosten zurückzuerstatten. Dr. Leipziger schrieb zurück, daß der Inhalt des Briefes offenbar auf einem Irrtum des Vollmachtgebers beruhe. Er habe seinerzeit Freiherrn von Mirbach nicht nur den Reingewinn, sondern den Gesamterlös der Druckschrift zu Wohltätigkeitszwecken zur Verfügung gestellt. Darauf erwiderte die Buchhandlung, daß der Reingewinn der Druckschrift so groß gewesen sei, daß die Rückerstattung der Druckkosten gewünscht werde, obgleich sie seinerzeit für Wohltätigkeitszwecke bestimmt worden wären. Herr Dr. Leipziger entgegnete, in seinem früheren Schreiben hätte er in höflicher Umschreibung zu verstehen gegeben, daß er die Rückzahlung der fraglichen 4800 Mark als ungehörig betrachte. Da sein Schreiben nicht auf das richtige Verständnis gestoßen zu sein scheine, müsse er nunmehr fragen, was und wer die Firma Mittler dazu legitimierte, ihm einen Betrag anzubieten, den er seinerzeit dem Freiherrn von Mirbach zu Wohltätigkeitszwecken zur Verfügung gestellt habe, und von dem er annehmen müsse, daß ihn Freiherr von Mirbach gemäß seinen ihm seinerzeit bekannt gegebenen Intentionen bereits vor fünf Jahren verwendet habe. Er fordere ferner die Firma Mittler auf, ihm ihre Vollmachtgeber zu nennen, damit er in der Lage sei, an diese die Frage zu richten, woher sie den Mut und die Berechtigung nehmen, ihm eine vor Jahren zu Wohltätigkeitszwecken gespendete Summe zurückerstatten zu wollen. Nach sechs Tagen erhielt Herr Dr. Leipziger folgendes Schreiben:

Sehr geehrter Herr Doktor!

Auf Ihr geschätztes Schreiben vom 3. August teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß Seine Exzellenz Herr Freiherr v. Mirbach infolge des Aufsatzes in Ihrer Zeitschrift namens seiner Vereine uns ersucht hatte, die Druckkosten an Sie zurückzuerstatten.

In größter Hochachtung

ergebenst

E. S. Mittler u. Sohn.

Herr Dr. Leipziger bemerkt zur Charakterisierung der Sachlage, man müsse sich gegenwärtig halten, daß es sich weder um die Privatschatulle des Freiherrn, noch um seine (Dr. Leipzigers) Spenden, die bereits nach seinen Anweisungen längst verbraucht sein müßten, handle, sondern daß die Worte „namens seiner Vereine" klipp und klar auf die Kassen der Hilfsanstalten hinweisen. Des weiteren werde die Frage aufzuwerfen sein, ob die Vorstände der in Frage kommenden Vereinigungen pflichtgemäß gehandelt haben, als sie dem Antrage des Herrn Oberhofmeisters zustimmten. Am erstaunlichsten und verwunderlichsten sei aber daß Herr v. Mirbach eine ihm angeblich durch seinen Artikel zugefügte persönliche Kränkung mit fremdem Gelde abwaschen zu können meine.

Wenn Mirbach so souverän über die Kasse seiner Vereine verfügt, hätte er auch längst für eine Zurückzahlung der Gelder sorgen können, die er aus der Pommernbank erhalten hat. Hier wäre die „Empfindlichkeit" jedenfalls viel eher angebracht gewesen, als Herrn Leipziger gegenüber.

Berlin, 18. August. Die Berliner Politischen Nachrichten erklären in einem längeren Artikel, **die Ankäufe der Hibernia-aktien** seien auf Initiative der Regierung und nicht für private Rechnung erfolgt; daher sei es auch ausgeschlossen, **daß die Regierung ihren Plan aufgebe.** —

---

brücke begebe, dahin geführt hatte, die Menge der Neugierigen aus der Stube und allmählich auch aus dem Hause zu entfernen, worauf sie Ruggiero begreiflich zu machen suchten, daß es an der Zeit sei, ihn wie Ambrosia, die noch immer ihrer Sinne nicht mächtig geworden war, in ihre Wohnung heimzubringen und sie der Pflege der Aerzte und ihrer Diener zu übergeben. Ruggiero, der indessen stiller geworden, in einer Ecke des Gemachs zusammengekauert auf dem Estrich saß und die Hände vor die Stirn gepreßt, nur von Zeit zu Zeit stöhnte: „Wehe! Wehe! Wie das tobt! Wie das wütet!" Ruggiero hörte diese Vorschläge und Ermahnungen ganz freundlich und mit allen Zeichen des Verständnisses an. „Liebe Herren!" sprach er hierauf, sich erhebend und ruhig und gelassen wie ein Gesunder in ihre Mitte tretend: „allerdings ist es schon spät geworden; die hier," sagte er auf Ambrosia deutend, „ist schon eingeschlafen und auch ich fühle, daß es Schlafenszeit ist und daß ich wohltun würde, eine Ruhestätte zu suchen! Nur bleibt noch früher eine Kleinigkeit abzutun! Da ihr selbst einsehen werdet, liebe Herren, daß ich unmöglich mit dem Geweihe eines Sechzehnenders, wie ich es auf der Stirne trage, durch den schmalen Torweg dort ins Freie gelangen kann, so erlaubt mir vorerst, wie es die Hirsche ja auch mitunter zu tun pflegen, diesen etwas lästigen Hauptschmuck kurzweg abzustoßen!" — Mit diesen Worten rannte er, den nach ihm langenden Händen wie ein Aal sich entwindend, plötzlich kopfvor mit so gewaltigem Anlauf an den eichenen Türpfosten, daß er mit zerschmetterter Hirnschale zurücktaumelte, röchelnd niedersank und nach wenigen Stunden, ohne wieder zum Bewußtsein zurückzukommen, seinen unruhigen, bis zum Wahnsinn hartnäckigen Geist aushauchte.

Nach dem Tode Messers Ruggiero Malgrati, des letzten seines Namens und Geschlechtes, fielen die in seinem Besitze gewesenen Stammgüter an das verwandte Haus der Diedi, während das gesamte Spargut des Verblichenen und mehrere bedeutende Besitzungen, die er in den letzten Jahren angekauft hatte, seiner Witwe zufielen. Diese letztere, nach einigen Tagen schwerer Krankheit zur Besinnung und zum Leben zurückkehrend, erkannte zu ihrer großen Beruhigung, daß ihr Ruf durch die verhängnisvolle Nacht, die sie in dem Hause an der Veronabrücke zugebracht hatte, nicht im mindesten gefährdet worden; denn da das Haus an der Veronabrücke monatelang unbewohnt stand, da Ruggiero den jungen Deutschen bei tiefer Nacht, also ganz unbemerkt, dahin gebracht hatte, und da im Gegenteil die Nachbarn an dem verhängnisvollen Abend wohl bemerkt hatten, daß Ruggiero selbst seine Gemahlin, und zwar allein, in dasselbe verschloß, so lag nach dem allgemeinen Dafürhalten die Unmöglichkeit vor, daß Ambrosia daselbst mit irgendeinem jungen Manne hätte eine Zusammenkunft haben können, und alle darauf hindeutenden Reden Ruggieros wurden nur als wesenlose Vorspiegelungen des Wahnsinnes angesehen. Heinrich Ilsung kehrte, durch den Pfarrer von San Maria Zobenigo von dem Vorgefallenen unterrichtet, nach einigen Wochen nach Venedig zurück. Sein Zartgefühl vermied der Witwe Ruggieros, sich während des Trauerjahres zu nähern; nur verfehlte er während dieser Zeit nie, bei San Fantino in der Frühmesse, die sie zu besuchen pflegte, sich einzufinden. Nach dem Ablaufe des Trauerjahres warb er um ihre Hand, die Ambrosia ihm ohne Bedenken gewährte, indem sie Ilsung in seine Heimat nach Augsburg folgte, wo kräftige Söhne und blühende Töchter ihrer Verbindung entsproßten, die das Patriziergeschlecht der Ilsung bis in die erste Hälfte des 18. Jahrhunderts fortpflanzten. Das Haus an der Veronabrücke hatte Ambrosia vor ihrem Abzuge aus Italien, froh, eines Besitztums sich zu entledigen, das ihr so traurige Erinnerungen zurückrief, bei weitem unter seinem Werte verkauft; allein die neuen Besitzer sollten des wohlfeil erworbenen Gutes sich nicht lange freuen; denn noch vor Ende des 16. Jahrhunderts brannte es bei einer in jener Stadtgegend wütenden Feuersbrunst bis auf die Grundfesten nieder, und an seine Stelle trat im Laufe der Jahre die Reihe unansehnlicher und ärmlicher Häuser, die noch jetzt die rechte Seite des Gäßchens bildet, das von der Veronabrücke zu dem vorlängst verschütteten Kanal rio degli assassini hinführt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19040818/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Der Scherlsche Tag versichert, daß der **Kolonialdirektor Dr. Stübel** kein Abschiedsgesuch eingereicht habe. In kundigen Kreisen halte man es auch für unwahrscheinlich, daß er in nächster Zeit zu einem solchen Entschlusse kommen werde. Es liege dazu umsoweniger eine Veranlassung vor, als er in allen Fragen, auch in denen, die zeitweilig zwischen den maßgebenden Instanzen strittig waren, durchaus mit dem Herrn Reichskanzler übereinstimmte. —

Der preußische Eisenbahnminister wird eine Abordnung des Bundes der Industriellen heute Donnerstag zur Besprechung über die Einführung vorübergehender **Eisenbahnnotstandstarife für die Industrie** infolge des anhaltenden Versagens der Wasserstraßen empfangen. —

Die Mitglieder des zuständigen Unterausschusses des Reichsgesundheitsrats sind der Apotheker-Zeitung zufolge auf den 30. und 31. August zu Sitzungen im Reichsgesundheitsamt eingeladen worden, um die **Reichsarzneitaxe** zu beraten. Die Grundsätze, nach denen die Reichsarzneitaxe ausgearbeitet werden soll, sind bereits fertiggestellt. Sie werden den Beratungen zugrunde gelegt werden. Eine Anzahl praktischer Apotheker aus den verschiedensten Teilen des Reiches sind als pharmazeutische Sachverständige zu den Beratungen zugezogen worden.

Handelsverträge und Kanal. Das alte Spiel, das die Agrarier stets getrieben und stets abgeleugnet haben, treiben sie auch weiter, bis es zum Klappen kommt: den Kanal und die Handelsverträge miteinander zu verkoppeln und die beiden Projekte als gegenseitige Tauschobjekte zu behandeln. Dieses Theater dauert nun just so lange, als es im Reichstage Handelsverträge und im preußischen Landtage eine Kanalvorlage zu verhandeln gibt, d. h. über ein Jahrzehnt lang, und die Agrarier haben im preußischen Landtage die Kanalvorlage hauptsächlich darum obstruiert, um den Entscheid über sie bis zum Abschluß der Handelsverträge hinauszuschieben. „Gebt uns die Korn- und Viehzölle, die wir fordern, und wir bewilligen euch den Kanal", — also wispert es auf den Hintertreppen der Ministerien und in den Wandelgängen der Parlamente.

Oeffentlich wurde dieses offene Handelsgeschäft stets eifrig verleugnet. Diese agrarische Dementierung ging so weit, daß jetzt der etwas minderbegabte Herr Oertel, der höchstens zu Radauversammlungen und zu Knutenreden, nicht aber zur parlamentarischen Taktik zu gebrauchen ist, losgeht wie eine Bulldoge, die in den Salon kommt und die Nippes und Porzellansachen umwirft. Er rechnet aus, was in Preußen seit Jahren jedes politische Kind voraussagen konnte, daß die Beratungen der Kanalvorlage im Landtage und des russischen Handelsvertrags im Reichstag just in dieselbe Zeit fallen, und fügt naiv hinzu, er wisse nicht, „ob das von maßgebender Stelle beabsichtigt sei". An hohen kirchlichen Feiertagen glaubt Herr Oertel nicht bloß an eine himmlische Vorsehung, sondern an den ganzen christlichen Festkalender und alles, was einst in Galiläa passiert ist. Allein für die profane Gegenwart glaubt er nicht einmal an die irdische Vorsehung der preußischen Regierung und an die Erhörung der agrarischen Gebete. Da ist alles eitel Zufall, und das zeitliche Zusammenfallen der beiden Beratungen ist ihm, wie er sagt, sogar unbequem. Trotzdem kann er es sich aber nicht verkneifen, den Wunsch auszusprechen, „daß die Entscheidung über die Handelsverträge der über die Kanalvorlage vorausginge".

Herr Oertel ist ein korrekter Geschäftsmann und er hält auf Vorausbezahlung. Erst die Handelsverträge, hernach die Kanalvorlage! — ist sein Geschäftsprinzip. Es ist auch das der Agrarier überhaupt; allein die Konservativen sind nicht so einfältig, das auszuplaudern. Dafür geht dann Herr Oertel hin, um es in so tölpelhafter Weise zu dementieren, daß er tatsächlich der Katze die Schelle anhängt.

Wie die Berliner Zeitung des sattsam bekannten Herrn v. Gerlach angeblich aus Hof erfährt, gedenken die dortigen Sozialdemokraten für den Fall, daß der so rettungslos kompromittierte Herr Münch-Ferber sein Mandat niederlegen sollte, Paul Göhre als ihren Kandidaten aufzustellen. Die Berliner Zeitung bemerkt dazu: „Es beweist diese Absicht jedenfalls, daß Göhre trotz aller Parteivorstandsulase in den Massen der sozialdemokratischen Wählerschaft einen starken Anhang hat. Gespannt kann man sein, ob die Parteioberen, falls Göhre die Kandidatur annehmen sollte, wieder zum Schaden der Partei das unqualifizierbare Verfahren einschlagen werden, das der Sozialdemokratie den Wahlkreis Zschopau-Marienberg gekostet hat."

Bei den vorzüglichen Beziehungen, deren sich Herr v. Gerlach zu den Göhre nahestehenden Parteikreisen rühmt, wollen wir diese Nachricht nicht unerwähnt lassen.

te. **Herr v. Budde dementiert.** Zu dem in Nummer 185 mitgeteilten Vorkommnis auf dem Bahnhof Charlottenburg, wo dem Lokomotivführer Frenzel zugemutet worden sein soll, nach 15stündiger Dienstzeit noch weiter zu fahren, erläßt die Kgl. Eisenbahndirektion Berlin eine Richtigstellung, die sich nicht gerade durch große Klarheit auszeichnet. Zunächst wird festgestellt, daß Frenzel von morgens 3 Uhr an Dienst getan hatte, also bis 12 Uhr mittags erst 9 Stunden im Dienst war. Dann heißt es weiter: „Frenzel bestreitet ausdrücklich, so erschöpft gewesen zu sein, daß er sich nicht auf den Beinen zu halten vermochte, und will auch nur um Ablösung nach seiner Ankunft in Grunewald gebeten haben. Seine Erklärung, er lehne jede Verantwortung ab, sollte sich nur auf die von ihm noch später zu befördernden Züge beziehen, zu welcher Aeußerung er durch mißverständliche Auffassung des ihm vom Stationsbeamten gegebenen Auftrages verleitet worden war." Diese Darstellung klingt etwas dunkel. Wie kam Frenzel dazu, die Verantwortung für die Führung von „späteren Zügen" abzulehnen, wenn er, wie es in der Richtigstellung der Eisenbahndirektion heißt, sich selbst zur Weiterbeförderung des Zuges bis zur Station Grunewald bereit erklärte, wo er bestimmt abgelöst werden mußte. Ein Mißverständnis zwischen ihm und dem Stationsbeamten in Charlottenburg konnte da doch kaum entstehen. Zugegeben wird, daß Frenzel körperlich erschöpft gewesen ist, nur über den Grad der Erschöpfung streitet man noch. Eine sofortige Ablösung des erschöpften Führers war aber unseres Erachtens um so mehr geboten, als nach den eigenen Angaben der Eisenbahndirektion die vorgesehene Dienstschicht Frenzels 12 Uhr 2 Min. abgelaufen war und Ablösungsmannschaften in dreifacher Stärke ohne weiteres vorhanden gewesen sein sollen. Uebrigens ist der Vorfall zuerst durch bürgerliche Blätter in der von uns mitgeteilten Form an die Oeffentlichkeit gebracht worden.

te. **Wenn zwei dasselbe tun.** In der Druckerei der Post des seligen Herrn v. Stumm war seit zwei Monaten die durchgehende Arbeitszeit eingeführt worden, was die Verkürzung der tariflichen neunstündigen effektiven Arbeitszeit um ¾ Stunde zur Folge hatte. Das Geschäft arbeitet nach Angabe des Geschäftsleiters mit Unterbilanz, und deshalb wurde die alte Arbeitszeit wieder eingeführt. Die Gehilfen weigerten sich nun, an zwei Tagen in der Woche ihre Mittagspause zur Arbeit zu benutzen, wofür es nämlich keine Entschädigung gibt. Am nächsten Zahltag wurden mehrere Gehilfen, darunter der Vertrauensmann, entlassen. Erst der Intervention des Personals und des Gauvorstandes gelang es, den gemaßregelten Vertrauensmann wieder in Arbeit zu bringen, während die übrigen Entlassenen „bei Bedarf" in erster Reihe berücksichtigt werden sollen. Welches Geschrei würde die Post wohl erheben, wenn etwa in einer sozialdemokratischen Druckerei die Forderung gestellt würde, während der Mittagspause einen Extraprofit herauszuschinden und dann die Gehilfen, die sich dieser tarifwidrigen Forderung widersetzten, einfach aufs Pflaster geworfen würden. Nicht nur die Post würde da über sozialdemokratische Ausbeutung zetern, auch noch andre Leute würden da kräftig vom Leder ziehen.

S. **Militärjustiz.** Die schreiende Ungerechtigkeit des Militärstrafgesetzbuches tun folgende zwei Urteile des Kriegsgerichts in Augsburg wieder aufs deutlichste dar. Am 31. Mai weigerte sich ein Soldat der 9. Kompanie des 20. bayr. Infanterie-Regiments in der Kaserne zu Lindau, einen Auftrag des Unteroffiziersdienst versehenden Gefreiten Kromer auszuführen, weil der Auftrag bereits von dem dazu bestimmten Soldaten ausgeführt wurde, anderseits aber auch deswegen, weil er den Befehl nicht als solchen betrachtete und er überdies mit „Du" angeredet wurde. Nebenbei bemerkt, ist der Gefreite mit dem Soldaten zu gleicher Zeit eingerückt, sie waren also Kameraden. Der neugebackene Gefreite, erbost über die Nichtachtung seiner Autorität, versetzte darauf dem Soldaten einen Stoß vor die Brust, daß dieser fast zum Fenster hinausgeflogen wäre. In Erwiderung dessen drohte der Mißhandelte mit einem Gewehrkolben und als ihm dieser abgenommen war, warf er dem Gefreiten einen Schemel zu, ohne zu treffen. Darauf schlug der Gefreite den Soldaten derart ins Gesicht, daß dieser zu Boden stürzte und bewußtlos ins Lazarett gebracht werden mußte, wo eine Gehirnerschütterung konstatiert wurde und wo der Mann 30 Tage lang lag und heute noch daran leidet. Man sehe sich nun das Urteil an: Der Gefreite, der die Tätlichkeiten begann und Anlaß zu der ganzen Sache gab, erhielt **14 Tage mittleren Arrest**, der Soldat, dem ein ausgezeichnetes Führungszeugnis zur Seite stand, wurde zu **9 Monaten Gefängnis** verurteilt. Die Annahme mildernder Umstände rettete ihn vor der Mindeststrafe von **5 Jahren** Gefängnis!

tz. **Und noch einmal die Pfalzbahn-Verstaatlichung.** Die nächsten 14 Tage sind für das Schicksal der Pfalzbahnen entscheidend; denn längstens bis 1. Oktober muß die bayrische Regierung den Aktionären mitteilen, ob sie ihr Angebot ablehnt oder annimmt. Der Verkehrsminister v. Frauendorfer hat ja bereits persönlich das Angebot für annehmbar erkannt, ebenso ist der Finanzminister v Riedel dem Vorschlage geneigt. Obwohl die übrigen Minister weniger in Betracht kommen, so wird doch ein Ministerrat zu entscheiden haben, bevor die Angelegenheit vor die höchste Stelle gelangt. Die Stimmung ist allseitig dem Vorschlage günstig. Bis zum 1. Januar 1906 muß, damit am 1. Januar 1909 die Verstaatlichung erfolgen kann, auch der Landtag seine Zustimmung gegeben haben. Bekanntlich finden nächsten Sommer Neuwahlen statt, und der neue Landtag wird vielleicht als erste und dringendste Vorlage die Pfalzbahn-Angelegenheit zu regeln haben. Wenn auch heute die Zusammensetzung der 2. bayrischen Kammer nicht vorauszusehen ist und die neugewählte Mehrheit möglicherweise Schwierigkeiten bereitet, so darf doch als das wahrscheinlichste angenommen werden, daß am 1. Januar 1909 die Pfalzbahnen verstaatlicht sind.

Aus Furcht vor Strafe wegen der ihm zur Last gelegten Verleumdung Vorgesetzter in einem anonymen Brief an den Obersten des Regiments erschoß sich in Metz der Gefreite Munding des bayerischen Infanterieregiments Nr. 8.

Kleine politische Nachrichten. Die Bevölkerung von Clermont verhinderte gestern die **Vertreibung der Ursulinerinnen** zu Ambert und griff den überwachenden Gendarmerieoffizier und den Gerichtsschreiber an. Da kein Schlosser das Tor des Klosters aufbrechen wollte, verließ der Liquidator den Platz und benachrichtigte die Behörden, daß es unmöglich sei, den Auftrag auszuführen. — Die **Mühlenarbeiter von Budapest**, etwa 5000 Mann, stellten gestern abend die Arbeit ein und beschlossen, den allgemeinen Ausstand heute zu beginnen. — Der **Ausstand in Brüx und Dux** ist beigelegt.

Italien.

Frankreich und der Vatikan.

ao. Im Vatikan scheint man einlenken zu wollen, wenigstens deutet ein Artikel im Osservatore Romano, dem offiziösen Organ der Kurie, darauf hin. In diesem wird auseinander gesetzt, daß ein Bruch zwischen dem Staat und der Kirche für die letztere nicht von Vorteil sei, daß beide vielmehr zusammen in Frieden arbeiten müßten. Der Artikel ist an die Adresse der Intransigenten unter den Katholiken Frankreichs gerichtet, welche den dauernden Bruch zwischen Kirche und Staat wünschen, oder sich doch so stellen, als ob dieser ihnen von Vorteil sei.

Großbritannien.

Sozialisten und Arbeiter-Kandidaten.

ao. Bezeichnend für die politische Auffassung innerhalb der englischen Arbeiterschaft ist folgender Vorfall: Will Thorne, der Generalsekretär der Gasarbeiter-Gewerkschaft ist in Westham-London als Parlamentskandidat aufgestellt. Thorne ist Sozialist und hat sich als sozialistischer und Arbeiter-Kandidat bezeichnet. Seine Kandidatur wird unterstützt vom Arbeitervertreter-Komitee und nach seinem Statut darf dieses nur reine Arbeiter-Kandidaten unterstützen. Das Komitee sowohl, als auch die Gasarbeiter-Gewerkschaft haben nun gegen Thornes Bezeichnung als Sozialist protestiert. Dieser hat erklärt, daß ihm durch die sozialdemokratische Federation die Hände durchaus nicht gebunden seien und daß er sich der Abstimmung seiner Gewerkschaft fügen werde. — Bei einer solcher Furcht vor dem bloßen Namen Sozialist scheint der Weg, den die englische Arbeiterschaft zurückzulegen hat, bis sie zum vollen Klassenbewußtsein gekommen, noch ein langer zu sein.

Australien.

Das Arbeiterministerium.

ao. Das australische Arbeiterministerium ist einer Mehrheit von nur zwei Stimmen unterlegen. Nach englischen Blättern stimmten in der Tariffrage neben den 22 Arbeiterabgeordneten noch 10 protektionistische Liberale, 4 Konservative, zusammen also 36 für das Ministerium, denen 38 konservative und liberale Stimmen gegenüber standen. Der Premierminister Watson hat den Generalgouverneur ersucht, durch Auflösung des Parlaments an das Land zu appellieren. Geschieht dies, so bleibt das Ministerium Watson noch solange im Amt, bis das Volk gesprochen hat, andernfalls würde die Arbeiterpartei wieder in die Opposition gehen. Das Arbeiterministerium war von Ende April an, also nur etwas über drei Monate am Ruder. Der Sturz erfolgte durch die sonderbare Parteibildung, welche er mit sich bringt, daß keine Partei die volle Majorität für sich hat, sondern die an der Regierung befindliche ist stets auf die Unterstützung einer anderen angewiesen. Noch ist das große Experiment nicht zu Ende geführt, niemand hätte aber das Recht, den Arbeiter-Ministern Unfähigkeit zu Regierungsgeschäften vorzuwerfen.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Immer mysteriöser wird die mysteriöse Bautzner Offiziers-Affäre.

Der Oberst und sämtliche Offiziere des 4. Infanterie-Regiments Nr. 103 hatten gegen das 24 Jahre alte Dienstmädchen Marie Martha Kalich aus Bautzen als der Urheberin der Gerüchte über wüste Orgien im Restaurant Fuchsbau zu Bautzen, aus denen sich dann die Bautzner Offiziersaffäre und die nachfolgenden Preßprozesse entwickelt haben, Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Ueber die Verhandlung vor dem Landgerichte Bautzen berichtet die Zittauer Morgenzeitung:

Die Angeklagte Kalich diente von 1900 bis zum April 1903 bei dem Kürschnermeister Kurze in Bautzen, wo sie öfter Dienstmützen in die Wohnungen von Offizieren zu tragen hatte und diese dadurch den Namen nach kennen lernte. Vom April bis Oktober 1903 war sie auf dem Bautzner Bahnhofe beschäftigt. Hier fiel es nun der Köchin Hofmann auf, daß die Kalich oft des Nachts **im Traume vom Verkehr mit Herren laut phantasierte**, sie stellte daher die Kalich eines Tages zur Rede, und diese erzählte nun die **unglaublichsten Dinge**, die sie im Traume beschäftigten und die sie selbst aber **auch erlebt haben wollte.** Nach dem Wortlaut der Anklage hat die Angeklagte erzählt, seit zwei Jahren bestände in Bautzen ein Klub, dem **einige Direktoren Bautzner Fabriken, sowie verschiedene Offiziere des Regiments Nr. 103 angehören sollten.** Diese hätten im Restaurant zum Fuchsbau ein Zimmer gemietet und feierten dort unsittliche Orgien, bei denen die Herren und Damen in nackige Gewänder gekleidet seien. Sie sei von Offizieren dorthin gelockt worden und habe selbst an den Orgien teilgenommen, und zwar in Gesellschaft einer jungen Dame, deren Bruder Mitglied des Klubs gewesen sei. Dieses Mädchen, mit Namen Möring, sei aber so gemein in ihrem Verkehr mit den Männern gewesen, daß sie die Kalich, gebeten habe, man möge sie deren Gesellschaft entziehen. Trotzdem habe sie sich den Mitgliedern des Klubs preisgeben müssen. Wenn sie sich geweigert habe, hätte man sie mit einer Reitpeitsche geschlagen, ihr auch bei einer Gelegenheit eine Rippe gebrochen. Ein mitanwesender Stabsarzt habe sie verbunden, dann sei sie in einer Droschke nach Hause gefahren worden und habe noch lange Schmerzen gelitten. Ein andres Mal sei ein Mädchen verkehrt aufgehangen worden, bis sie ohnmächtig geworden sei; auch habe man ihnen Tropfen eingeben wollen, damit sie durch den Verkehr nicht krank würden. Der Hofmann gegenüber äußerte sie einmal: „Ich bin schon so tief gesunken, daß ich wohl nicht mehr auf richtige Wege kommen werde". Später schrieb sie von Oehna aus an die Hofmann Briefe, worin sie ihre Freude darüber ausdrückte, daß sie nunmehr wieder ehrbare Wege wandele. Auch nach Oehna sei ein Offizier gekommen, der ihr wegen ihres Wegbleibens aus dem Klub Vorwürfe gemacht habe. Zu der Teilnahme an den Gelagen habe sie sich durch Kontrakt auf drei Jahre verpflichten müssen, dafür aber monatlich 200 Mk. erhalten, die der Rentier von Seller aus Dresden, auch ein Mitglied des Klubs, in Verwahrung genommen habe. **Der Hofmann ist allerdings aufgefallen, daß die Kalich Schmucksachen und andere Dinge ihr eigen nannte, die sie sich nicht von ihrem Lohn in Höhe von 10 Mark pro Monat hätte leisten können.** Dem Polizeiwachtmeister Günther gegenüber leugnete sie anfangs alles ab, gab aber später zu, daß sie alles erfunden habe und nichts Wahres an ihren Angaben sei. Zu der Hofmann hat sie aber später gesagt, es sei alles trotzdem wahr, sie habe nur deshalb so ausgesagt, um die beteiligten Herren vor Strafe zu schützen. Heute antwortete sie beharrlich auf alle Fragen des Vorsitzenden mit der immer wiederkehrenden Redensart: „Ich weiß nicht mehr!" Als ihr ihre früheren Erzählungen vorgehalten wurden, gab sie zu, diese erfunden zu haben, ohne einen Grund für ihre Handlungsweise anzuführen. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde die Verhandlung vertagt, um neue Zeugen zu laden und ein ärztliches Gutachten über den geistigen Zustand der Angeklagten einzuholen.

Wie gesagt, immer rätselhafter wird die ganze Affäre. Die Angaben des Mädchens sind so ungeheuerlich, daß man sie für erfunden halten müßte. Aber sollte man es für möglich halten, daß ein erst 24jähriges Mädchen imstande sei, derartige Orgien, und noch dazu mit so spezialisirten Angaben, aus freier Faust zu erfinden? Und dann das Verhalten des Mädchens, das einmal ihre Behauptungen für wahr, das andere Mal sie für erfunden erklärt . . . Und wenn man dann noch hinzufügt, daß vom Kommando über verschiedene Bautzener Lokale, darunter auch das Restaurant Fuchsbau, wegen angeblicher Ungehörigkeiten das Militärverbot verhängte, dann möchte man annehmen, daß man sich in der ganzen Angelegenheit noch auf recht merkwürdige Ueberraschungen gefaßt machen darf. Jedenfalls ist die so dringend notwendige Aufklärung in dieser Angelegenheit, die so viel Aufsehen gemacht und die Oeffentlichkeit so erregt hat, bis jetzt nicht nur ausgeblieben, sondern der Phantasie ist durch die neuerlichen Prozesse erst der weiteste Spielraum eingeräumt worden.

---

m. **Ilmenau**, 15. August. Vor einiger Zeit wollte der Großherzog von Weimar „seiner lieben Bergstadt" einen Besuch abstatten. Um den Landesvater fürstlich empfangen zu können, forderte der Magistrat 1000 Mark zur Schmückung der Straßen. Doch im Gemeinderat wurde, wie wir berichtet haben, diese Forderung mit Stimmengleichheit abgelehnt. Unsere acht Genossen erklärten, wenn die reichen Herrschaften den Landesvater pomphaft empfangen wollen, so möchten sie auch die Kosten tragen. Nachdem die Ablehnung erfolgt war, machten sich die Fabrikanten und sonstige Finanzgrößen auf die Socken und sammelten auf einer Liste die nötigen Gelder und es soll mehr eingekommen sein, wie notwendig gewesen. Inzwischen ist der „Landesvater" dagewesen und hat sich „über den Empfang sehr gefreut". Bei diesem Besuch scheint er aber auch erfahren zu haben, daß der Gemeinderat obigen ablehnenden Standpunkt eingenommen habe, er verlangte — wie bekannt — einen eingehenden Bericht über diese Sitzung. Wie der Fürst den Bericht aufgenommen hat, ist nicht bekannt geworden. Die Bourgeoisie heizte aber ihren Vertretern im Gemeinderat ein, diese Bewilligungsfrage im Gemeinderate nochmals zur Sprache und zur Abnimmung zu bringen. Das haben sie denn auch getan und siehe da, der Antrag auf Nachbewilligung wurde mit 10 gegen die 8 Stimmen unserer Genossen angenommen. Die Bourgeoisie hat gesiegt — bei den nächsten Gemeindewahlen jedoch wird sie die Antwort erhalten für diese Leistung. Das Vorkommnis ist typisch für unseren Prozentpatriotismus. Patriotismus muß sein, aber immer auf Kosten der Allgemeinheit!

Hierzu zwei Beilagen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19040818/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Schmiede.

Sonnabend, den 20. August, abends 8 Uhr
Ausserordentliche General-Versammlung
in den Sälen der **Flora**, Windmühlenstraße.
Tagesordnung: 1. Neuwahl der Ortsverwaltung. 2. Verbandsangelegenheiten. ☞ Ohne Buch kein Zutritt. ☜ [13664

Sonntag, 21. August **Grosses Sommerfest** im Etablissement Goldene Krone, Connewitz.

Soziald. Verein L.-Ost.

Freitag, den 19. August, abends 1/2 9 Uhr
Versammlung im Thüringer Hof
L.-Volkmarsdorf.
Tagesordnung: 1. Die politische Lage. Referent: Reichstagsabgeordneter **Georg Schöpflin.** 2. Vereinsangelegenheiten.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vorstand.**

Drechsler aller Branchen!

Freitag, 19. Aug., abends 1/2 9 Uhr im **Coburger Hof**, Windmühlenstr.
Oeffentl. Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht über den Verlauf unserer Lohnbewegung. 2. Gewerkschaftliches. [13681
Kollegen! Die jetzige Situation erfordert die Anwesenheit aller Kollegen.
Die Sektionsleitung.

Maschinisten u. Heizer

(Zentralverband).
Sonnabend, den 20. August, abends 1/2 9 Uhr
Oeffentl. Versammlung
in **Stadt Hannover**, Seeburgstraße.
Tagesordnung: 1. **Vortrag über Hypnotismus und Suggestion.** 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
Zahlreiches Erscheinen wünscht **Das Agitationskomitee.**

Sonnabend, den 27. August
Grosses Sommervergnügen im Sanssouci.
Einlaß abends 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Programme im Vorverkauf 15 Pfg. sind bei den **Komiteemitgliedern** und **Kassierern**, als auch bei den **Büfettiers** in **Stadt Hannover** und im Sanssouci zu entnehmen [13663] **Das Vergnügungskomitee.**

Steinsetzer.

Sonntag, den 21. August, nachmittags 3 Uhr
Mitglieder-Versammlung
in Stadt Gotha, Große Fleischergasse 14.
Zahlreiches Erscheinen dringend notwendig. **Der Vorstand.**
Die am 27. Juli auszufüllenden Fragebogen sind mitzubringen u. abzugeben.

Sonnabend, den 20. August 1904
Grosse öffentliche
Dölitz. Turner-Versammlung
im Restaurant zur Friedenseiche.
Tagesordnung: 1. **Warum gründen wir einen zweiten Turnverein?** 2. Diskussion. [13680
Alle Einwohner und Turnfreunde werden dazu eingeladen. **Der Einberufer.**

Sonntag, den 21. August
Bahnausflug nach Nerchau
der Leipziger Naturheilvereine.
Abfahrt 6 Uhr 22 Min. früh vom Dresdner Bahnhof. — Die Fahrkarten sind Freitag, den 19., und Sonnabend, den 20. August, von 8 Uhr abends an im Restaurant Johannistal zu entnehmen. — Nachzügler erhalten dieselben noch 1/2 Stunde vor Abgang des Zuges am Bahnhof.
Um recht zahlreiche Beteiligung bittet **Der Gruppenvorstand.**

Verein für Naturheilkunde L.-West

Sonntag, den 21. August
Bahnausflug nach Grimma-Nerchau
sämtlicher Leipziger Naturheilvereine.
Abfahrt 6 Uhr 22 Min. früh vom Dresdner Bahnhof. Fahrpreis 1.65 Mk. Anmeldung bis Sonnabend, abends 7 Uhr, beim Vorsitzenden. Nachzügler erhalten Karten noch 1/4 Stunde vor Abgang des Zuges am Bahnhof.
Radfahrer 3/4 5 Uhr ab Felsenkeller.
Sonntag, den 28. Aug., **Ausflug** mit Musik nach **Kl.-Dölzig.** Abmarsch früh 7 Uhr vom Felsenkeller. **Der Vorstand.**

Kleider machen Leute!

Radfahrer-Anzüge, Hose, Weste, Jackett		Mk. 12	
Einen Posten Herren-Hosen, Partie	von 1.50	Mk.	an
Einen Posten Kellner-Hosen, schwarz	„ 2.90	„	„
Einen gr. Posten Herren-Anzüge, modern	„ 10.50	„	„
Einen gr. Posten Sommer-Paletots, gute Stoffe	„ 6.—	„	„
Einen Posten Schulanzüge, Partie	„ 2.50	„	„
Einen Posten Kinder-Joppen, Partie	„ —.50	„	„
Einen Posten „ u. Blusen	„ —.50	„	„
Manchester-Hosen	„ 1.50	„	„

A. Hunold, 5 Barfußgasse, zwischen Markt u. Fleischergasse parterre u. 1. Etage früher Kleine Fleischergasse 5, an den Stufen. 5

Möbel-Ausstattungshaus Hermann Fontius
Gohliser Möbelhalle
Neuß. Hallesche Str. 106, **L.-Gohlis,** Neuß. Hallesche Str. 106
empfiehlt **ganze Wohnungs-Einrichtungen** sowie **einzelne Möbel** unter **langjähriger Garantie.**
Illustrierte Preislisten umsonst und portofrei.

Freie Turnerschaft Markranstädt
Morgen, Freitag, abend 9 Uhr
Monatsversammlung
im Vereinslokal. [13652
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Der Turnrat.

Dienstag u. Freitag Schlachtfest
Von früh 1/2 7 Uhr an Wellfleisch.
E. Vetters, Täubchenweg 16.

Bayrische Strasse 24
Kleine Markthalle.
Morgen Schlachtfest.

Neue **Vollheringe**
zarte dickrückige Fische
à Stück 5, 6, 8 Pfennige,
extragrosse, nur milchene, à St. 10 ₰
Billige Seefische

als **Schellfisch, Kabeljau, Seelachs** rc. auf Eis, täglich frisch.
F. Wiederverkäufer bill. Bezugsquelle.
Hamburger Fischhalle
Lindenau, nur Querstr. 2.
fl. neue geräuch. Heringe.

Zigarren, Zigaretten
und **Tabak** empfiehlt [5727
E. Krübler, L.-Plagwitz
Zschocherische Straße 50.
Filiale: **L.-Lindenau,** Merseburger Str. 80, neben Vater Jahn.
NB. Abonnements auf die Volkszeitung werden jederzeit entgegen genommen.

Zigarren, Zigaretten
Tabak etc.
Ständiger Käufer verbleibt ein jeder, welcher nachstehende Qualitätssorten raucht
6 Pfg. Preislage Nr. 50, Nr. 78, Nr. 79.
5 Pfg. Preislage Nr. 53, Nr. 54, Nr. 57.
Bruno Syrbe
Lindenau, Lützn. Str. 67, vis-à-vis Lutherstr.
Volkszeitung liegt aus.

Kaufte mit **4 alliierten Geschäften Fabrikläger vogtländischer**
Gardinen
und kommen dieselben zu Serienpreisen zum Verkauf. [13387

Serie I.	1.75	anstatt 3.—	ℳ per Fenster
„ II.	3.25	„ 5.—	„ „ „
„ III.	4.75	„ 7.—	„ „ „
„ IV.	6.50	„ 10.—	„ „ „

Stores, Vitragen, Blenden zu Engrospreisen.
Tüll-Bettdecken in großer Wahl.
Leo Engel
Hainstrasse, Ecke Brühl.

Schwitzer

in guter, haltbarer Ware verkauft zu ganz billigen Preisen
Wollwarenfabrik Weststr. 67, pt.
Vereine Vorzugspreise.
Solidaritätsschwitzer stets vorrätig.

Leder

kauft man am besten und billigsten bei
August Funk, Volkm., Eisenbahnstr. 85,
Albert Funk, Lindenau, Marienstr. 28

Schuhwarenhaus
Rich. Rumler vorm. A. Häder
Lindenau, Josephstr. 43
macht Freunde und Bekannte auf seine **soliden Schuhwaren** aufmerksam.
Grosse Auswahl in farbigen Schuhwaren.

Curt Arndt
vorm. **R. Becker**
Uhrmacher
Ranstädter Steinweg 33
empfiehlt [10810
Uhren u. Goldwaren
in reicher Auswahl. Reparaturen unter Garantie zu billigsten Preisen. Einkauf von Gold, Silber, Platin rc.

Solide und preiswerte
Möbel
kauft man unter Garantie auch auf Teilzahlung bei
Max Scherz, Plagwitz, Karl-Heine-Str. 61.

Reichs-Ecke

Reichsstrasse 45/47.
P. Danneberg.
Vorzügl. Mittagstisch von 12—3 Uhr.

Formerheim,

Restaurant
Lindenau, Bismarckstr. 36.
Empfehle mein **freundliches Lokal** zur gefälligen Benutzung. **Speisen und Getränke hochfein.** — **Freitag** und **Sonnabend Schweinsknochen.** — **Sonnabend** von 10 Uhr abends an **Speckkuchen.**
8348] Hochachtungsvoll **Oskar Schmidt.**

Westend-Hallen

früher: Insel Helgoland **Plagwitz.**
Morgen Freitag, den 19. August
Grosse humoristische Soiree
der beliebten u. einzig dastehenden **Seidel-Sänger**
Neueste Schlager. Urfidel. Feines Programm.
U. a.: Genie und Liebe und Musselmelers Jubiläum.
Nach dem Konzert: **Grosser Fest-Ball.**
☞ Küche und Keller vorzüglich. ☜
13656] Ergebenst **Fritz Kemme.**

Gasthof Althen.

Sonntag, den 21. August
Grosse Ballmusik.
Vorzügliche Speisen und Getränke.
13656] Ergebenst **O. Ziegler.**
Gleichzeitig Sommerfest des Volksbildungsvereins Borsdorf u. Umgeg.

Zahn-Atelier Bernhard Massloff, Königstrasse 4.
Naturgetreuer Zahnersatz ohne Entfernung der Wurzeln. Vorzügliches Material, beste Ausführung garantiert. **Zahnziehen** schmerzlos in örtlicher Betäubung. **Reparaturen** und Umarbeitungen, auch von mir nicht gefertigter Gebisse schnell und billigst. Vorbehandlung des Mundes, sowie Gaumenplatte wird nicht extra berechnet.
Zahlungsweise nach Uebereinkunft ohne jeglichen Preisaufschlag.

Wichtig für Händler und Gastwirte!

Ein grosser Posten
Emaille-Küchengeschirr
(Pa. Qualität) wird **Nikolaistrasse 29, im Hofe,** zu **außergewöhnlich billigen Preisen** abgegeben. [13679

Reparatur-Werkstatt
für Nähmaschinen aller Systeme
Singer Co. Nähmasch.-Akt.-Ges.
(Frühere Firma: G. Neidlinger)
Leipzig, Augustusplatz 1.

Grösstes und ältestes [6339
Nähmaschinen-Geschäft Deutschlands.

Auf der Pariser Weltausstellung wurde den **Original-Singer-Maschinen** der **Grand Prix,** der höchste Preis der Ausstellung, zuerkannt.

Zur gefl. Beachtung!
Alle von anderen Nähmaschinengeschäften unter dem Namen „Singer" ausgebotenen Maschinen sind einem unserer älteren Systeme nachgebaut, welches hinter unseren neueren Systemen von Familien-Maschinen in Konstruktion, Leistungsfähigkeit und Dauer weit zurücksteht.

Bessere u. einf. Schreib- u. Kleidersekr., Vertikos, Vorsaalschränke 12-75 Mk., Küchenschr. 5-50, Kommoden 10-80, Stühle 2-12, Bücherschränke 18-90, Schreibtische 15-180, Tische 3-50, Bettstellen mit Matratzen 8-70, Sofas 18-100 Mk. [11362
Bräutigam, Schletterstr. 2.

Räumungs-Ausverkauf.
Wegen zu wenig Raum verlege ich mein Geschäft schräglüber nach
Kreuzstrasse 17.
Verkaufe daher sämtl. **Möbel, Spiegel u. Polsterwaren** zu bedeutend ermäß. Preisen. [12617
Möbelmagazin Emil Miehlke
Kreuzstraße 30.

Bandwurm,

sowie **Spul- und Maden-Würmer** beseitigt angenehm und unschädlich und laut Attesten sicher **Wurm-Schokolade Curbitin** (ges. gesch.) (je 50 Proz. Schokoladen- und Kürbiskernmasse).
Jetzt ist die beste Zeit zu einer Reinigungskur! Allein echt erhältlich zu 3.— und 2.— Mk. für Erwachsene und 1.50 und 1.— Mk. für Kinder durch
Sanitäts-Bazar THALYSIA
Neumarkt 40 u. Rathausring 1; Gohlis, Hallesche Str. 81; Lind., Gundorf. Str. 13 n. Lindenbad; Plag., Mühlenstr. 11; Thonh., Stötteritzer Str. 23; Volkm., Kirchstr. 84.

Korpulenz
Fettleibigkeit
wird beseitigt durch die **Tonnola-Zehrkur.** Preisgekrönt m. gold. Medaillen u. Ehrendiplomen. Kein starker Leib, keine starken Hüften mehr, sond. jugendlich schlanke, eleg. Figur u. graziöse Taille. Kein Heilmittel, kein Geheimmittel, sond. naturgemäße Hilfe. Garant. unschädlich f. d. Gesundheit. Keine Diät, keine Aenderung d. Lebensweise. Vorzügl. Wirkung. Paket 2.50 ℳ frko. geg. Postanw. od. Nachn.
D. Franz Steiner & Co.
Berlin 129, Königgrätzer Str. 78.

Empfehle sämtliche
Gummi-Artikel
z. Wooh.- u. Krank.-Pflege, Leibbind., Luftk., Hosenträg., Badehaub., Massage-Art., Halskettchen f. zahn. Kind. Preisliste 30 Pfg.
Frau **Auguste Graf,** Neumarkt 5.

Rat und Hilfe bei Frauenleiden
erteilt mit nachweislich großem Erfolg Fr. Gossmann, f. Herren J. H. Gossmann, Vertr. d. Naturheilkunde Lb., Josephstr. 34.

Dank.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Vaters und Schwiegervaters, des **Steindrucker-Invaliden**
Gottlob Hermann Döbler
sagen wir hiermit unseren Dank. Dank auch dem Gesangverein Immergrün für den schönen Grabgesang. [13677
Leipzig, den 17. August 1904.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Vaters, Herrn
Hermann Emil Janke
sagen wir allen Verwandten und Bekannten, sowie seinem verehrten Chef, Herrn Schöttler, seinen Kollegen und dem Turnverein zu Stötteritz für den schönen Blumenschmuck und Begleitung zur letzten Ruhestätte unseren herzlichsten Dank. [13668
Stötteritz, den 18. August 1904.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Lange in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19040818/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Der Landesverband der sächsischen Saalinhaber hielt am 16. und 17. seine erste Jahresversammlung in Chemnitz ab. Nach den üblichen Begrüßungsreden erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht, dem zu entnehmen ist, daß der Vorstand im Interesse der Saalinhaber verschiedene Eingaben an die Regierungsbehörden gerichtet hat; einige davon hatten Erfolg. Der dann folgende Kassenbericht schloß mit einem Defizit von 509,27 Mk.; die Einnahmen betrugen 1815,95 Mk., die Ausgaben 2325,22 Mk. In dem nun folgenden Vortrage des Verbandssyndikus, Rechtsanwalt Dr. Freytag-Dresden, über Ziele und Zwecke des Landesverbandes der Saalinhaber im Königreich Sachsen bezeichnete der Referent den Saalwirtestand als einen solchen, der mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Die Zahl der Konkurse und Zwangsversteigerungen redeten eine deutliche Sprache. Die Einkünfte seien zurückgegangen, die Unkosten aber gestiegen. Durch die Alkoholgegner und die Bestrebungen der Vereine zur Hebung der Sittlichkeit bedrohten den Wirtestand weitere Gefahren. Die Alkoholgegner und die Kirche sähen in den Tanzbelustigungen etwas zur Unsittlichkeit treibendes. Dagegen müsse Front gemacht werden, im Notfalle mit Hilfe der Presse, um die Stimme des Volkes in dieser Frage entscheiden zu lassen.

Den größten Teil der fünfstündigen Versammlung nahm die Beratung über das Militärverbot in Anspruch. Herr Mosemann-Leipzig begründete einen Antrag des Kreisverbandes Leipzig. Er tat das ausführlich und mit einer Schärfe, daß, als er eine halbe Stunde gesprochen hatte, Zurufe ertönten, die erkennen ließen, daß die Rufer — jedenfalls Leute, die noch nicht unter dem Militärboykott zu leiden hatten — sich langweilten. Ihnen rief der Referent zu, daß es zu bedauern sei, wenn es noch in diesen Kreisen an Interesse für eine so eminent wichtige Frage fehle. Redner führte aus, daß es den Kollegen auf dem Gastwirtsverbandstag in Crimmitschau vor zwei Jahren, als er das erste Mal über diese Frage referiert habe, wie Schuppen von den Augen gefallen sei; selbst in Kollegenkreisen habe man bis dahin keine Ahnung gehabt, mit welchen Mitteln die Saalinhaber zu bestimmen versucht und tatsächlich bestimmt würden, einer gewissen Partei — in Sachsen der sozialdemokratischen — die Säle zu Versammlungen zu verweigern. Früher sei das Militärverbot nicht aus politischen Gründen gehandhabt worden; das habe erst nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes begonnen. Der Polizei habe das Gesetz noch in den Knochen gesteckt, die auch nach 1890 noch alles Mögliche und Unmögliche tue, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, und so auch auf dem Gebiete der Saalabtreiberei. Mit dem Militärverbot strafe man nur den Saalinhaber ohne dessen Schuld. Dabei müsse bedacht werden, daß durch das Verbot das Gegenteil erreicht werde von dem, was damit bezweckt wird. Zum Beweise dafür verwies der Referent auf den Ausfall der letzten Reichstagswahlen in Sachsen. Es werde mit zweierlei Maß gemessen, das Rechtsbewußtsein müsse sich dagegen aufbäumen. Was der Saalinhaberverband verlange, sei nichts Außergewöhnliches, wenigstens sollte man so meinen, sie verlangten Gerechtigkeit. Durch das Militärverbot werde ein Stand verhindert, sein Gewerbe so auszuüben, wie es nach der Gewerbeordnung sein gutes Recht sei und denen, von denen der Stand abhänge, verkümmere man das Vereins- und Versammlungsrecht, wie auch das Koalitionsrecht mit dem Militärverbot. Wenn man die Soldaten vor den sozialistischen Ideen schützen wolle, dürfe man sie gar nicht aus den Kasernen herauslassen, obwohl auch das nach seiner Meinung kein Radikalmittel sei, denn — — die jungen Leute gingen doch schon als Sozialdemokraten zum Militär und nach zwei Jahren kämen sie wieder zu der Partei. (Schlußrufe. Zur Tagesordnung!!) Eingaben an die Militär- und andere Behörden hätten keinen Zweck, das habe man nun hinter sich. Man müsse die Oeffentlichkeit interessieren für das Unrecht, das mit dem Militärverbot ausgeübt werde. Redner verwies auf Bayern und Hessen, wo das Militärverbot viel milder gehandhabt werde; auch in Berlin und Görlitz werden die Wirte vom Militärverbot nicht so hart betroffen, wie in Sachsen. Der Referent empfahl folgende Resolution zur Annahme:

Die erste Generalversammlung des Landesverbandes der Saalinhaber im Königreich Sachsen erhebt hiermit einmütig Protest gegen das Militärverbot in seiner jetzigen Anwendung. Sie erblickt darin eine schwere wirtschaftliche Schädigung der davon betroffenen Berufskollegen, sowie eine Einschränkung der durch das Gesetz gewährleisteten Rechte und Freiheiten. Die Versammlung beauftragt den Verbandsvorstand mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Aufhebung dieser Maßregel anzustreben bezw. herbeizuführen.

Die Debatte war sehr lebhaft; sie wurde schließlich durch einen Schlußantrag abgebrochen. Es wurden da merkwürdige behördliche Maßnahmen bekannt gegeben. Ein Debatteredner machte auch den vernünftigen Vorschlag, zu beschließen, allen Parteien die Säle zur Verfügung zu stellen, wenn sich die Behörden jetzt noch nicht eines besseren besinnen und das Militärverbot milder handhaben. Die oben wiedergegebene Resolution wurde dann einstimmig angenommen.

*

Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln will also die Saalbesitzervereinigung gegen den Militärboykott zu Felde ziehen. Eingaben an die Militär- ꝛc. Behörden werden für zwecklos erklärt. Die Frage ist nur, ob die Saalbesitzer auch wirklich ernst machen werden. Rechtsanwalt Freytag empfahl gegen gewisse Schädigungen die Zuhilfenahme der Presse, um die Stimme des Volkes entscheiden zu lassen. Die Presse sollten die Saalbesitzer auch in der Frage des Militärboykotts sich dienstbar machen. Von der bürgerlichen Presse wäre zwar nicht viel zu erwarten, um so energischer würde sie aber die sozialdemokratische Presse unterstützen. Diesen beiden Bundesgenossen würden die Militärbehörden nicht stand zu halten vermögen, namentlich wenn sich die Saalbesitzer entschließen wollten, allen Parteien ihre Lokale zur Verfügung zu stellen. Es fragt sich nur, wie weit der Kampfesmut der Saalbesitzervereinigung, die ihre Verhandlungen mit einem Hoch auf den Kaiser und König begann, vorhalten wird!

* * *

m. **Militärjustiz.** Der Soldat Luther von der 1. Kompanie des 1. Trainbataillons Nr. 12 stand wegen Beharrens im Ungehorsam und Achtungsverletzung, begangen vor versammelter Mannschaft, vor dem Kriegsgericht Dresden. Das Vergehen, dessen sich der Mann schuldig gemacht haben sollte, bestand darin, daß er auf die ihm wiederholt erteilten Befehle des Sergeanten Tetzloff, im Laufschritt sich nach der Stube zu begeben und im Laufschritt wieder zurückzukommen, absichtlich (!) ein verlangsamtes Tempo eingeschlagen und den Unteroffizier „frech" angesehen haben sollte. Der Angeklagte bestritt dies und behauptete, so schnell gelaufen zu sein, als er nur konnte, aber die Entfernung, von der aus er laufen mußte, bis zur Stubentür habe nur 3 bis 4 Schritt betragen, sei also zu kurz gewesen, um überhaupt Laufschritt machen zu können. Zudem habe er noch Schmerzen im rechten Oberschenkel vom Reiten gehabt. Zehn Zeugen, Kameraden des L., sagten zugunsten des Angeklagten aus. Alle betonten, ein schnelleres Laufen sei unmöglich gewesen; ebenso wußten sie von einem ungehörigen Benehmen des Angeklagten nichts. Der Sergeant stand mit seinen belastenden Aussagen ganz allein. Trotz dieses negativen Beweisergebnisses, trotz des Verhältnisses von 10 zu 1 gelangte das Gericht, wenigstens soweit die Achtungsverletzung in Frage kam, zur Verurteilung des Angeklagten. Es schenkte dem Unteroffizier Glauben, daß L. einen ungehörigen Gesichtsausdruck angenommen sowie den Sergeanten frech angesehen habe und erkannte auf drei Wochen strengen Arrest! Kommentar überflüssig!

* * *

Dresden, 17. August. Die letzte Nummer des Beobachters an der Elbe wurde wegen Beleidigung des Königs von Sachsen beschlagnahmt.

Zwickau, 17. August. Die Untersuchung gegen den wegen Unterschlagung in Haft befindlichen Sparkassenkassierer Colditz aus Niederplanitz zieht noch weitere Kreise. Bisher war man allgemein der Meinung, Colditz habe das unterschlagene Geld, beinahe 40 000 Mk., in Monaco dem Spielteufel geopfert. Dem soll aber nicht so sein. Das Geld soll ihm vielmehr auf italienischem Boden von zwei Beamten desjenigen Expreßzuges, den er zu seiner Flucht benutzte, im Weinrausche zum allergrößten Teil abgelockt worden sein. Diese beiden Beamten sollen ihm als Gegenleistung falsche Pässe und dergleichen verschafft haben. Die beiden Genossen, ein gewisser Bachem und Dudeck aus Berlin, sind nun dieser Tage in Karlsbad verhaftet und durch zwei auswärtige Kriminalbeamte in das hiesige Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Ein großer Heidebrand dehnte sich auf dem Höhenzug an der königl. Muldenhütte bei Freiberg aus. Die Rauchentwicklung war so stark, daß es von weitem aussah, als wenn das Dorf Hilbersdorf in Mitleidenschaft gezogen wäre.

In Steina bei Waldheim hat ein Schadenfeuer ein Bauerngut eingeäschert. Dabei ist das Mobiliar und die gesamte Ernte verbrannt, auch einige Schweine sind in den Flammen umgekommen. Auch in Hartmannsdorf bei Burgstädt wurde ein Gut von einem Schadenfeuer heimgesucht, wobei ein Seitengebäude und die mit Ernte gefüllten Scheunen in Asche gelegt wurden. In Bernsgrün bei Pausa ist das Horlbeckische Bauerngut niedergebrannt. Von einem Nachbargute wurden eine Scheune und ein Seitengebäude zerstört. In Thalheim bei Stollberg wurden ein Wohnhaus und ein Seitengebäude ein Raub der Flammen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Dresden wurde der Inhaber eines Detektiv- und Inkasso-Bureaus, W. Matthes, verhaftet. M. war früher Bäckermeister, konnte aber auf keinen grünen Zweig kommen und mußte schließlich manifestieren. Bald darauf fing er ohne jegliche Mittel das erwähnte Detektivbureau an. Die Möbel waren auf Abschlagszahlung entnommen. Die Polizei hatte von Anfang an ein wachsames Auge auf den „Herrn Detektivdirektor". Und bald genug fand sie auch Grund zum Einschreiten. Der Herr Direktor griff nämlich **aus Mangel an Barmitteln** Beträge an, die er für Kunden einkassiert hatte, und log seinen Auftraggebern vor, die Schuldner hätten noch nicht bezahlt. Von einem bei ihm deponierten Sparkassenbuche hob er fast den ganzen Betrag ab und verwertete ihn in seinem Nutzen; infolgedessen wurde er verhaftet und sein Bureau geschlossen. — Ein Passagier des ½11 Uhr abends in Priestewitz durchfahrenden, beschleunigten Personenzugs Leipzig-Dresden hatte die Unverfrorenheit, an der Kreuzung der Eisenbahn und der Strießener Straße die **Notbremse zu ziehen**, um, nachdem der Zug prompt gehalten, abzuspringen und unerkannt im Dunkel der Nacht das Weite zu suchen. Nachforschungen nach dem Entwichenen, der sich unbefugtermaßen, um schneller heimzukommen, seine persönliche Station gemacht, sind im Gange. — Ein Motorfahrer, der in Glauchau einem beladenen Geschirre des Gutsbesitzers Porzig aus Pfaffroda begegnete, gab das übliche Warnungszeichen ab, wodurch die Pferde scheu wurden. Sie jagten eine Böschung hinab, wobei die Pferde stürzten, eines von ihnen verletzt und der Wagen **vollständig zertrümmert** wurde, während der Geschirrführer einen Knöchelbruch davontrug. Unbekümmert um den Unfall setzte der Radfahrer seine Fahrt fort. — Der verunglückte Rennfahrer Paul Käser ist im Krankenhause zu Plauen, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben, **seinen Verletzungen erlegen.** — Eines Mädchens wegen gerieten in Auerswalde in der Nacht mehrere junge Burschen in Streit, der schließlich mit einer **argen Messerstecherei** endete, wobei ein Fabrikarbeiter zwei Stiche in den Kopf erhielt und ein Bäckergeselle in die Hand gestochen sowie ein Knecht leicht verletzt wurde. Der Messerheld, ein 19jähriger Maurer namens Mentzel aus Ebersdorf, konnte schließlich überwältigt werden, worauf seine Verhaftung erfolgte. Schon auf dem Tanzsaale hat dieser rabiate Mensch geprahlt, daß er jeden, der ihm in die Hände käme, niederstechen werde.

Lützen, 17. August. Ein junger Mensch, der erst kürzlich aus der Strafanstalt entlassen worden war, überfiel in Wittgensdorf eine im Hause allein wohnende Frau, warf sie zu Boden und zerschlug Bierflaschen mit solcher Wucht auf ihrem Kopfe, daß die Scherben im Kopfe stecken blieben. Der verzweifelten Frau gelang es, einen lauten Hilferuf auszustoßen, worauf ihr Nachbar erschien. Der Bursche entwischte durch ein offenstehendes Stubenfenster, nachdem er erst noch einige Kästen nach Geld durchsucht hatte, wurde aber ergriffen und dem hiesigen Gericht übergegeben. An dem Aufkommen der mißhandelten Frau wird gezweifelt.

Halle a. S., 17. August. Das abgelaufene Geschäftsjahr soll für die Kornhaus-Genossenschaft in Halle mit einem weiteren Defizit von 43 263 Mk. abschließen. Die Ursachen lägen in Konkursverlusten und Prozessen. Im nächsten Jahre werden es andere Ursachen sein. Die Genossenschaft, die von seiten des Staates subventioniert wird, trägt den Todeskeim in sich. Es kann sich nur darum handeln, wie lange man ihr Zeit läßt, ihr Siechtum durch die Auflösung zu beenden. Die Mitgliederzahl beträgt nur noch 162 mit 2153 Anteilen. Seit 1. Juli befindet sich die Genossenschaft in Privaträumen, da das Pachtverhältnis mit dem Fiskus wegen des staatlichen Kornhauses gelöst ist. Auch diese Betriebsänderung wird schwerlich den zu erwartenden Bankrott der Genossenschaft aufhalten können. — Ueber diese Defizitwirtschaft schweigt sich die agrarische Presse natürlich aus.

† **Zeitz**, 18. August. Auf unaufgeklärte Weise brach vergangene Nacht in dem hiesigen Dampfsägewerk des Zimmermeisters Heyde Feuer aus, das nicht nur das Sägewerk, sondern auch den Holzplatz einäscherte. Die Feuerwehr konnte

---

Kleines Feuilleton.

Neues Theater. (Kaiser Heinrich VI., Tragödie in 5 Akten von Christian Dietrich Grabbe. Für die Bühne bearbeitet von Karl Siegen.) Ob der neueste Versuch, Grabbes Hohenstaufentragödie Kaiser Heinrich VI. für die moderne Bühne zu gewinnen, mehr Erfolg haben wird als die früheren Versuche in Mannheim und Schwerin? Nach dem Beifall, der am Schluß der gestrigen Vorstellung gespendet wurde, hätte man es fast glauben mögen — allein der galt offenbar zu einem so großen Teil dem Darsteller des Heinrich, dem jungen Herrn Stägemann, daß der Glaube an den Erfolg der Bearbeitung sich doch nicht einstellen will.

Wenn wir an Grabbe denken, haben wir in der Regel seine letzten Dramen im Auge; denn sie haben am stärksten in der Literatur weitergewirkt. Am wenigsten seine Hohenstaufentragödien, zu denen die Gegenwart nicht leicht in ein nahes Verhältnis kommt. Sie muten uns einigermaßen an wie Exerzitien, wie Exerzitien eines genialen Strudelkopfs freilich, der zuweilen in einem Satz, einer Szene, eine hinreißende Kraft offenbart.

Kaiser Heinrich VI. ist nicht eine Tragödie, vielmehr eine Historie. Die Hauptereignisse aus der kurzen Regierungszeit des jungen Hohenstaufen, der auf Friedrich Barbarossa folgte, hält der Dichter in Bildern fest, die lose aneinandergereiht sind. Was der Deutsche in Raumers Geschichte der Hohenstaufen lesen konnte, das ließ hier der Dichter auf der Bühne hören und sehen. Die Verschwörung der Normannen, die Gefangennahme und Befreiung des Richard Löwenherz, der Streit mit den Welfen, die Niederwerfung des Aufstands in Italien und der jähe Tod des herrschgierigen Kaisers — all das zieht am Zuschauer vorüber; er kann die Erinnerung an all das auffrischen, was er in der Schule über Heinrich VI. erfahren hat.

Der Dichter, der so die Regierungszeit eines Herrschers dramatisch behandelt, hat Gelegenheit die ganze Fülle seiner Phantasie zu zeigen. Man denke, um ein Beispiel aus der deutschen Literatur zu wählen, an Goethes Dramatisierung der Lebensgeschichte des Götz von Berlichingen. Da steigt ein buntes, reiches Bild mittelalterlichen Lebens auf, das Leben der verschiedensten Volkskreise offenbart sich uns in kräftigen Schilderungen. Jede neue Szene ein neuer Reiz, ein neuer Beitrag zu einem großen Gesamtgemälde. Zeigt auch Grabbe eine solche Fülle der Phantasie? Man kann es wohl beim besten Willen nicht behaupten. Freilich ist Grabbes Phantasie kräftiger und vielseitiger, als man gestern merken konnte. Denn der Bearbeiter hat die Volksszenen des Stücks bis auf ein Minimum zusammengestrichen und so von Grabbes groteskem Humor fast alles getilgt. Aber auch, wenn man das Stück in unverkürzter Gestalt genießt, gewinnt man nicht den Eindruck einer Phantasie, die imstande wäre, die Aeußerungen des Lebens einer vergangenen Zeit in ihrer ganzen Buntheit keck nachzuschaffen. Das ganze Stück schmeckt sehr nach einem Geschichtsbuch, das sich begnügt, die Haupt- und Staatsaktionen hervorzuheben. Und das wirkt um so wunderlicher, wenn dann im letzten Akt zwei Leute aus dem Volke sich über die großen politischen Ereignisse despektierlich unterhalten. „Vater Aetna ernährt uns alle, und ob der Normann oder der Hohenstaufe Sizilien beherrscht, heute abend tanzen unsre Landmädchen doch." — „Der Kaiser ist doch zu erschrecklich," wirft der andre ein. Aber der erste fährt ruhig fort: „Wird sterben — unsre Saaten wachsen immer wieder — treibe die Schafe aus." Erführen wir doch etwas in Grabbes Historie von dem Leben, das immer weiter geht, mögen die Großen sich balgen, wie sie wollen, erstünde uns doch aus dieser Historie ein Bild des Lebens der Zeit — aber der Dichter weiß offenbar wenig davon, er kennt kaum viel mehr als die hauptsächlichsten politischen Ereignisse.

Aber nicht nur, daß der Dichter die ganze Zeit einseitig sieht, er sieht auch so die Hauptpersonen, vor allem den Kaiser. Er sieht ihn ganz schematisch. Heinrich setzt sein Wesen in Gegensatz zu dem seines Vaters Friedrich Barbarossa. Der war hochsinnig, ein Held ohne Tadel, wollte immer das Ziel mit reinen Mitteln erreichen. Heinrich dagegen ist Herrscher, stets darauf bedacht, die Macht seines Hauses zu ehren, die Weltpolitik seines Geschlechts zum Ziele zu führen, sei es mit welchen Mitteln immer. „Was sind Mittel? Handwerkszeug! Beiseite werf ich sie, wenn das Werk vollendet." Die Gegner brauchen List, Verrat, Grausamkeit, Bestechung. Heinrich beansprucht als sein gutes Recht, dieselben Mittel um des Zieles willen zu gebrauchen. Nichts als dieses Ziel vor Augen! Um dieses Zieles willen alle menschlichen Regungen niedergekämpft! Immer Kaiser, immer Hohenstaufe!

Wie wird das nun gezeigt! Es geht immer glatt und einfach im Handumdrehen. Kaum geschieht etwas, was den Kaiser von seinem Ziel abdrängen könnte, was sein Herz bewegen könnte, und flugs ist die Anwandlung überwunden. Das geht eins zwei drei, und Heinrich ist wieder nichts als Kaiser und Hohenstaufe. Bequem ist das schon; aber auf die Dauer wird diese Prozedur etwas langweilig. Man kennt das Schema und weiß immer im voraus, wie es im nächsten Augenblick kommen wird. Nicht einen Menschen sehen wir auf der Bühne, sondern ein deklamierendes, politisierendes, wütendes, rasendes Heldenschema. Und gar schlimm wird es nun, wenn der Darsteller Heinrichs sich ganz in die Gewalt des Dichters begibt, seine schöne Jugendkraft aufs äußerste anspannt, die kalten Grimassen des Dichters womöglich noch überbietet und nicht danach strebt, die Ausgeburt einer heldenburstigen Phantasie zu vermenschlichen.

Fragen wir, wie dieses Heldenschema zustande kam, so genügt es, das Leben Grabbes zu betrachten. Die Sehnsucht nach dem Heldischen steckt in ihm, aber keiner hat weniger Talent und Kraft zu heroischer Lebensführung als er. Drum fällt der Held seiner Phantasie so aus wie dieser Heinrich VI., ohne überzeugendes Leben, ein Rechenexempel, eine Gestalt, die wohl zuweilen verblüfft, deren Worte klingen und treffen können, deren Größe aber von Akt zu Akt fadenscheiniger wird.

Was die Bearbeitung des Stückes anlangt, so hat Herr Professor Siegen sich bemüht, so viel er streichen mußte, um das Werk bühnenfähig zu machen, dem Dichter sein Recht zu wahren. Darüber, ob einige Streichungen notwendig und nützlich waren, kann gestritten werden. Von der Behandlung der Volksszenen ist schon gesprochen worden. Am schmerzlichsten berührt das radikale Vorgehen des Bearbeiters im zweiten Akt, aber da muß freilich viel gestrichen werden.

In der Darstellung ging es etwas drunter und drüber. Einige Herrschaften fanden sich gar nicht in Grabbes Diktion, andre nahmen die Aufgaben zu konventionell, was bei einem Grabbeschen Stück das Schlimmste bedeutet. Herr Dr. Woldemar Stägemann beherrschte immer die Szene; er gebrauchte seine Mittel verschwenderisch und blendete das Publikum, das ihn am Schlusse durch stürmischen Beifall auszeichnete. Frl. Valérh hatte einen kleinen Spezialerfolg in der Rolle der Agnes von Hohenstaufen, die sie ganz ihrem Wesen anpaßte. gm.

Heimkehr. Ein vor kurzer Zeit in sein Vaterland zurückgekehrter russischer Genosse erzählt:

Der erste Eindruck, als ich auf die Grenzstation kam, war nicht besonders angenehm. Sie können sich kaum vorstellen,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19040818/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

ihre Tätigkeit nur auf die anliegenden Wohngebäude beschränken, die ebenfalls schon von dem Feuer ergriffen waren.

Der Krieg in Ostasien.

Die Panik.

Der Kriegskorrespondent des Russkoje Sslowo, Nemirowitsch Dantschenko, schildert in sehr lebhafter Weise in einem Bericht über die Schlacht bei Wafangou eine Panik unter den russischen Soldaten. Dieses unerklärliche Gefühl plötzlichen Entsetzens, das selbst Truppen der tapfersten Armeen hier und da ergreift, ist auch dem russischen Heere trotz der eisernen Disziplin der Leute und der so bewährten russischen Tapferkeit nicht unbekannt geblieben. Japanische Granaten riefen es hervor. Der Russe schreibt: „Habt Ihr jemals gesehen, wie die Leute das Schlachtfeld verlassen, sich zurückziehen, weglaufen — nennt es, wie Ihr wollt?! Großer Gott, möge Euch der Anblick einer so vollständig verlorenen Armee erspart bleiben. Ich sehe die Soldaten an und kann es nicht verstehen. In dichtgedrängten Massen drängen sich die Leute in das Tal, das sich in den Bergen nach Norden windet, in vollster Unordnung, schweigend, eilig. Keinen Blick wenden sie zur Seite. Es ist wie ein Strom, der seine Ufer überschritten und der einzigen möglichen Oeffnung zufließt. Diese ganze große Masse ist sinnlos; blind und dumm strebt sie den Bergen im Norden zu. Die Leute hinten treiben die Leute vor sich vorwärts. Selbst wenn einer stehen bleiben wollte, er kann es nicht. Unabänderlich wird vorwärts gedrückt. Ich kam selbst vom linken Flügel und war davon überzeugt, daß unsern Truppen der Sieg gehörte. Die Soldaten sahen mich nicht einmal an. „Wo geht Ihr hin?“ rufe ich. Sie schweigen. „Haben Sie die Flanke des Feindes umgangen? Warum gehen Sie nach Norden? Dort ist Sieg, Soldaten, auf dem linken Flügel. Die Japaner sind geschlagen!“ Keiner hört auf mich. Keiner scheint das Wort Sieg zu verstehen. Mögen die andern sich freuen, mögen sie lachen, aber hier bersten die Schrapnells über den Köpfen dieser Leute, und jeder hat nur den einen Gedanken — weglaufen. Endlich traf ich einen Offizier. „Was soll das heißen?“ Er antwortete: „Ich habe den Befehl, zurückzugehen.“ „Wo sind Sie gewesen?“ „Im Zentrum.“ „Aber so halten Sie doch! General Gerngroß hat die Japaner geschlagen und Sie laufen weg.“ „So versuchen Sie doch, die Leute zu halten, ich kann es nicht.“ „Halt!“ rufe ich. Der Offizier tut das Gleiche. „Zweite Kompanie halt!“ schreit er laut, und ich schreie mit. Die zweite Kompanie nimmt absolut keine Notiz von dem Befehl. Schweigend schiebt sie sich vorwärts. Ich frage den Offizier, der die Kompanie führt: „Wollen Sie so bis Fentschulin laufen?“ „Meinetwegen zum Teufel, mir ist's gleich,“ antwortete der Offizier. „Aber hier sind Sie vielleicht nötig,“ sage ich. „Wer will mir befehlen, hier zu bleiben?“ „Schicken Sie zum Korpskommandanten!“ Der Korpskommandant konnte nicht gefunden werden.

Port Arthur.

Tschifu, 17. August. Die Japaner fuhren in die Taubenbucht ein und rückten von Palingtsching aus, 2 Meilen nördlich von Port Arthur, gegen die Festung vor. **In der letzten Nacht wurde Port Arthur von der Taubenbucht aus bombardiert.**

Petersburg, 17. August. Die russische Telegraphen-Agentur meldet aus Mukden von heute: 92 Bürger aus Port Arthur sind mit Familien dort eingetroffen. Die Japaner erklärten, dies sei der letzte Schub, dem sie gestattet hätten, die belagerte Stadt zu verlassen; **weitere Schiffe mit Flüchtlingen würden in den Grund gebohrt werden; ein derartiges Schiff wurde genommen, der Masten und Segel beraubt und so auf hohem Meere sich selbst überlassen.** Die Bürger der Stadt treten in die Reihen der Truppen ein.

Petersburg, 18. August. Ein Privattelegramm berichtet, daß die Japaner bei dem gestern erfolgten Angriff über 5000 Mann verloren haben. **General Stößel hat auf die Aufforderung, unter allen militärischen Ehren zu kapitulieren, geantwortet, daß er die Festung bis auf den letzten Mann verteidigen werde.** Man glaubt, daß Port Arthur nur noch auf 8 Tage Proviant habe, es ist in **hart bedrängter Lage infolge des fürchterlichen Bombardements der Japaner.** Allenthalben wüten verheerende Feuersbrünste.

Das Ende des Flottenausbruchs.

Petersburg, 18. August. Die russischen Kreuzer Rossija und Gromoboi sind gestern in Wladiwostok eingetroffen. — **Gerüchtweise verlautet, daß der Kreuzer Rowik auf dem Wege nach Wladiwostok gesunken sei.**

Die Desarmierung in Tsingtau.

Berlin, 17. August. Gouverneur Truppel meldet aus Tsingtau: Japanischer Torpedobootzerstörer Akazuschi ist am 16. d. Mts. morgens 10 Uhr hier eingelaufen. Der an Bord befindliche Flaggleutnant des Admirals Dewa ist davon in Kenntnis gesetzt, daß die russischen Kriegsschiffe gestern desarmiert sind. Er ist um 12 Uhr mittags wieder in See gegangen. Die japanischen Kriegsschiffe unter Admiral Dewa sind um 2 Uhr nachmittags auf hoher See aus Sicht gekommen.

Ein früherer Lloyddampfer als russischer Flibustier.

London, 17. August. Nach einer Lloydmeldung aus Ajaccio berichtet der englische Kohlendampfer Scotian, daß er am 12. d. M. westlich der Straße von Gibraltar durch den russischen Kreuzer Ural, den früheren Dampfer des Norddeutschen Lloyd Kaiserin Maria Theresia, angehalten wurde; er erhielt später die Erlaubnis, seine Fahrt fortzusetzen. Der Kommandant des Ural teilte ihm mit, **daß er nach mehr als 200 Dampfern suche,** die Kriegskonterbande zur Weiterverschiffung in spanischen und italienischen Häfen an Bord hätten.

Die geplünderten Postsäcke des Heinrich.

Nagasaki, 17. August. Die auf dem Dampfer Prinz Heinrich im Roten Meere durch die Russen beschlagnahmten Postsäcke sind hier eingetroffen. Sie wurden in Gegenwart des deutschen, französischen und englischen Konsuls geöffnet und geprüft. Viele eingeschriebene und gewöhnliche Briefe fehlen. Die Konsuln bereiten einen energischen Protest vor.

Soziale Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Arbeitsbedingungen für Zimmerer, vereinbart zwischen dem Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands und dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverbande für das Baugewerbe, mit dem Sitze in Frankfurt a. M., für die Orte Darmstadt, Frankfurt a. M. mit Vororten: Sachsenhausen, Bornheim, Bockenheim, Oberrad, Niederrad, Seckbach, Hanau, Höchst (Main) mit Griesheim (Main), Schwanheim, Hattersheim, Hofheim (Taunus), Offenbach.

Arbeitszeit.

1. Die Arbeitszeit beträgt 10 Std., von morgens 6 bis abends 6 Uhr mit den üblichen Pausen, zusammen 2 Stunden für Frühzeit je nach der Tageshelle. Die Einteilung dieser Arbeitszeiten wird alljährlich von den Zentralvorständen gemeinsam festgelegt.

2. Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sind nur dann statthaft, wenn Menschenleben in Gefahr sind, schwere Schädigungen des Betriebes entstehen oder der öffentliche Verkehr gehemmt wird.

3. Als Ueberstunden sind solche zu betrachten, welche über die 10stündige Arbeitszeit hinausgehen, in die Zeit von morgens 5 bis 6 Uhr und abends von 6 bis 8 Uhr fallen. Als Nachtstunden gilt die Zeit von abends 8 bis morgens 5 Uhr.

4. An Sonnabenden findet der Schluß der Arbeitszeit, unter Wegfall der Vesperpause, um 5 Uhr und an den Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten um 12 Uhr mittags statt.

5. Montags beginnt die Arbeit morgens 7 Uhr; den örtlichen Kommissionen bleibt es vorbehalten, den Beginn der Arbeit auf 6 Uhr festzusetzen.

Arbeitslohn.

6. Der ortsübliche Stundenlohn beträgt für die Lohnbezirke:

Namen der Orte	Bisheriger Lohn	Lohnhöhe für die Vertragsjahre: bei Wiederaufnahme d. Arb. b. Ende Februar 1905	vom 1. März 1905 bis Ende Februar 1906	vom 1. März 1906 bis Ende Februar 1907	vom 1. März 1907 bis Ende März 1908
Darmstadt . . .	42	44	45	46	46
Frankfurt a. M.	48	50	52	54	54
Hanau a. M. .	40	42	43	44	44
Höchst-Griesheim a. M. .	38	45	46	48	48
Offenbach a. M.	48	45	47	48	48

Für Junggesellen und für infolge ihres Alters oder ihrer Invalidität nicht vollleistungsfähige Gesellen kann ein geringerer Lohn vereinbart werden.

7. Bei Akkordarbeit wird kein höherer Lohn garantiert als der zurzeit festgesetzte ortsübliche Stundenlohn, und werden Abschlagszahlungen an den Lohntagen nur hiernach geleistet.

8. Für Ueberstunden wird ein Lohnzuschlag von 10 Pfg. für die Stunde gezahlt, für Nachtarbeiten ein Lohnzuschlag von 50 Prozent und für Sonntagsarbeit ein Lohnzuschlag von 50 Prozent und Vergütung des Fahrgeldes. Der Lohnzuschlag bei Arbeiten in geschlossenen Räumen mit gesundheitsschädlichen Betrieben und bei Landarbeit unterliegt der freien Vereinbarung.

9. Der Lohn soll am Zahltage (Sonnabend) während der Arbeitszeit und vor 5 Uhr auf der Arbeitsstelle gezahlt werden. Wo nach Feierabend auf Lohn gewartet werden muß, hat dies auf Kosten des Arbeitgebers zu geschehen. — Die Lohnzahlungsperiode ist eine vierzehntägige, jedoch werden wöchentlich Abschlagszahlungen bis zu 80 Prozent des verdienten Wochenlohnes gewährt. Wöchentliche Lohnzahlung ist zulässig. Die Auszahlung des Lohnes durch sogenannte Partieführer ist unzulässig.

10. Die Kündigungsfrist ist, sofern nicht eine kürzere vereinbart, in Frankfurt und Friedberg-Nauheim eine zweitägige. Im letzteren Falle kann nur an jedem Donnerstage vor 6 Uhr abends mit Gültigkeit auf den darauf folgenden Sonnabend gekündigt werden. In Aschaffenburg, Darmstadt, Offenbach, Hanau, Höchst, Wiesbaden und Mainz kann das Arbeitsverhältnis jederzeit ohne Kündigung gelöst werden.

Bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses ist der verdiente Lohn ganz auszuzahlen und sind die im Besitz des Arbeitgebers befindlichen Papiere des Arbeitnehmers diesem auszuhändigen; dasselbe gilt auch für die Orte, in welchen die gegenseitige Kündigung aufgehoben ist, wenn der Arbeiter zwei Tage vor seinem Austritt dem Arbeitgeber von der Auflösung des Arbeitsverhältnisses Mitteilung gemacht hat.

Allgemeines.

11. Das Zusammenarbeiten von Arbeitern auf einer und derselben Arbeitsstelle darf weder von einer der in Betracht kommenden Organisationen, von den einzelnen Arbeitern, noch von den Arbeitgebern beanstandet werden.

12. Die Einstellung und Entlassung von Arbeitern steht im freien Ermessen des Arbeitgebers. Zugehörigkeit zu einer Organisation soll kein Grund zur Entlassung sein.

13. Die Vorstände der Organisationen werden für beschäftigte Arbeiter während der Arbeitszeit keine Versammlung einberufen und abhalten. Jedoch soll den Organisationen gestattet sein, bis zu fünfmal im Jahre von der Vesperzeit an Versammlungen einzuberufen mit der Maßgabe, daß den Vorständen der Arbeitgeberverbände drei Tage vor der Versammlung hiervon Mitteilung gemacht wird und die in Betracht kommenden Organisationen die Versammlung an demselben Tage abgehalten.

14. Jegliche Agitation auf der Arbeitsstelle während der Arbeitszeit unterbleibt. (Pausen sind als Arbeitszeit nicht zu betrachten.) Der Zutritt zu den Arbeitsstellen ist andern, als den dort beschäftigten Personen ohne Erlaubnis des Arbeitgebers nicht gestattet.

15. Zur Regelung von Meinungsverschiedenheiten aus diesem Vertrage und von Meinungsverschiedenheiten über die Vorschriften für den Bauarbeiterschutz sind in den einzelnen Orten Kommissionen von je 3 bis 5 Arbeitnehmern und von 3 bis 5 Arbeitgebern einzusetzen, und zwar für Maurer und für Zimmerleute besonders. Die Kommissionen wählen aus ihrer Mitte je einen Arbeitgeber zum Vorsitzenden. Der Vorsitzende hat auf Antrag der Vertreter der Arbeitnehmer sowohl als der Vertreter der Arbeitgeber innerhalb 4 Tagen eine Sitzung einzuberufen. Die Zentralvorstände haben das Recht, zu den Sitzungen Vertreter zu entsenden, welche nur beratende Stimme haben.

16. Diese Arbeitsbedingungen, sowie die Aufstellung über die Einteilung der Arbeitszeiten und der Zahltage (Siehe Ziffer 1) sind an den Arbeitsstellen auszuhängen.

17. Vorstehende Bestimmungen gelten vom Tage der Unterzeichnung bis 31. März 1908.

Wird bis zum 31. Januar 1908 von keiner Seite ein Antrag auf Abänderung gestellt, so gelten diese Bestimmungen bis zum 31. März des nächsten Jahres und so fort, bis eine ordnungsmäßige Kündigung spätestens am 31. Januar erfolgt.

Für den Mitteldeutschen Arbeitgeberverband
für das Baugewerbe, mit dem Sitze in Frankfurt a. M.:
K. Lüscher, H. Anthes, Frankfurt a. M.
A. Hauswald, Mainz. G. Schweitzer, Wiesbaden.
L. Phl. Wittmann, Darmstadt.
Für den Zentralverband der Zimmerer Deutschlands:
Fried. Schrader, Aug. Bringmann, Hamburg.

to. **Der Berliner Glaserstreik** ist zu Gunsten der Streikenden beendet. Die Meister machten folgende Zugeständnisse: Tägliche Arbeitszeit 9 Stunden, Sonnabends 8 Stunden. Bevor bei schlechtem Geschäftsgang Entlassungen stattfinden, ist die Arbeitszeit auf 6 Stunden zu reduzieren. Ab 1. August wird pro Stunde 65 Pfg., das ist wöchentlich 34.45 Mk. Lohn gezahlt. Auf Akkordarbeit wollen die Meister keinen besonderen Wert mehr legen. Bei Differenzen wird binnen drei Tagen die paritätische Schlichtungskommission angerufen, um den Streit zu entscheiden. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Der Vertrag soll zwei Jahre gelten bei dreimonatlicher Kündigung. Die streikenden Gesellen haben diese Zugeständnisse mit 108 gegen 72 Stimmen angenommen. Heute, am 18. August, soll die Arbeit wieder aufgenommen werden.

S. **Ausgesperrt** wurden wegen eines Auch-Kollegen einige Uhrfedernmacher der Firma Kahn u. Sander in Augsburg. Es ist deshalb Zuzug von Uhrfedernmachern streng fern zu halten.

ac. **Die Bewegung der Gastwirtsgehilfen in Toulouse** dehnt sich auf weitere Städte aus. So haben die Kellner in Toulon ebenfalls die Forderung gestellt: Beseitigung des Trinkgeldes und Zahlung eines festen Monatsgehalts, sowie Festsetzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden. Die Kellner von Ajaccio (Korsika) haben nach einem Streik von einigen Tagen die gleichen Forderungen durchgesetzt. In Toulouse dauert der Streik der Cafégangestellten noch fort; der Maire hat von neuem Vermittlungsversuche angebahnt.

ac. **Die Glasarbeiter der Normandie** sind in einer Zahl von 1400 in den Streik eingetreten. Am Sonntag kam es gelegentlich einer Versammlung, die mit einer ruhigen Demonstration verbunden war, zu blutigen Zusammenstößen mit der zahlreich ins Streikgebiet dirigierten Gendamerie.

---

was für eine unangenehme Geschichte die sogenannte „Zollrevision“ in Rußland ist. In einem großen Saal wurden wir von den Zollbeamten und Gendarmen empfangen. Wie die Aerzte einen Kranken, so klopften sie von allen Seiten meinen armen Koffer aus, der durchaus nicht krank war, und suchten augenscheinlich alles mögliche, nur nicht das, was zollpflichtig sein könnte.* Diese „Untersuchung“ dauerte ungefähr zwei Stunden, denn diese Prozedur wird jetzt besonders streng durchgeführt. Endlich wurden wir freigelassen. Das erste Gesicht, das man auf russischen Stationen sieht, ist der Gendarm, der stolz auf dem Perron herumspaziert und das Publikum streng besichtigt. Und obwohl die russischen Stationen so streng bewacht werden, ist doch von Ordnung in eisenbahntechnischem Sinne keine Rede. Sie können das schon daraus schließen, daß kein Mensch, selbst nicht der Stationschef, uns sagen konnte, wann wir nach Odessa kämen. In Warschau, einer der ersten russischen Städte nach Passierung der Grenze, sahen wir nur eins: Polizei, Polizei und nochmals Polizei.

Wie Sie wissen, sind die Russen sehr gesprächig, besonders aber im Eisenbahnwagen, während der Reise. Und das, was ich während dieser dreitägigen Reise im Wagen gehört habe, ist sehr bezeichnend für die Zustände in meinem Vaterlande. Zuerst plauderte ich mit einem Offizier. Er erzählte mir, der gegenwärtige Krieg finde wenig Sympathien selbst in militärischen Kreisen. Er beklagte die Streitigkeiten, die zwischen den beiden Heerführern Kuropatkin und dem Großfürsten Boris existieren, anderseits lobte er aber die Taktik Kuropatkins, und meinte, das Zurückgehen der russischen Truppen sei ein streng durchdachter (o sancta simplicitas!) Plan, nach dem die Japaner ins Innere Sibiriens gelockt würden, um dann . . . gänzlich geschlagen zu werden. Von der wirklichen Lage der Dinge wußte er absolut nichts, ebenso wie alle Leute in Rußland. Denn selbst ganz unschuldige Nachrichten dürfen nicht gedruckt werden, geschweige denn solche von russischen Niederlagen oder den skandalösen Geschichten im Generalstab. Derselbe Offizier erzählte mir von dem berühmten Roten Kreuze, dessen Kasse, wie es sich vor kurzem herausgestellt hat, ganz beraubt wurde und gegenwärtig sehr wenig Geld enthält. In allen Eisenbahnwagen sind kleine Kästchen aufgehängt mit der Aufschrift: „Zugunsten des Roten Kreuzes“. Kein Mensch aber glaubt mehr, daß diese Gelder wirklich zum Kriegsschauplatz geschickt werden. In Rußland hat man jedoch andre Methoden, um die freiwilligen Gaben auszupressen: alle Arbeiter, Beamten, selbst die Kaufleute werden beim Abschluß von Arbeits-, Anstellungs- oder Geschäftskontrakten gezwungen, in die Kasse des Roten Kreuzes zu „opfern“. Derselbe Offizier bedauerte sehr, daß die Disziplin im Militär in letzter Zeit sehr stark gesunken ist. Die Soldaten leisten keinen Gehorsam mehr, und es sind schon viele Fälle vorgekommen, wo sie ihren Vorgesetzten direkten Widerstand geleistet haben. Fast jeden Tag findet man in den Kasernen die Flugblätter der sozialdemokratischen Partei: „Der Krieg gegen den Krieg“ und ähnliche. Wie diese Flugblätter in die Kaserne kommen, das heraus zu bringen, gelingt nur sehr selten. Vor kurzem aber gelang es, in einem Regiment in Rowno einige Soldaten zu erwischen. Die armen Teufel werden in diesen Tagen vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Nach der Meinung meines Offiziers wird die ganze sozialdemokratische Bewegung nur von den Juden getragen, und solche Ansichten habe ich später noch viel gehört. Das sind die Früchte der Politik Plehwes, der sehr geneigt war, alles ihm und dem Zaren bar machte. Selbst der Krieg mit Japan wird sehr oft von der russischen Presse dadurch erklärt, daß die Juden (in diesem Falle nicht die russischen, sondern die amerikanischen) die Japaner bestochen und zum Kriege das Geld geliehen hätten.

Die patriotischen Kundgebungen, von denen man so viel im Auslande geschrieben hat, sind längst vorbei. Die Unzufriedenheit wächst in allen Schichten der Bevölkerung. Jetzt sehen fast alle, daß es so nicht weitergehen kann. Die Spitzbüberei, die in allen Regierungssphären herrscht, ist bei diesem Krieg so unverhüllt zutage getreten, daß auch die Beschränktesten einsehen, von welchen Strolchen sie regiert werden. Und doch gibt es noch so viele, die glauben, daß nur die Persönlichkeiten der jetzigen Regierung an Rußlands Elend schuld sind, und die nicht einsehen, daß nur die gründliche Aufräumung des ganzen Systems wirklich etwas nützen kann. Die Arbeitslosigkeit wächst, und wenn der Lohn nominell derselbe geblieben ist, so hat die Verteuerung der Lebensmittel ihn doch derart gedrückt, daß die Existenz der breiten Volksmassen ganz bejammernswert geworden ist. Das Leben in Südrußland ist jetzt ebenso teuer geworden wie in Petersburg; dazu kommt noch die Mißernte. Stundenlang fuhr ich durch die grenzenlose, von der Sonne völlig verbrannte Ebene. In der Nähe von Odessa haben die Bauern nicht einmal die Saatfrucht heimgebracht. Die nahende Hungersnot, verbunden mit den Lasten des Krieges, stärkt die wachsende Unzufriedenheit. Klare Einsicht aber in das Wesen der Dinge haben noch wenige. Besonders deutlich sah man die allgemeine Unzufriedenheit, als die Nachricht von der Ermordung Plehwes kam. Ich befand mich damals in einer kleineren Stadt Südrußlands. Es war Abend, als ich auf der Hauptstraße hörte, wie die Vorbeigehenden einander Mitteilung von dem Tode des Ministers machten. Das Publikum stürmte die Redaktion der Zeitung und jubelte, als die Nachricht sich wirklich bestätigte. Man gratulierte sogar den Zeitungsredakteuren, die ganz erstaunt über diese unverdiente Ovation dastanden. Speziell die jüdische Bevölkerung, die besonders Grund hatte, eben diesen Minister zu hassen, war von der Nachricht befriedigt.

Wie die Bevölkerung Südrußlands sich zu dem Kriege stellt, das mögen Sie aus folgendem Beispiel sehen: Fast niemand mehr mag Zeitungen mit Kriegsnachrichten lesen, und in Odessa sah ich Zeitungsverkäufer, die ihre Blätter dadurch loszubringen versuchten, daß sie aus Leibeskräften schrieen: „Sieg der Japaner! Japaner haben gesiegt!“ Sonst kauft kein Mensch diese Extrablätter, die wenigstens zweimal täglich erscheinen. Was jetzt in der russischen Presse über den Krieg geschrieben wird, ist eine Mischung von Erkennen der Sachlage, patriotischem Optimismus und Zensur. Am meisten Aufmerksamkeit wird den Japanern geschenkt; man lobt ihre militärische Disziplin, die strenge Berechnung aller ihrer Pläne, die vorzügliche Haltung ihrer Truppen. Aber zum Schluß heißt es wieder: „Trotz alledem ist der Feind nicht gefährlich.“ Warum die Japaner trotz alledem nicht gefährlich sind, wird nicht gesagt. Das Publikum aber, das jeden Tag zu lesen bekommt: „Unsre Truppen haben sich in völliger Ordnung zurückgezogen, wobei die Japaner unsre Positionen besetzten“ — weiß ganz gut, wieviel Wert es solchen Schlußbemerkungen beizumessen hat. Die „Affen“, wie noch bis jetzt die russische Presse die Japaner zu nennen pflegt, haben sich als ein Volk erwiesen, das sich weder von den russischen Mützen noch von den Heiligenbildern, mit denen Kuropatkin so reichlich versehen wurde, schlagen läßt. Ar

* Für nicht mit russischen Zuständen Vertraute sei hier mitgeteilt, daß der Briefschreiber meint, die Gendarmen und Zöllner hätten über die Hofnung, „Literatur“ zu finden, die Suche nach zollpflichtigen Gegenständen ganz vergessen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19040818/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 18. August.

Streik der Bauschlosser und Konstruktionsarbeiter! Die gestrige Versammlung der Bauschlosser und Konstruktionsarbeiter beschloß mit 611 von 702 abgegebenen Stimmen, das Angebot der Schlosserinnung abzulehnen. Gegen die Ablehnung stimmten 48 Kollegen; ungültig waren 43 Stimmzettel, weil die Werkstelle des Abstimmenden nicht angegeben war usw. Heute Donnerstag früh sollte in sämtlichen Bauschlossereien und Konstruktionswerkstätten die Arbeit niedergelegt werden. Die Leipziger Schlosserinnung hatte sich herbeigelassen, eine 9½stündige Arbeitszeit zu bewilligen und für Gehilfen, die eine dreijährige Lehrzeit hinter sich haben, 30 Pfg. Mindestlohn, für Gehilfen, die vier Jahre gelernt haben, 35 Pfg. Mindestlohn zugestanden. Im übrigen aber hatte die Innung die Forderungen der Gehilfen abgelehnt.

Die Etuis-Arbeiter und Arbeiterinnen beschlossen in einer am Montag abgehaltenen öffentlichen Versammlung, einstimmig den Prinzipalen folgende Forderungen zu unterbreiten:

1. 53stündige wöchentliche Arbeitszeit, täglich 9 Stunden, Sonnabends 1 Stunde weniger. 2. a) Minimallohn für Gehilfen 50 Pfg. pro Stunde; b) für Gehilfen unter 20 Jahren 43 Pfg. pro Stunde; c) für ungeübte Arbeiterinnen unter 16 Jahren, im ersten halben Jahr ihrer Tätigkeit, 12 Pfg. pro Stunde, im zweiten halben Jahre 15 Pfg. pro Stunde; d) für ungeübte Arbeiterinnen über 16 Jahre: Die Lehrzeit beträgt 3 Monate, während der Zeit ist ein Minimalstundenlohn von 15 Pfg. zu zahlen, nach beendeter Lehrzeit beträgt der Minimalstundenlohn 22 Pfg.; e) für diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, welche den Minimalstundenlohn oder mehr haben, 10 Prozent Aufschlag. 3. Akkord- und Heimarbeit ist für Arbeiter und Arbeiterinnen nicht zulässig, wo solche besteht, muß dieselbe möglichst beseitigt werden; die ständigen Heimarbeiter und Arbeiterinnen sollen, sobald es angängig ist, in der Werkstube untergebracht werden. 4. Für die ersten 2 Ueberstunden sind 33⅓ Prozent, für die weiteren und Sonntagsarbeit 50 Prozent Aufschlag zu zahlen; Sonnabends dürfen nach 6 Uhr keine Ueberstunden gemacht werden. 5. Diese Vereinbarungen gelten bis 1906.

Die Versammelten erklärten, nachdrücklichst für die Forderungen eintreten zu wollen.

Eine Parteiversammlung für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis findet Freitag, den 26. August, abends ½9 Uhr im Schillerschlößchen zu Leipzig-Gohlis statt. Die Tagesordnung wird durch Inserat bekannt gemacht.

Das nationalliberale Leipziger Tageblatt schrieb kürzlich über das „heikle Thema vom Reichstagswahlrecht", daß im Falle eines immer weiteren Anwachsens der Sozialdemokratie die Aenderung des Reichstagswahlrechts zur Notwendigkeit werde. Wie wir die „liberalen Ansichten des Tageblatts in der Sonnabendnummer festnagelten, so hat auch die bürgerliche Presse davon Notiz genommen. Die Germania und andere Blätter sind wütend über das Tageblatt, das in seiner Beschränktheit Dinge ausplaudert, die andere in der tiefsten Tiefe des Busens verwahren. Eine Anzahl bürgerlicher Organe spielen die unschuldsvollen Engel, die noch nie an das Abwürgen des Reichstagswahlrechts gedacht haben. Das macht das Tageblatt nur noch rabiater. Es schreibt, daß die Herren, die über sein Aus-der-Schule-plaudern erschrocken seien, gegebenenfalls genau so handeln würden, wie es von ihm vorausgesagt. Dann frägt es in seiner Naivität: „Also was hat das mit Bedauern gemischte Zugeständnis, das schließlich eines schlimmen Tages (wenn die Sozialdemokratie die Mehrheit im Reichstage erhalten wird. Red. d. V.) eine Aenderung des Wahlrechts notwendig werden kann, mit dem Liberalismus zu tun? An dem Tage würde vermutlich sogar Eugen Richter für die Abschaffung des Reichstagswahlrechts stimmen müssen." Schließlich will das Tageblatt aber auch richtig verstanden sein: „Wir verteidigen das Reichstagswahlrecht so lange, bis es durch die Sozialdemokratie unmöglich gemacht wird." Des langen Tageblatt-Artikels kurzer Sinn ist: das Reichstagswahlrecht muß beseitigt werden, wenn die Arbeiter es in ihrem Interesse gebrauchen. Mit dieser Absicht hat das Tageblatt, wie es selbst ganz richtig sagt, die bürgerlichen Parteien allesamt auf seiner Seite. Es unterscheidet sich von anderen bürgerlichen Organen nur dadurch, daß es in seiner gottvollen Dummheit aus der Schule schwätzt.

Abschaffung der Familienunterstützung und Aufhebung der „freien Arztwahl". Die am Dienstag abgehaltene Generalversammlung der Betriebskrankenkasse der Firma Rud. Sack, Fabrik mit Eisengießerei für Geräte und Maschinen zur Bodenbearbeitung in Leipzig-Plagwitz beschloß, wie uns mitgeteilt wird, die Familienunterstützung aufzuheben, den Aerztevereinen den bisherigen Vertrag „auf freie Arztwahl" zu kündigen und einige Aerzte fest anzustellen. Zu diesem Beschlusse sah sich die Generalversammlung veranlaßt, weil das verflossene Geschäftshalbjahr mit einem Defizit von 2500 Mk. abgeschlossen hatte. — Für Korman ein neuer Anlaß, Gift zu speien!

Ueber die Zustände in den Leipziger Bäckereien macht der kürzlich erschienene städtische Verwaltungsbericht auf das Jahr 1902 recht interessante, dem Appetit der Konsumenten aber gewiß nicht förderliche Mitteilungen. Der Rat berichtet:

In Anbetracht der bei früheren Revisionen von Bäckereien vorgefundenen Uebelstände wurde im Berichtsjahre eine nochmalige Revision von 411 Bäckereien vorgenommen, und zwar in 276 Fällen lediglich an der Hand der unter bezirksärztlicher Mitwirkung entworfenen und durch die Wohlfahrtspolizeibeamten ausgefüllten Fragebogen und der Bauakten und in 135 Fällen außerdem noch durch Lokalerörterung. Auf Grund dieser Erörterungen konnten 294 Bäckereibetriebe als zulässig bezeichnet werden, während bei 117 Anträge auf Verbesserungen bezüglich der Backstuben, der Feuerungsräume, der Aufbewahrungsräume für das Mehl, der Schlafräume für das Hilfspersonal, der Reinlichhaltung der Höfe, der Verwendung der Korridore zur Aufstellung von Mehlsäcken sowie der Gesamtanlage gestellt wurden. Im allgemeinen wurden wurden wieder die allbekannten mit dem Bäckereibetrieb leider noch vielfach verbundenen Mißstände vorgefunden, die sich hauptsächlich infolge des Nachtbetriebes sowie der außerordentlich verbreiteten Kellerlage der Betriebsräume und des davon bedingten langen Aufenthaltes in vom Tageslicht mehr oder weniger abgesperrten Räumen herleiten. **Der Gesundheitszustand des Bäckerpersonals wird sich deshalb nicht ehr bessern, bis nicht auch für die bestehenden Anlagen der unterirdische Betrieb überhaupt verboten** und sowohl für den Feuerungs- als auch den eigentlichen Backraum möglichst viel Luft und Licht vorgeschrieben wird. Da es sich bei der Enquete fast ausschließlich um zum Teil seit langer Zeit bestehende Bäckereien handelt, deren Einrichtung seinerzeit genehmigt waren, **so konnte selbst bei vorhandenen ungünstigen Verhältnissen häufig keine ausreichende Verbesserung herbeigeführt werden.** Radikale Abänderung und Sperrung des Betriebes, **wie es das gesundheitliche Interesse öfters erfordert hätte,** verbot mehrfach die Rücksicht auf die mit durchgreifenden Maßregeln notwendig verbundenen sehr großen Kosten.

Die 294 angeführten nicht beanstandeten Bäckereien **sind demnach keineswegs als mustergültig anzusehen,** sondern in vielen Fällen nur aus den erwähnten Gründen nicht beanstandet worden.

Bei den beanstandeten Betrieben handelte es sich in 27 Fällen um schlecht belichtete und unvollkommen lüftbare im Keller gelegene Backräume. Die vorgeschlagene Verbesserung bezog sich zumeist auf Vergrößerung der Fenster und Einfügung von Lichtschächten; in den meisten Fällen wird dieser Forderung entsprochen werden können.

In 28 Fällen erwiesen sich die Mehlkammern bezw. die dazu benutzten Räume als dunkel, feucht, dumpfig, schmutzig oder dienten gleichzeitig als Aufbewahrungsort für andre Gegenstände. Zumeist waren sie entgegen der Genehmigung in den Keller verlegt worden.

Die Feuerungsanlagen (Fußgruben), fast immer ganz oder halb unterirdisch gelegen, brauchen zur Bedienung fast stets künstliche Beleuchtung. Zur Vermeidung des störenden Zwielichtes werden dann häufig die nach dem Freien führenden Fenster verhängt oder zugemauert, so daß vollkommen finstere Räume entstehen. In 16 dieser Fälle wurde zur besseren Durchlüftung die Wiederstellung der Fenster beantragt.

Am meisten gaben die Gesellenkammern zu Bedenken Anlaß. Sie waren häufig sehr niedrig, **in den Mehlboden eingebaut,** in unzulässigen Dachkammern, in Zwischenböden, **einigemal im Keller** untergebracht, oft sehr unsauber gehalten oder mit schlechten Fußböden versehen. In 47 solcher Fälle mußte deshalb auf Abhilfe gedrungen werden.

Neunmal handelte es sich um große Unsauberkeit der Höfe, gewöhnlich infolge des Haltens zahlreichen Geflügels.

In drei Fällen war die gesamte Anlage entgegen der Genehmigung im Keller untergebracht.

Soweit der amtliche Bericht. Also von 411 Bäckereien mußte reichlich der vierte Teil, nämlich 117, beanstandet werden. Die übrigen 294 Betriebe waren aber „keineswegs als mustergiltig anzusehen", sie sind in vielen Fällen lediglich deshalb nicht beanstandet worden, weil ihre Aenderung zu große Kosten erfordert hätte. Die amtliche Revision hat demnach Verhältnisse angetroffen, wie sie wohl selbst die größten Pessimisten nicht befürchtet hatten.

Von besonderem Interesse ist der Revisionsbericht für die Bäckergehilfen; ist er doch für sie zugleich ein Stück Statistik über ihre Arbeitsverhältnisse. Auf die herrschenden Mißstände wird also die kürzlich in einer Innungsversammlung zutage getretene Furcht der Bäckermeister, daß die Gehilfen wie in Berlin so auch in Leipzig auf eine Aenderung ihrer mißlichen Arbeitsverhältnisse ernstlich Bedacht nehmen könnten, zurückzuführen sein. Sollte es nach Veröffentlichung des Ergebnisses der stadträtlichen Kontrolle noch jemand Wunder nehmen, daß die Bäckergehilfen auf Beseitigung der Sitte drängen, beim Meister „Logis" zu nehmen, wenn sie sich bei ihm nach überlanger Arbeitszeit in dem Mehlboden oder im Keller „erholen" dürfen? Die Gehilfen werden die Aeußerung des Rates, daß sich „der Gesundheitszustand des Bäckerpersonals nicht eher bessern werde, bis nicht auch für die bestehenden Anlagen der unterirdische Betrieb überhaupt verboten wird", in ihrem Kampfe um menschenwürdige Arbeitsbedingungen nicht vergessen.

Vom Rat aber darf man verlangen, daß er künftig im gesundheitlichen Interesse etwas weniger nachsichtig ist.

Schlamm. Man schreibt uns: Die außergewöhnliche Trockenheit dieses Jahres hat einen Teil der im Westen der Stadt „fließenden" Gewässer in einen solchen Tiefstand gebracht, daß an einzelnen Stellen die Schlammansammlungen zutage treten. Die Rödel, ein totes Wasser, hat in ihrem nördlichen Ausflusse in die Elster zurzeit nur eine kaum meterbreite Verbindung mit dem vorüberfließenden Wasser der Elster. Aus dem schnellfließenden Wasser der Elster hat sich an der Vereinigung mit dem toten Wasser der Rödel eine bedeutende Schlammanhäufung gebildet, so daß man in einigen Jahren gar nicht mehr wird davon sprechen können, an erwähnter Stelle eine Wasserverbindung zu finden. Bei den Uebelständen die tote Wässer für die bewohnte Umgebung mit sich führen, halten wir es an der Zeit, daß die Stadtgemeinde sich mit dem Gedanken beschäftigt, auch diesen Teil der Rödel durch Ausfüllung zu beseitigen. Dabei gehen wir nicht so weit, etwa die Ausfüllung bis über die Sohle der Rödelflutrinne zu betreiben. Die Rödelflutrinne aus der Pausnitz- und Zschocherschenwiesen-Flutrinne abzweigend, kann in Zukunft an der Verbindung mit der Elster enden. Für die Stadt wird ein Schlamm- und toter Wasserfluß beseitigt, Wiesenland gewonnen und dadurch in gesundheitlicher Beziehung der Gemeinde gedient. A. B. C

Wasserrohrleitung der Süd- und Ostvorstadt. Der Rat macht bekannt: Wegen Arbeiten an den Wasserrohrleitungen in der Reitzenhainer Straße, Kreuzung der Leipzig-Hofer Verbindungsbahn, macht sich die vorübergehende Absperrung dieser Rohrstränge nötig. Wenn diese Arbeiten auch mit der möglichsten Beschleunigung ausgeführt werden, so läßt es sich doch nicht umgehen, daß während der Arbeitsdauer von Montag, den 22. d. M., abends an, die nächstfolgenden Tage hindurch Druckmangel in den Wasserrohrleitungen der Süd- und Ostvorstadt bemerkbar werden wird.

Selbstmord. In seiner in der Erdmannstraße gelegenen Wohnung hat sich heute vormittag in der zehnten Stunde ein Markthelfer aus Hänichen, aus noch unbekannten Gründen erhängt.

Unfälle. Gestern nachmittag stürzte ein am Neubau Ecke Marien- und Mittelstraße beschäftigter 26 Jahre alter Maurer aus Hohenmölsen etwa 6 Meter hoch herunter. Da der Bedauernswerte anscheinend einen Schädelbruch erlitten hatte, erfolgte seine Ueberführung nach dem Krankenhause. — In der Riebeckstraße fuhr heute in der 7. Stunde ein Radfahrer ein Schulmädchen um, wodurch dieses verschiedentliche Verletzungen erlitt.

Kleine Polizeinachrichten. Nochmals gewarnt wird vor jener Ladendiebin, die kürzlich in einem Uhrmacherladen am Grimmaischen Steinweg auftrat und bei Auswahl von Uhren eine wertvolle Damenuhr entwendete. Die Frauensperson, die ein sehr gewandtes Auftreten hat und in der Regel die Auswahlsendungen nach der Wohnung eines Arztes dirigiert, ist auch in Geschäften in der Petersstraße und am Neumarkt aufgetreten. Die Diebin ist mittelgroß, hat dunkles Haar und trug buntseidene Bluse, schwarzen Rock und dunklen Hut.

Ein Unbekannter ließ sich in einem Restaurant in der Naumburger Straße in Plagwitz reichlich mit Speise und Trank versehen und verschwand ohne Zahlung geleistet zu haben. Der Zechpreller ist mittelgroß, hat Anflug von Schnurrbart und ist auf dem Rücken der rechten Hand mit einem Bierglas § 11 und einem Stern tätowiert. Bekleidet war er mit blauem Jackett, graubrauner Hose und brauner Stoffmütze.

Am Sonntag nachmittag verging sich in einem Grundstück in der Südstraße ein unbekannter Mann in unsittlicher Weise an einem achtjährigen Mädchen. Der Unbekannte ist mittelgroß, hat rötlichen Schnurrbart und trug schwarzen Gehrock und schwarzen Hut.

Zur Rechenschaft gezogen wurde ein 17 Jahre alter Markthelfer, der eingegangene Postanweisungen seines Chefs mit dessen Namensunterschrift versah und bei der Post das Geld zu erheben versuchte. Die Fälschung wurde rechtzeitig bemerkt und der Plan des jungen Menschen vereitelt.

Beim Glücksspiel wurden in einem Restaurant drei Handwerker ertappt und dem Polizeiamt zugeführt.

Gestohlen wurde von einem Wagenplatze an der Dresdner Straße ein Faß Teer; in Verlust geraten ist vermutlich durch Diebstahl eine goldene Damen-Remontoiruhr, Nummer 150 476, mit einem sogen. Weinzipfel mit Gravierung.

Ein 24 Jahre alter Geschirrführer, der von seinem Arbeitgeber beauftragt war, Waren in Markranstädt abzuliefern, ist nach Einkassierung von 200 Mk. Geld mit diesem verschwunden.

Auf noch unerklärliche Weise ist gestern nachmittag in den Schöneschen Gärten an der Grenzstraße in Sellerhausen eine Gartenlaube in Brand geraten und fast ganz vernichtet worden.

Verbandstag des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen.

Hamburg, 11. August 1904.

Nach Erledigung der Erwerbslosenunterstützung geht der Verbandstag zur Statutenberatung über. Hierzu liegt eine ganze Anzahl Anträge vor. Die wichtigsten der zur Annahme gelangten Anträge lauten: Zu § 2: „In allen Fällen, wo es sich um Anklagen handelt, die aus der agitatorischen und organisatorischen Tätigkeit für die moderne Arbeiterbewegung resultieren, ist die Rechtsschutzgewährung nicht an eine bestimmte Mitgliedschaftsdauer gebunden." — Zu § 3: „Personen, die vor Eintritt einer andern Gewerkschaft angehörten, wird die Dauer dieser Mitgliedschaft auf die Karenzzeit angerechnet". — Zu § 6: „Während nachgewiesener Arbeitslosigkeit, sowie bei arbeitsunfähigen Kranken, wo Unterstützungen nicht gewährt werden, ruht die Beitragspflicht." „Die vor der Militärzeit geleisteten Wochenbeiträge werden nach vollzogener Anmeldung in Anrechnung gebracht." „Für die Zeit der militärischen Uebungen werden Freimarken geklebt." — Zu § 9: „Beim Todesfalle eines Mitgliedes kann den Hinterbliebenen bei einer Leistung von 104 Wochenbeiträgen 20 Mark, bei 156 Beiträgen 30 Mark, bei 208 Beiträgen 40 Mark, bei 260 Beiträgen 50 Mark Sterbegeld gewährt werden." — Zu § 12 beantragt der Vorstand: „Der Vorstand hat das Recht, unter Zustimmung des Ausschusses Hilfsarbeiter anzustellen. Die Besoldung richtet sich nach der Gehaltsklala der Gaubeamten." Brey begründet den Antrag unter Hinweis auf die gefaßten Beschlüsse, welche die Anstellung von Hilfsarbeitern erfordere, denn die Arbeiten müßten selbstverständliche Erledigung finden. Die Hilfsarbeiter dürften nicht dem Vorstande angehören. Ein Delegierter wünscht die Ausschreibung dieser Stellen im Proletarier. Der Vorstandsantrag wird gegen 3 Stimmen angenommen, ebenso, daß die Stellen im Verbandsorgan ausgeschrieben werden müssen. Hierauf wird die Verhandlung vertagt.

Vereine und Versammlungen.

Zentralverband der Stukkateure.

Eine gutbesuchte Mitglieder-Versammlung tagte am 16. d. M. im Restaurant Stadt Hannover. Nach Erledigung verschiedener Neuaufnahmen gab die Nichteinhaltung des Tarifs bei der Firma Schöne & Strunz Anlaß zu einer lebhaften Debatte. Die Versammlung lehnt zunächst das Ansinnen der Firma ab, sie beim Gewerbegericht zu verklagen, und beschließt vielmehr, über sie die Sperre zu verhängen. Sämtliche dort arbeitenden Kollegen, sofern sie nicht in ein anderes Geschäft in Arbeit treten, haben die Beschäftigung dort nicht eher wieder aufzunehmen, als bis sie vom Vorstand die Erlaubnis haben. Der Gesamtvorstand hat alle nicht anwesenden Kollegen der Firma Schöne & Strunz Mittwoch früh von dem heutigen Beschlusse in Kenntnis zu setzen. Am Schluß der Debatte wird noch ein Antrag angenommen, eine Kommission zu wählen, welche mit der Firma in Unterhandlung treten soll. (Anmerkung des Schriftführers: Bei Abfassung des Berichts hat sich genannte Firma gegenüber der Kommission bereit erklärt, den tarifmäßigen Zuschlag für die Ueberstunden im Neuen Theater nachzuzahlen und ist somit die Sperre aufgehoben.) Unter Gewerkschaftlichem wurde ein Antrag angenommen, zu nächster Versammlung ein Mitglied vom Aktions-Ausschuß für Aerzteangelegenheiten als Referenten zu bestellen, um die Kollegen über den gegenwärtigen Stand der Krankenkassen- und Sanitätsvereins-Angelegenheit genügend aufzuklären. Des weiteren werden alle Kollegen, welche noch nicht Mitglied des Sanitätsvereins sind, aufgefordert, ihm beizutreten.

Die Arbeiter der Hefenfabrik Union hielten am Sonntag in Kunzes Restaurant eine Versammlung ab, die sich mit der Entlassung eines Kollegen beschäftigte. Eine

---

meisten bewundert man die vorzüglichen Kenntnisse der Japaner von allem, was die Lage unsrer Truppen anbetrifft. Ein Kosakenoffizier sagte mir mit Abscheu: „Ja, die Japaner haben keine Abneigung selbst gegen die schlimmste Arbeit des Dienstes. Stellen Sie sich vor, daß die Offiziere des Generalstabs als Kutscher und Lakaien bei uns gedient haben, um nur sich genau über unsre Truppen unterrichten zu können. Ein russischer Offizier hätte sich so etwas nie erlaubt" sagte mit Stolz zum Schluß der Kosake.

In einer Abteilung der Reichsbank fand ich ein größeres Plakat, in dem die Regierung in großen schwarzen Buchstaben versicherte, daß die Behauptung regierungsfeindlich gesinnter Leute, ob die Sparkassen würden ihre Auszahlungen wegen des Krieges einstellen, falsch sei. Die Verbreitung des Gerüchts von der Zahlungsunfähigkeit der staatlichen Sparkassen muß eine große Wirkung auf das Publikum ausgeübt haben, sonst hätte die russische Regierung sich niemals dazu aufgerafft, die falsche Behauptung so offiziell zu bestreiten.

Wenn man die Stimmung der Bevölkerung Rußlands mit derjenigen des vorigen Jahres vergleicht, so wundert man sich darüber, daß dort, wo im vorigen Jahre der Sturm des allgemeinen Streiks tobte, jetzt trübe Stille herrscht. Ist es aber nicht die Stille vor einem neuen und desto heftigerem Sturm? Die Unzufriedenheit äußert sich zwar nicht, sie konserviert sich sozusagen. In großen Massen aber aufgespeichert, gibt sie einen Explosionsstoff, zu dessen Entzündung ein einziger Funke genügt.

Arno Owod.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater wird morgen Millöckers Operette Gasparone gegeben. Am Sonnabend wird zum erstenmal die Tragödie Kaiser Heinrich VI. mit Herrn Dr. Waldemar Staegemann in der Titelrolle wiederholt. — Im Alten Theater kommt morgen Rose Bernd und am Sonnabend die Operette Frühlingsluft zur Aufführung. Für Sonntag ist angesetzt: im Neuen Theater Webers romantische Oper Euryanthe im Alten Theater Benedix Lustspiel Aschenbrödel.

Die Direktion hat ein dreiaktiges Schauspiel Homöopathie von Richard Jaffé zur Aufführung angenommen.

Eingelaufene Schriften.

Hans Rau, Der Sadismus in der Armee. Berlin, Hugo Bermühler. Preis 1 Mk.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19040818/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Kommission wurde beauftragt, bei dem Direktor um Zurücknahme der Kündigung vorstellig zu werden. Der geringe Besuch der Versammlung kam daher, daß der Herr Direktor gedroht hatte, diejenigen Arbeiter zu entlassen, die die Versammlung besuchen würden.

Volksbildungsverein Markkleeberg und Umgegend.

Die letzte, leider sehr schwach besuchte Versammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem vor einigen Wochen vorgekommenen Unglücksfall im hiesigen Bade. Bezug nehmend auf die beiden Eingesandts in den Leipziger Neuesten Nachrichten versichern mehrere Augenzeugen, daß die Vielseitigkeit unseres Bademeisters doch nicht so weit geht, wie der betreffende Einsender behauptet. Bei besonders starker Frequenz ist ein junger Mann zum Kassieren bestellt, so daß der Bademeister seine Funktion versehen kann. Im übrigen wird auch Klage geführt über die Badenden selbst und besonders über die Erwachsenen. So erzählte ein Genosse über die sogenannten Sonnenbrüder: Die betreffenden Herren nehmen ein Sonnenbad und gleich darauf einige Douchen, was sie auf die Weise bewerkstelligen, daß sie das dort befindliche Wehr zum Ueberlaufen bringen. Daß sie dabei mit dem Strafgesetz in Konflikt kommen können, scheint die Herren gar nicht zu genieren. Des weiteren wird mit dem im Bade befindlichen Kahn ein Unfug getrieben, der gar nicht zu beschreiben ist. Der Kahn ist lediglich zur Rettung da, doch wird auch das von den Badenden illusorisch gemacht, indem der Bademeister beim Ausfahren von allen Seiten festgehalten worden ist. Man sollte nicht meinen, daß es unter den Erwachsenen noch so viele Unvernünftige gibt. Im Anschluß an diese Debatte fragte ein Mitglied an, ob auf unsre Beschwerde an die Amtshauptmannschaft Antwort eingegangen sei. Vom Vorsitzenden wird die Frage verneint, doch hofft der Verein noch auf Antwort, da die Eingabe erst vor 4 Monaten gemacht worden ist.

Von Nah und Fern.

Feuersbrünste.

Budapest, 17. August. In der Stadt Gyöngyös (Komitat Heves) sind durch eine Feuersbrunst 500 Häuser und zahlreiche Nebengebäude vernichtet worden. Eine große Menge Vieh, Getreide und Futtervorräte fielen den Flammen zum Opfer. Infolge Wassermangels konnten Löscharbeiten nicht vorgenommen werden.

Breslau, 17. August. Bei der gestrigen Feuersbrunst in Natiborhammer, bei der 107 Gebäude eingeäschert wurden, wurde die ganze Ernte und das Mobiliar ein Raub der Flammen. In Pawlau sind 12 Gebäude niedergebrannt.

Minsk, 17. August. Die Stadt Wolozhin (Gouv. Wilna) ist durch eine Feuersbrunst vollständig zerstört worden.

Aachen, 17. August. Bei Geilenkirchen (Holland) wurden in den letzten Tagen durch einen großen Waldbrand 1000 Morgen vernichtet.

Budapest, 17. August. Das in Gyöngyös ausgebrochene Feuer ergriff auch zwei benachbarte Dörfer, die fast gänzlich vernichtet wurden. Bei dem Brande sind viele Verwundungen vorgekommen.

Acht Mann ertrunken.

Dover, 18. August. Ein holländischer Schlepper sank infolge einer Kollision im Kanal. Acht Mann der Besatzung sind ertrunken, nur einer wurde gerettet.

Eisenbahnzusammenstoß.

London, 18. August. Nach Telegrammen aus Chicago sind gestern zwei Personenzüge zusammengestoßen. 8 Personen wurden getötet, 10 schwer verletzt.

Typhuswasser.

Paris, 17. August. Die Mahnung der Pariser Präfektur an die Pariser Bevölkerung, daß es sich empfehle, bis auf weiteres nur gekochtes Wasser zu trinken, wird damit begründet, daß in der unmittelbaren Nachbarschaft einer der Quellen, die Paris mit Trinkwasser versorgen, der Typhus ausgebrochen ist.

Ein Wolkenbruch.

Cavalese (Tirol) 17. August. Ueber die Ortschaften Molina und Predaja ist gestern nacht ein Wolkenbruch niedergegangen, wobei 5 Personen umgekommen sind.

Letzte Nachrichten.

Troppau, 18. August. Anläßlich des gestrigen militärischen Zapfenstreiches kam es vor dem Gebäude der Landesregierung zu großen Demonstrationen. Die Volksmenge schrie: „Nieder mit Khuen!“ und sang die Wacht am Rhein. Die Polizei schritt ein und nahm verschiedene Verhaftungen vor. Erst spät abends konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

Wien, 18. August. Der Abgeordnete Schönerer richtete an den Stadtrat der Stadt Eger ein Schreiben, in dem er anzeigt, daß er wegen der Einladung des Kaisers nach Eger und der Entsendung der Huldigungsdeputation nach Karlsbad seine Ehrenbürgerschaft von Eger niederlege, da der Stadtrat durch diese Kundgebungen gegen das alldeutsche Parteiprogramm verstoßen habe und er nicht mitschuldig an einer solchen Verletzung des Parteiprogramms sein wolle.

Vermischtes.

Die Riziuspflanze und ihr Wert. Der gemeine Riziuus oder, wie er auch genannt wird, die Castorölpflanze, ist in allen warmen Ländern heimisch. Er ist sehr genügsam, wächst auf fast jedem Boden und unter allen Verhältnissen und entwickelt sich in seiner Wachstumsperiode vom Samenkorn an zu einer stattlichen Höhe. Die Pflanze bevorzugt einen trockenen Stand. Die Samen werden gewöhnlich in Reihen von 6 Fuß Abstand mit 4 Fuß Zwischenraum zwischen den einzelnen Pflanzen in den Boden gelegt. Vor der Aussaat sollten die Samen 20 Stunden lang in heißes Wasser gelegt werden. Nachdem der Trieb aus dem Boden herausgenommen ist, geschieht die weitere Versorgung ebenso wie beim Mais, bei der Baumwolle oder beim Tabak. Sind die Samenkapseln reif, so bersten sie plötzlich und streuen ihren Inhalt nach allen Richtungen aus. Es müssen daher für die Ernte besondere Vorsichtsmaßregeln getroffen werden, damit die Samen nicht verloren gehen. Sobald die Kapseln sich bräunen, werden ihre Träger, die Aehren, abgeschnitten und nach einem reingefegten, harten Stück Boden geschafft, der außerdem noch mit Drahtzäunen eingehegt wird. Hier bleiben sie und werden nur gelegentlich umgedreht, bis die Samenkapseln sich von selbst entleert haben. Die Schoten werden dann durch Worfeln beseitigt, die Bohnen aufgefegt und in Säcke gelesen; es muß nur Bedacht darauf genommen werden, daß sie nicht feucht werden. Der Ertrag an Bohnen, wie er beispielsweise in Queensland, wo der Riziuus besonders stark angebaut wird, durchschnittlich erzielt werden kann, beträgt gegen 20 Hektoliter auf das Hektar. Das Oel wird durch hydraulische oder Hebelpressen aus dem Samen gezogen. Was als kaltgepreßtes Castoröl in den Handel kommt, wird nur durch Pressung gewonnen. Dabei muß zunächst die äußere Schale beseitigt werden. Dies wird dadurch bewirkt, daß die Bohnen zwischen zwei Rollen wie bei einer Wringmaschine hindurchgeschickt werden, wodurch die Hülsen zerbrochen und dann durch Worfeln ausgeschieden werden. Die enthülsten Samen kommen dann in grobe Hanfsäcke. Zwischen je zwei Lagen von Säcken wird eine Stahlplatte gebracht. Im ganzen kommen 20—30 Säcke zu je 40 Pfund Samen zusammen in die Presse. Der Druck muß allmählich wirken, um die Oelserien von verschiedener Güte gesondert zu gewinnen. Das zuerst ablaufende Oel ist das beste. Wird der Druck vermehrt bis zur vollen Kraft der Presse, so wird eine zweite Qualität geliefert. Danach wird der ausgepreßte Teig herausgenommen, mit heißem Wasser vermischt und nochmals gepreßt, wodurch ein Oel dritter Qualität erzielt wird. Ein andres Verfahren besteht darin, daß die Bohnen in eine einfache Mühle gebracht werden, die aus zwei großen runden Steinen besteht, die über einem hohlen runden Stein herumbewegt werden. Diese Steinmühlen halten etwa zwei Zentner, und diese Menge wird in einer halben Stunde zermalmt. Das Oel läuft dann in Filtriersäcke, und von diesen durch Röhren in die eigentlich zu seiner Aufnahme bestimmten Gefäße. Der Ertrag an Oel ist sehr bedeutend, denn er stellt sich auf 40—60 v. H. des Gewichts der Samen. Die aus dem Riziusöl bereiteten Kuchen geben einen hervorragenden Dünger. Das für Schmierzwecke bestimmte Oel bringt etwa 70 Pfund pro Liter. Aus 1000 Pfund Samen werden im Durchschnitt 225 Liter solchen Oels gewonnen, so daß, wenn sich der Ertrag eines Hektars der Riziuspflanzungen auf 20 Zentner stellt, der Gewinn etwa 160 Mk. sein würde. Das zuerst herausgepreßte Oel, das unter jenem Namen des kaltgepreßten in den Handel gebracht wird, ist die bekannte Sorte, die später in die Apotheken wandert und einen erheblich höheren Preis findet.

Auskunft in Rechtsfragen.

Anfragen in Rechtsangelegenheiten ist die letzte Abonnementsquittung beizufügen, sonst bleiben dieselben unbeantwortet.

A. T., Volkmarsdorf. 1. Die Dienstherrschaft ist zur körperlichen Züchtigung nicht befugt. Zum sofortigen Verlassen des Dienstes wird nach den vorliegenden Entscheidungen der Gerichte nur eine gröblichere Züchtigung berechtigen. 2. Kündigen.

E. S. Sie haben als Handlungsgehilfe für die Dauer von 6 Wochen Anspruch auf vollen Gehalt. Das Krankengeld darf Ihnen nicht vom Gehalt gekürzt werden.

A. W. 1. Dieser Taler ist noch in Umlauf. 2. 3. und 4. Die Gewerbeordnung bestimmt darüber: In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiter sich umkleiden und nach der Arbeit sich reinigen, müssen ausreichende, nach Geschlechtern getrennte Ankleide- und Waschräume vorhanden sein. Die Bedürfnisanstalten müssen so eingerichtet sein, daß sie für die Zahl der Arbeiter ausreichen, daß den Anforderungen der Gesundheitspflege entsprochen wird und daß ihre Benutzung ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen kann. Die zuständigen Polizeibehörden sind befugt, im Wege der Verfügung für einzelne Anlagen die Ausführung derjenigen Maßnahmen anzuordnen, die zur Durchführung vorstehenden Bestimmungen erforderlich und nach der Beschaffenheit der Anlage ausführbar erscheinen.

Fritz und Franz. Ueber die Adoption bestehen eine Reihe gesetzlicher Vorschriften; die Sache ist nicht so einfach. Die Hinterlegung eines Geldbetrages wird aber nicht gefordert.

E. H. Sie haben für den Unterhalt beider zu sorgen.

Briefkasten der Redaktion.

P. S. Kommen Sie in unsre Sprechstunde.

E. Sch., Hohe Str. Sind später durch unsre Volksbuchhandlung zu beziehen.

Zur Beachtung.

In letzter Zeit sind uns mehrfach Briefe aus Leipzig und Umgegend zugegangen, die ungenügend frankiert waren. Wir mußten deshalb Strafporto bezahlen, sofern wir die Briefe annahmen.

Es sei daher hiermit wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß

Briefe im Leipziger Ortsverkehr und im Nachbarortsverkehr bis zum Gewicht von 250 Gramm 5 Pfg.,

dagegen

Postkarten im Leipziger Ortsverkehr und im Nachbarortsverkehr nur 2 Pfg.

kosten.

In den Leipziger Orts- und Nachbarortsverkehr sind eingeschlossen die Ortschaften: Abtnaundorf, Auenhain, Baalsdorf, Barneck, Böhlitz-Ehenberg, Burghausen, Dölitz, Dösen, Gautzsch, Göbschelwitz, Großzschocher-Windorf, Gundorf, Heiterer Blick, Hohenheida, Lauer, Leutzsch, Markkleeberg, Mockau, Möckern, Mölkau, Napoleonstein, Oetzsch, Paunsdorf, Podelwitz, Plösen, Portitz, Probstheida, Raschwitz, Rückmarsdorf, Schönau, Schönefeld, Seehausen, Stahmeln, Stötteritz, Stünz, Thekla-Cleuden-Neutzsch, Wahren, Wiederitzsch, Windmühle Breitenfeld, Zweinaundorf.

Mehrfach sind uns auch Frei-Inserate in offenem Couvert (mit 2-Pfg.-Marken frankiert) zugegangen. Diese Briefe müssen gleichfalls mit 5-Pfg.-Marken frankiert werden.

Redaktion und Expedition.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind nach § 17 der Revidierten Städteordnung alle Gemeindemitglieder berechtigt, welche

1. die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen oder erwerben;
2. das 25. Lebensjahr erfüllt haben;
3. öffentliche Armenunterstützung weder beziehen noch im Laufe der letzten zwei Jahre bezogen haben;
4. unbescholten sind;
5. Eine direkte Staatseinkommensteuer von mindestens 3 Mk. bezahlen (600 bis 700 Mk. Einkommen);
6. in den letzten zwei Jahren ihre Staats- und Gemeindeabgaben vollständig berichtigt haben;
7. im Stadtgebiet seit wenigstens zwei Jahren wohnhaft sind oder
8. in einer andern Stadtgemeinde Sachsens bisher stimmberechtigte Bürger waren.

Bei der Einreichung des Antrags auf Verleihung des Bürgerrechts sind beizubringen, falls der Antragsteller Sachse ist:

1. der Geburtsschein (event. Familienbuch, Konfirmationsschein oder dergleichen);
2. Militärausweis;
3. die quittierten Steuerzettel der letzten zwei abgelaufenen Jahre.

Bei Nichtsachsen muß zugleich das Ersuchen an den Rat gerichtet werden, bei der Kreishauptmannschaft die Aufnahme als sächsischer Staatsangehöriger zu vermitteln. Außer den bereits für Sachsen angegebenen Papieren sind beizubringen:

1. Staatsangehörigkeitsausweis eines deutschen Bundesstaats, bei Verheirateten
2. Familienbuch; wo das nicht vorhanden, Trauschein sowie Geburtsschein von Frau und Kindern.

Die meisten Umstände verursacht die Beibringung eines Staatsangehörigkeitsausweises, doch ist die Materie gesetzlich geregelt. Die Ausstellung eines Ausweises hängt nicht vom guten Willen einer Behörde ab. Im Deutschen Reiche besteht ein Indigenat (Staatsbürgerrecht) mit der Wirkung, daß jeder Angehörige eines jeden Bundesstaats in jedem andern Bundesstaat als Inländer zu behandeln, und demgemäß zur Erlangung des Staatsbürgerrechts 2c. wie der Einheimische zuzulassen ist. Kein Deutscher darf in der Ausübung dieser Befugnisse durch die Obrigkeit seiner Heimat oder durch die Obrigkeit eines andern Bundesstaats beschränkt werden.

Urkunden über Staatsangehörigkeit können nur von der höheren Verwaltungsbehörde des Heimatlands ausgestellt werden. Dem diesbezüglichen Gesuch sind beizufügen: Familienbuch (oder Geburtsschein), Militärpapier sowie 1.50 Mk. für Stempelgebühren.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

(Nachdruck wird gerichtlich verfolgt.)

Donnerstag, den 18. August: 186. Abonn.-Vorstellung (2. Serie, rot):

Iphigenie auf Tauris.

Große Oper in 4 Akten, nach dem Französischen des Guillard. Musik von Gluck.

Regie: Ober-Regisseur Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Hagel.

Iphigenie, Oberpriesterin der Diana	Fr. Doenges
Orestes, ihr Bruder	Hr. Mergelkamp
Pylades, Orests Freund	Hr. Urlus
Thoas, König von Tauris	Hr. Schütz
Diana	Frl. Seugern
Erste / Zweite	Frl. Eichholz / Frl. Stadtegger
Der Diener des Tempels	Hr. Kunze
Ein Skythe	Hr. Scholz

Priesterinnen der Diana. Skythen. Gefolge des Königs Thoas. Gefolge des Pylades.

Pause nach dem 2. Akt.

Einlaß ½7 Uhr, Anfang 7 Uhr. Ende ½10 Uhr. **Kl. Opern-Preise.**

Billettverkauf an der Tageskasse von 10—3 Uhr. (Billett-Vorverkauf für den nächsten Tag von 1—3 Uhr. Jedes Billett, welches vor Eröffnung der Tageskasse bestellt oder im Vorverkauf entnommen wird, kostet 30 Pfg. Aufgeld.)

Spielplan: Freitag: Gasparone. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Kaiser Heinrich VI. Anfang 7 Uhr. — Sonntag: Euryanthe. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

(Nachdruck wird gerichtlich verfolgt.)

Donnerstag, den 18. August:

Doktor Klaus.

Lustspiel in 5 Akten von Adolf L'Arronge.

Regie: Regisseur Brunow.

Leopold Griesinger, Juwelier	Hr. Blebrach
Julie, dessen Tochter	Frl. de Lalsky
Max von Boden, deren Gatte	Hr. Schuy
Dr. Ferdinand Klaus	Hr. Brunow
Marie, Griesingers Schwester, seine Frau	Frl. Schippang
Emma, deren Tochter	Frl. Valéry
Referendarius Paul Gerstel	Hr. Colmar
Marianne, Haushälterin bei Griesinger	Frl. Dalldorf
Lubowsky, Kutscher / Auguste, Dienstmädchen } bei Dr. Klaus	Hr. Demme / Frl. Pohle
Anna	Fr. Huth
Behrmann	Hr. Pester
Colmar / Jacob } Bauern	Hr. Huth / Hr. Schmiedecke
Ein Stubenmädchen	Fr. Richter
Eine Kammerjungfer	Fr. Henning
Eine Köchin	Fr. Schröder
Ein Kutscher	Hr. Schröder

Ein Lohndiener.

Pause nach dem 3. Akt.

Einlaß ¾7 Uhr. Anfang ½8 Uhr. Ende nach 10 Uhr. **Gew. Preise.**

Billett-Verkauf an der Tageskasse von 10—3 Uhr. Billett-Vorverkauf für den nächsten Tag von 1—3 Uhr an der Tageskasse (mit Aufgeld von 30 Pfg. pro Billett).

Spielplan: Freitag: Rose Bernd. Anfang ½8 Uhr. — Sonnabend: Frühlingsluft. Anfang ½8 Uhr. — Sonntag: Aschenbrödel. Anfang ½8 Uhr.

Battenberg-Theater

Donnerstag, den 18. August, abends 8 Uhr

Novität! **Papa Nitzsche.** Novität!

Komödie in 4 Akten von O. Walther und L. Stein.

Morgen: **Familie Knickmeyer.** Schwank von Fr. Berend.

Battenberg.

Täglich abends 8 Uhr [13586

Künstler-Vorstellung.

Ab 16. August: **Vier neue Nummern.**

Kaiser-Panorama Grimm. Str. 17, I. Et. Geöffnet fr. 9-10 abds.

Vom 14. bis 20. August: **Ober-Italien.** Am Como-See bis Mailand.

Vorzugskarten in der Buchhandlung der Volkszeitung.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Freitag:

Speiseanstalt I (Johannisplatz): Milchreis mit Zucker und Zimt.
Speiseanstalt II (Rosentalgasse): Junges Gemüse mit Pökelfleisch.
Speiseanstalt III (Münzgasse 24): Kartoffelmus mit Bratwurst.

Versammlungskalender.

Donnerstag: **Frauen-Versammlung.** Coburger Hof, Windmühlenstr. Abends ½9 Uhr.

Freitag: **Drechsler.** Coburger Hof, Windmühlenstr. Abends ½9 Uhr.

Sozialdemokratischer Verein O.-Ost. Thüringer Hof, Volkmarsdorf. Abends ½9 Uhr.

Arbeiter-Sekretariat. Härtelstraße 12, parterre. Auskunftsstelle für Rechtsfragen usw. — Sprechzeit: wochentags von ½11 bis 1 Uhr und ½6 bis ½8 Uhr.

Partei- und Gewerkschaftsgenossen!

Wir bitten dringend darum, in erster Linie die Wirte zu unterstützen, die uns ihre Lokalitäten zur Verfügung stellen und die **Volkszeitung** auslegen. Gleichzeitig bitten darum, bei Einkäufen jene Geschäftsleute zu berücksichtigen, die die Volkszeitung halten und in derselben inserieren. Genossen! Beruft Euch bei allen Geschäftsleuten, die in der Volkszeitung inserieren lassen, bei Eueren Einkäufen darauf, daß Ihr aus diesem Grunde bei diesen Geschäftsleuten Eueren Bedarf deckt. Das ist ein wertvolles Agitationsmittel.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19040818/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die russische Arbeiterbewegung

1900—1904.*

Ueber den Krieg mit Japan, gegen den die Partei eine energische Agitation entfaltete, urteilt die Denkschrift der russischen Sozialdemokratie, daß abgesehen von einem kleinen Häuflein höfischer Spekulanten, mit den Großfürsten an der Spitze, die allerhand Konzessionen in der Mandschurei und Korea erhalten haben, und einer kleinen Gruppe von Lieferanten der Intendantur alle Schichten der russischen Gesellschaft und des russischen Volkes mit dem Kriege unzufrieden sind. Die patriotischen Demonstrationen, die unter unmittelbarer Beteiligung der Polizei, Gendarmerie und Spitzel organisiert wurden, hatten abscheu keinen Erfolg und mußten bald aufhören. Die Stockung in der Industrie, die sich seit der Kriegserklärung außerordentlich verstärkte, die Mobilisierung der Reserve, der gewaltige Abzug der sogenannten „freiwilligen" Gaben zu Gunsten des Krieges, von dem Arbeitslohn, konnten selbstverständlich noch weniger die Arbeiter kriegerisch und patriotisch stimmen. Und die Mängel des Regierungsmechanismus, die sich sofort nach dem Beginn des Krieges äußerten, die schreienden Diebstähle in der Intendantur, die gänzliche Unvorbereitetheit des Absolutismus zum Kriege, den sie selbst so beharrlich provoziert hatte, die Unfähigkeit des Generalstabes, die mangelhafte Organisation der Verproviantierung und der Ausstattung des Heeres mit Kriegsrüstung, eine Reihe von Niederlagen, die von kultureller und technischer Ueberlegenheit der Japaner Zeugnis ablegen — das alles bot ein reiches Material für die Agitation, die durch Proklamationen, Flugblätter usw. rührig betrieben wurde.

Ein besonderes Interesse in der russischen Arbeiterbewegung beansprucht noch das, was man „Subatows System" nennt. Neben der brutalen Unterdrückung versucht es die russische Polizei auch mit der moralischen Demoralisation der Bewegung, und der Urheber dieses Systems ist der Moskauer Gendarm Subatow.

Dieser Herr begann seine glorreiche Laufbahn eines Spitzels, Provokators und Henkers noch auf der Schulbank, indem er einen Zirkel seiner Kollegen im Gymnasium verriet. Eine ganze Reihe solcher Taten brachte ihn schließlich auf den Posten des Gendarmeriechefs in Moskau. Hier machte er den Anfang mit der neuen Taktik der Regierung den Arbeitern gegenüber.

Vor allem versuchte Subatow, die Revolutionäre zu demoralisieren. Vielen politischen Gefangenen, die in den Moskauer Gefängnissen saßen, begann man unerhörte Privilegien zu gewähren. Man erlaubte ihnen, aus dem Gefängnisse ins Theater, in Konzerte zu gehen, Subatow selbst führte mit ihnen lange Gespräche, in denen er ihnen empfahl, nach gegenseitigem Einvernehmen mit ihm und ihren Gesinnungsgenossen Geständnisse zu machen, und versprach dafür möglichst rasche Befreiung aus dem Gefängnisse und verhältnismäßig leichte Strafen. Er wollte sich gleich ans Kreuz schlagen lassen für die Sache der Arbeiter, und versicherte, daß der Kampf um die politische Freiheit bei der gegenwärtigen Lage der Dinge die Sache der bürgerlichen Intelligenz sei und den Interessen der Arbeiter nur schade; daß die Regierung geneigt sei, den Arbeitern das Koalitionsrecht und das Recht des Streiks zu geben, und sie in ihrem Kampfe gegen die Unternehmer zu fördern, daß aber die politische Agitation der Sozialdemokraten die Regierung davon abhalte. Endlich wies er auf die „Krise" innerhalb des Marxismus hin, die im Westen begonnen und quasi seine Subatows Ansicht bestätigte. Dabei empfahl er ihnen die Werke Bernsteins, Sombarts, Herkners und der russischen Revisionisten.

Unter den Gefangenen fanden sich Leute, die zum Teil aus Berechnung, noch mehr aber in gutem Glauben Subatow beipflichteten, und auf sie gestützt, machte er den Versuch, seine Politik im großen Maßstabe durchzuführen. Vor allem wurde es in dem Rayon der jüdischen Arbeiterbewegung in Minsk versucht, wo schon früher ein Teil der Handelsgehilfen dem Einflusse von Subatows Stellvertreter, dem Gendarmen Wassiljew, erlegen war. Hier wurde 1901 unter dem unmittelbaren Schutze der Gendarmerie und mit ihrem Segen die sogenannte unabhängige jüdische Arbeiterpartei gegründet, die sich die Aufgabe stellte, den ökonomischen Kampf der Arbeiter zu fördern, entschieden auf jede Politik verzichtete, und in schärfster Weise die Sozialdemokratie bekämpfte.

In demselben Jahre wurde die Gesellschaft der Gegenseitigen Hilfe der mechanischen Arbeiter in Moskau ins Leben gerufen. Die Führer dieser Gesellschaft handelten unter unmittelbarer Leitung der Moskauer Gendarmerie. Auf den Versammlungen der Gesellschaft sprach man zu den Arbeitern über den Schutz der zarischen Regierung, über die Notwendigkeit, sich auf einen rein ökonomischen Kampf zu beschränken, Redner aus der Polizei bekämpften die Sozialdemokratie als die Partei der Bourgeoisie und gingen soweit, daß sie öffentlich Auszüge aus der Iskra verlasen und kritisierten. Die Geistlichkeit hielt Messen ab und veranstaltete gemeinsame Gesänge und Gebete. Der Moskauer Bischof segnete die Versammlung, Lehrer hielten Kurse über russische Geschichte im bekannten, offiziell patriotischen Stil. Es fanden sich auch Professoren, die sich bereit erklärten — wir wollen annehmen, daß es nur infolge der den Professoren der ganzen Welt eigenen Kurzsichtigkeit geschah — den Arbeitern Vorlesungen zu halten, in denen sie Subatows Politik „wissenschaftlich" begründeten und verherrlichten, versichernd, „daß sie eine neue soziale Aera bedeute."

Die Erfolge Subatows erreichten ihren Gipfelpunkt in der Moskauer Manifestation, welche die Polizeibehörden am 19. Februar 1902 am Denkmal Alexander II. zum Jahrestage der Befreiung der Bauern von der Leibeigenschaft veranstaltet hatten. Tausende von Arbeitern erklärten sich bereit, an dieser Manifestation teilzunehmen, um so mehr, als sie in ihren Augen nicht eine Kundgebung von untertänigen Gefühlen als vielmehr die Feier der Befreiungstat war. Außerdem wurde allen Teilnehmern die Auszahlung des Arbeitslohnes für diesen Tag versprochen, und an viele sogar besondere Gratifikationsgelder verteilt.

Doch konnte man nicht lange die Arbeiter mit Versprechungen abspeisen. Indem sie sich von dem politischen Kampfe lossagten, erwarteten sie mit um so größerer Ungeduld ökonomische Verbesserungen. Es begann eine Reihe von Streiks, die sofort die polizeilichen Agenten in eine zweifelhafte Lage versetzten. Um nicht sofort das Vertrauen der Arbeiter zu verlieren, mußten sie sich den Anschein geben, als sympathisierten sie mit dem Streik. Und die Polizei bezahlte in einem Lande, wo der Streik als Kriminalverbrechen gilt, die Leiter des Streiks, während der Polizeimeister versuchte, einen Druck auf die Fabrikanten auszuüben.

Der Wunsch, die rebellische Arbeiterbewegung niederzuringen, übertäubte alle andern Erwägungen, aber schon der erste Schritt in dieser Richtung rief den schroffsten Widerstand und Protest der Moskauer Industriellen hervor. Die Moskauer Börse reichte dem Finanzminister eine schriftliche Beschwerde ein über die Handlungsweise der Moskauer Administration, während eine besondere Beratung der Großindustriellen diskret einen Bericht verfaßte, in welchem sie darauf hinwies, daß diese Handlungsweise sie zwingen würde, beharrlich den Schutz ihrer Rechte durch eine Verfassung durchzuführen zu suchen. Die Regierung, die zwischen zwei Feuer gestellt war, mußte zurücktreten und trotz der Versprechungen der Moskauer Administration, die Streikenden zu unterstützen, endete der Streik in der Seidenfabrik Muß damit, daß alle 1200 Arbeiter entlassen wurden, und die Polizei mußte sie auf eigne Kosten nach ihrem Heimatsorte befördern, Unterstützungen während der Arbeitslosigkeit gewähren usw.

Und obwohl Subatow bald als Beamter für besondere Aufträge beim Minister des Innern, Plehwe, berufen wurde, und auf diese Weise seiner Politik ein allrussischer Charakter verliehen wurde, war sie doch durch ihr Mißlingen in Moskau untergraben.

Einen noch größeren Schlag versetzten die Ereignisse in Odessa während des allgemeinen Streiks 1903 der Politik Subatows. Hier gab die Demagogie der Unabhängigen, die weite Beziehungen zu den in kultureller Hinsicht und in revolutionärer Stimmung vorgeschrittenen Arbeitern angeknüpft hatten, den ersten Anlaß zu der kolossalen Streikbewegung, die bei weitem die Grenzen überschritten hat, welche den Urhebern vorgeschwebt haben. Gleich nach diesen Ereignissen wurde Subaltow seines Postens enthoben, und aus der Residenz in die Provinz hinaus verbannt, während seine Anhänger in Odessa verhaftet und zum Teil sogar nach Sibirien verbannt wurden. Wenn Subatows Verfahren auch nicht ganz aufgehört hat, so gibt doch die zarische Regierung zu, daß „Subatows System" Schiffbruch gelitten hat.

Die Enttäuschung über Subatows Politik und das Bewußtsein, daß es unmöglich ist, ihre Politik auf den Bund mit der Polizei zu stützen, vernichteten dennoch nicht endgültig das Streben weiter Kreise der Arbeiter, sich auf dem Boden des professionellen (gewerkschaftlichen) Kampfes zu organisieren. Die wiederholten Versuche einer solchen Organisation verliefen beim Zusammenstoß mit den politischen Verhältnissen des russischen Lebens regelmäßig im Sande, und ebenso regelmäßig drängten sie die Arbeiter zu einem größeren politischen Kampfe unter der Fahne der Sozialdemokratie.

Es ist bekannt, daß am Ende der 90er Jahre auch in der russischen Sozialdemokratie eine starke Strömung, der sogenannte Oekonomismus, sich geltend machte, der es versucht hat, die gesamte Arbeiterbewegung auf dem Boden der professionellen Interessen und der professionellen Organisation aufzubauen. Die Erfahrung zeigte bald, daß die selbständige Rolle der Arbeiterklasse im politischen Leben des Landes bei dieser Denkrichtung annulliert wird, und daß bei den russischen politischen Bedingungen eine wirkliche Verbesserung der ökonomischen Lage, der die größeren Interessen des Proletariats geopfert werden sollten, unerreichbar ist. Und die einzige mehr oder minder große professionelle Organisation, die sich bei ihrem Entstehen enge professionelle Ziele setzte, mußte ihren Standpunkt bald bedeutend verändern. Wir sprechen von dem Moskauer Bunde der Buchdruckerei-Arbeiter, der September 1903 entstand und der den Streik organisiert hatte, von dem wir oben gesprochen haben. Diesem Bunde gelang es dank dem hohen kulturellen Niveau der Schriftsetzer, und besonders dank dem glücklich durchgeführten Streike, eine bedeutende Zahl der Buchdruckereiarbeiter zu organisieren. Der Bund gibt sein eignes Organ heraus, und seine ersten Nummern stehen auf dem Boden des extremen Oekonomismus. Bald aber beschloß der Bund, das Programm der russischen Sozialdemokratie anzunehmen, und wenn er bis jetzt noch nicht ganz in ihre Reihen trat, so ist es hauptsächlich aus Organisationserwägungen. Damit zugleich veränderte sich auch das Programm des Bundesorgans. In den letzten Nummern (vorläufig kamen nur fünf heraus) versucht die Redaktion, und mit ziemlichem Erfolge, die Ereignisse des sozialpolitischen Lebens vom Standpunkte der Sozialdemokratie zu beleuchten.

Es ist freilich schwer vorauszusagen, inwieweit diese professionelle Organisation sich lebensfähig erweisen wird. Ihre besonders qualifizierte Zusammensetzung und besondere Bedingungen ihrer Wirksamkeit versprechen diesem interessanten Versuche unter russischen politischen Verhältnissen vielleicht einen gewissen Erfolg. Jedenfalls bleibt die Frage über die Formen, die die weiteren professionellen Organisationen annehmen müssen unter den Verhältnissen der illegalen Tätigkeit noch zum großen Teile offen. Ungelöst bleibt auch die Frage über die möglichen und wünschenswerten Beziehungen dieser professionellen Organisationen zu der Partei.

Nicht nur die professionelle Bewegung, sondern auch die sogenannte Fabrikgesetzgebung hängt mit „Subatows System" geschichtlich zusammen. Am 30. Mai 1903 wurde ein Gesetz erlassen, das in bedeutendem Umfange die Fabrikinspektion den Vertretern der Polizeigewalt unterstellt. Auch früher sorgte die russische Fabrikinspektion mit wenigen Ausnahmen mehr für die Erhaltung der sogenannten Staatsordnung, als für die professionellen Interessen der Arbeiter. Seit dem Erlasse des neuen Gesetzes aber begannen die Fabrikinspektionen noch mehr die Funktionen von polizeilichen Beamten, die über Fabriken zu verfügen haben, auszuüben. Am 10. Juni 1903 genehmigte der Zar das Gesetz über „die Aeltesten" (Starosty) in den industriellen Unternehmungen. Den Fabrikanten wurde das „Recht" eingeräumt, im Einvernehmen mit den Fabrik- und Bergwerksbehörden den Arbeitern verschiedener Zünfte zu erlauben, Kandidaten für die Aeltesten aus ihrer Mitte zu wählen, wobei das Alter dieser Kandidaten mit 25 Jahren bestimmt wurde; auch konnten die Fabrikanten, wenn sie es für notwendig halten, das Minimalalter erhöhen. Die Fabrikanten haben dann aus diesen Kandidaten die Aeltesten zu wählen. Die Aeltesten erscheinen als „Bevollmächtigte" der Arbeiter in Sachen, die den Arbeitslohn und das Leben der Arbeiter betreffen. Der Gouverneur hat das Recht, zu jeder Zeit die Aeltesten abzusetzen. Das sind alle Rechte, die das neue Gesetz den Arbeitern gewährt. Man muß noch hinzufügen, daß irgendwelcher energischer Schutz der Arbeiter seitens der Aeltesten, sofort die Aufmerksamkeit der wohlgeneigten Polizei auf sie lenkt, deren Folgen genug bekannt sind.

Dennoch empfahl der Kongreß unsrer Partei den Arbeitern die Beteiligung an der Wahl der Kandidaten für die Aeltesten, da er darin eine gewisse politische Schulung sah, und auf das Agitationsmaterial rechnete, das jede Wahl unter den russischen Verhältnissen bieten muß. Die Zukunft wird zeigen, inwieweit diese Taktik richtig ist. Die Diskussion über diese Frage ist vorläufig noch nicht abgeschlossen und viele Genossen, die sich dem Beschluß des Kongresses fügten, betonen energisch die Notwendigkeit, die Arbeiter von der Beteiligung an der Wahl fernzuhalten, um dadurch das negative Verhalten der Arbeiter dem Versuche der Regierung gegenüber, die Arbeiter durch eine angebliche „Vertretung" zu betrügen, zu betonen.

Wir erwähnen noch das Gesetz vom 2. Juli 1903 über die Entschädigung der Arbeiter für Unfälle. Die Grundlagen des Gesetzes sind folgende: Vor allem betrifft das Gesetz nur die Fabrikarbeiter und die Arbeiter der Bergwerke und Bergindustrie. Entschädigung wird nur für körperliche Unfälle gewährt, wobei der Fabrikant der Verantwortung enthoben wird, wenn er beweisen kann, daß die Ursachen des Unglücksfalls eine böse Absicht oder eine grobe Unvorsichtigkeit des Verunglückten war. Diese Einschränkung paralysiert freilich zum größten Teile die Wirkung des Gesetzes, denn wie kann man vorsichtig genug sein bei dem unendlich langen Arbeitstage und den empörenden technischen und Sanitäts-Verhältnissen der russischen Fabriken. Noch wirkungsloser wird das Gesetz durch die Zulassung von freiwilligen Verhandlungen über die Entschädigung mit dem Verunglückten oder seiner Familie. Wer die Verschleppung und die erheblichen Kosten unsrer Gerichte und den historisch erzogenen Haß der Arbeiter dagegen kennt, der wird es verstehen, daß der Arbeiter und seine Familie die geringste „freiwillige Entschädigung allen Peripetien der Gerichtsverhandlung vorziehen wird. Die Entschädigung selbst wird, gleichviel welchem Arbeitszweige der Verunglückte angehört, nach dem durchschnittlichen Taglohne eines Handlangers gemessen und von der Fabrikbehörde bestimmt, in der die Fabrikanten Vertreter haben, die Arbeiter aber nicht.

* Siehe Nr. 186.

Es ist aus mit ihr! mit ihr, der alten Waschmethode! Alle vernünftigeren Menschen haben eingesehen, daß das fürchterliche Reiben der Wäsche diese gar bald zu grunde richtet, daß dagegen die Anwendung von Luhns Wasch-Extrakt die Kräfte schont, die Wäsche schneller reinigt und sie vor allem viel länger erhält. Wem dies einleuchtet, lasse von jetzt ab in seiner Haushaltung nur noch verwenden:
Luhns Wasch-Extrakt!

Anger, Zweinaundorfer Str. 19
H. Hofmann

1 neues Uhrglas 10 Pfg.
1 neuer Uhrschlüss. 5 Pfg.
1 neue Uhrfeder 75 Pfg.
1 neue Brosch.-Nad. 10 Pfg.
Abonnenten 10% Rabatt.
● Uhren u. Goldwaren ●
gut u. billig.

Tanz-Unterricht erteilt zu jeder Tageszeit, auch Sonntags
H. Papst, Dufourstr. 22.

Lassen Sie sich doch sagen,
daß seit Jahren Zehntausende von Müttern ihre Kinder nur durch ausschließliche Ernährung mit Thalysia-Hafergries gut durch den Sommer bringen. Stehen Sie von allen andern Versuchen ab; denn es giebt nichts Besseres, das den Kindern so zuträglich ist, sie kräftig macht und Störungen so schnell beseitigt wie Thalysia-Hafergries (in grünen Paketen.) Vollste Gewähr für frische Qualität haben Sie bei Einkauf in den Thalysia-Geschäften Neumarkt 40, Go., Aeußere Hallesche Str. 81, Vo., Kirchstr. 84, Pl., Mühlenstr. 11, Lt., Gundorfer Str. 18, Tho., Stötteritzer Str. 28 und Lindenbad.

Ausgekämmte Haare kauft Paul Thiele Tauchaer Str. 2.

Kammerjäger Wagner wohnt jetzt R., Senefelderstr. 11, H.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19040818/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sechster internationaler Sozialistenkongreß.

Amsterdam, 16. August 1904.

Die Taktikfrage in der Kommission.

Die Debatte eröffnete Guesde, der vorausschickte, daß die Franzosen kein Urteil verlangen über ihre inneren Streitigkeiten; diese könnten sie selber ausfechten. Aber gegen ein Uebel, das international in Erscheinung tritt, muß internationale Sicherheit geschaffen werden.

Jaurès ist mit der Absicht der Versöhnung gekommen. Auch in seinen eignen Reihen gibt es Genossen, die da meinen, man könne auch zu weit und zu rasch gehen in der Jagd nach Augenblickserfolgen. Guesde sagt, die französischen Streitigkeiten könnten im eignen Lande ausgefochten werden. Gewiß, die Deutschen, Italiener und Belgier haben ihre Streitigkeiten auf den eignen Kongressen behandelt, im Gegensatz zu Guesde und seinen Freunden; nun seien diese wohl auf den Gedanken gekommen, von dem internationalen Proletariat Hilfe zu holen; sie suchen beim Internationalen Kongreß Unterstützung gegen äußere Erfolge, gegen unsre Politik. Es ist eine Frage der Kompetenz; sicher kann der internationale Sozialismus sich darüber aussprechen; aber sofern er nicht mehr urteilt über Prinzipien und allgemeine Regeln, sondern über die Ausführung in einem bestimmten Land, muß er vorsichtig sein. In den Lebensverhältnissen der einzelnen Länder existieren große Unterschiede, und der Kongreß kann keine für alle Fälle bindende Vorschriften erlassen. In der Mehrheit sind die hier Anwesenden in der Republik geboren; und nun sollt Ihr schon auch Eure Meinung über den russischen Terrorismus und seinen sozialdemokratischen Kritikus Plechanow abgeben und vielleicht später auch noch über die Teilnahme der deutschen Partei an den preußischen Landtagswahlen. Man sagt, daß wir durch unser Zusammenwirken mit den bürgerlichen Klassen den Sozialismus schädigen. Zu dieser Auffassung haben wir keinen Anlaß gegeben; wir führen den Klassenkampf und erklären, daß die Gesellschaft ihr Gleichgewicht erst finden kann nach Ueberwältigung des Kapitalismus. Aber wir wollen den Interessen des Proletariats dienen dadurch, daß wir einen Anfang machen mit seiner Befreiung durch Förderung der Volksschule und gesetzlichen Arbeiterschutz. Was immer dieser Kongreß beschließen mag, das, was wir dem französischen Proletariat haben erringen helfen, kann ihm nicht mehr genommen werden. Die Dresdner Resolution, die jetzt international gemacht werden soll, versäumt zu sagen, daß es unwahr ist, daß es außerhalb des Proletariats nur eine reaktionäre Masse gebe und daß es den Arbeiterinteressen widerspreche, wenn man die vorgeschritteneren Elemente der Bourgeoisie für sie in Anspruch nehme. **Die Frage der Teilnahme an einer bürgerlichen Regierung existiert für uns Franzosen nicht mehr** und wir wünschen nicht, sie wieder aufleben zu lassen. Die Deutschen haben durch ihre Resolution die Tür einen Spalt weit aufgemacht, aber sie haben weder den Mut, sie ganz zu schließen, noch den, sie weit aufzumachen. Sollen die französischen Arbeiter nach der Annahme dieser Resolution den Streit gegen Klerikalismus und für Sozialreformen aufgeben? Der internationale Sozialismus sollte einer Politik nicht den Weg versperren wollen, die die Befreiung des französischen Proletariats fördert und die unter ganz andern Verhältnissen als in Deutschland angewandt wird. Unsre Politik gilt für ein durch die große Revolution demokratisiertes Land. Hütet Euch, Ihr Deutschen, die Kluft zwischen zwei großen Fraktionen des Proletariats zu vertiefen. Wir erheben stolz den Anspruch darauf, unsre eigne alte Methode zu behalten.

Kautsky verteidigt namens der deutschen Sozialdemokratie die Dresdner Resolution und wünscht ihre internationale Geltung. Sie schließt sich an die Pariser Resolution Kautskys von 1900 an, die mit Nachdruck betont, **daß die Regierungsgewalt nicht stückweise erobert werden kann**, daß die Sozialdemokratie nur in ganz besonderen Ausnahmefällen an einer bürgerlichen Regierung teilnehmen darf und nicht danach streben soll. Kann man taktische Regeln für alle Länder aufstellen? Da muß man unterscheiden zwischen den Regeln selbst und ihrer Anwendung. Die Teilnahme an den preußischen Landtagswahlen war nur die Anwendung der Regel, und das bleibt der Partei jedes Landes überlassen. Die deutsche Partei hat immer am Prinzip des Klassenkampfes festgehalten; sie unterstützt auch die liberale Bourgeoisie bei den Stichwahlen, doch nicht, wie die Franzosen es tun, auch dann wenn sie reaktionär ist. Die Annahme der Resolution würde ein großer Vorteil für den Klassenkampf in allen Ländern sein.

De Leon (Sozialistische Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten) empfiehlt das völlige Schließen der Tür zur bürgerlichen Regierung. Er bringt eine Resolution ein, die dahin geht, daß die Sozialdemokratie nicht ohne Verrat an den Interessen des Proletariats eine Position einnehmen kann, die sie nicht erobert hat.

Dr. Viktor Adler-Wien: **Wir wollen von der Dresdner Resolution**, die in knappen Sätzen den Klassenkampfstandpunkt ausspricht, **nicht abweichen.** Hier aber sollen wir Regeln aufstellen über die Taktik unter ganz konkreten Umständen in einem ganz bestimmten Lande zu einer ganz bestimmten Zeit. Das aber halte ich für unmöglich, so wünschenswert es wäre. Ich sage nicht: Wir sollen nicht, sondern: Wir können nicht. Niemand wäre dankbarer als ich, wenn man mir für alle zweifelhaften Fälle eine Regel der Entscheidung gäbe. Ja, wenn wir eine solche Norm für den Klassenkampf finden könnten, wie er allein geführt werden darf! Aber die Taktik ist abhängig von den Umständen. 1900 zwang uns der Fall Millerand zu einer Entscheidung, und wir dachten nur an diesen einen bestimmten Fall. So entstand die Resolution Kautsky. Faktisch ist der Fall Millerand heute erledigt und wir haben es mit einer weit gefährlicheren Sache zu tun, die durch die Kautskysche Resolution nur ganz ungenügend erledigt wird: Mit der anonymen Mitregierung einer großen sozialistischen Gruppe an einer bürgerlichen Regierung, ohne daß eine einzige bestimmte Person die Verantwortung trägt. Ein einzelner kann, wenn er für den Zaren und das Niederschießen von Streikenden eintritt, abgeschüttelt werden; hier aber gilt es einer Partei, die den sozialistischen Namen trägt. Es wird eine schwere Enttäuschung für das Proletariat geben, wenn die Sozialdemokratie sich auf diesen Weg begibt. Ich sehe der Entwicklung mit Furcht und Trauer zu. Aber wie ich für meine Handlungen verantwortlich bin, so kann ich hier nur mit aller Schärfe zu den Jaurèsisten sagen: Tut es nicht! Aber ich verurteile nicht, ich schließe nicht aus. **Die Dresdner Resolution ist eine ausgezeichnete Prinzipienerklärung**, das kann nicht scharf genug gesagt werden. Aber wir dürfen auf dem internationalen Kongreß keine Verurteilung aussprechen, die erst in drei oder vier Jahren revidiert werden kann. Wir müssen uns auf die positive Erklärung des Klassenkampfstandpunktes beschränken und das internationale Proletariat davor warnen, diesen Weg zu verlassen. Aber wir dürfen die Minderheit nicht brandmarken, keine Verurteilung, keinen Bannfluch aussprechen.

Roubanowitsch (russische revolutionäre Partei) wirft Jaurès vor, daß er dem Zarismus gegenüber Mäßigung empfohlen habe. Wenn im Bloc Disziplin sein muß, so muß sie auch in der internationalen Sozialdemokratie sein.

Vandervelde-Belgien schließt sich Adler an. Alle belgischen Parteigenossen halten international bindende Regeln für die Taktik für unmöglich. Nur eine Befestigung der Prinzipien kann der Kongreß aussprechen und sagen, daß niemand den Klassenkampf durch das Zusammenwirken der Klassen ersetzen will. Die Resolution Kautsky von 1900 war viel klarer, als die für Deutschland berechnete Dresdner Resolution, die nicht einmal die Teilnahme an der Regierung verbietet. Gewiß ist es gefährlich, wenn ein sozialdemokratisches Blatt das offizielle Organ eines Bourgeoisministeriums wird. Aber keine Verurteilung, keine Verbannung! Vereinigen ist unsre Aufgabe, nicht trennen. Redner beantragt, in der Dresdner Resolution die Ausdrücke der Verurteilung zu streichen, dagegen den positiven Teil der Prinzipienerklärung unverändert aufrecht zu erhalten. Außerdem soll der Schluß lauten: Betreffend die Anteilnahme an der Regierungsgewalt innerhalb einer bürgerlichen Gesellschaft, erneuert und bestätigt der Kongreß die Resolution Kautsky von 1900.

Ferri-Rom: Jaurès macht einen zu großen Unterschied zwischen Theorie und Taktik. Die beiden lassen sich auch auf einem internationalen Kongreß nicht trennen, sonst beschränkt man sich auf vage platonische Diskussionen. Gewiß ist die Bourgeoisie nicht eine reaktionäre Masse, aber auch ihr äußerster Flügel hält bis zum letzten am Besitzmonopol fest. Koalitionen mit bürgerlichen Parteien gegen die Reaktion sind nur als Ausnahme und für kurze Zeit zulässig, sonst überwuchert der Gegensatz zwischen Ministerialismus und Antiministerialismus den Klassenkampf. Aber die unerläßliche Voraussetzung dafür, daß unsre Resolution Frucht trägt, ist, daß der rechte und der linke Flügel innerhalb einer Partei zusammenhält.

Plechanoff sieht auch mit dem Mikroskope keine verurteilenden, brandmarkenden Stellen in der Dresdner Resolution. (Vandervelde und Adler erklären, die betreffenden Stellen vorgelesen zu haben.) Bernstein hat sich durch die Resolution nicht gebrandmarkt gefühlt; **verschiedene seiner Anhänger haben sogar dafür gestimmt.** Die Resolution enthält die Prinzipien, welche Theorie und Praxis verbinden. Hier gilt es, die revisionistischen Theorien (nicht die Personen) zu verurteilen, die unsre Partei in den Augen des Proletariats kompromittieren. Jaurès sagte, daß, wenn der Kongreß sich in den französischen Streit mischen sollte, er sich auch in den russischen Streit zwischen Terroristen und Antiterroristen einmengen müsse. Das ist aber ganz etwas andres. Sobald ein Terrorist auf einem Ministerstuhl sitzt oder vor dem Zaren seine Verbeugung macht, wird es Zeit sein, sich zu fragen, ob er noch zur sozialistischen Partei gehöre.

Rakofsky-Bulgarien meint, Jaurès sehe seine Hauptaufgabe in der Bekämpfung des Nationalismus und Klerikalismus. (Jaurès: Ganz richtig!) Das ist die Taktik der „Von der Hand in die Mund-Politik", deren Ende man nicht kennt. Ist der Klerikalismus überwunden, so wird es nachher heißen, man müsse das Ministerium Combes unterstützen, weil der Klerikalismus wiederkommen könne, Jaurès schrieb in der Humanité: wir setzen die Traditionen der großen Revolution fort. Aber diese Traditionen sind bürgerlich, wenn auch revolutionär zu ihrer Zeit, nicht aber sozialistisch und nicht proletarisch. Wir Bulgaren erwarten vom Kongreß eine Richtschnur für unsre inländische Taktik. Eine Partei, die für die Zukunft wirkt, muß Augenblicksvorteile missen können. Es ist besser, auseinanderlaufende Richtungen nicht in eine Partei zusammenzuzwängen. Je zwei Parteien geschieden und zusammenarbeitend, wo es möglich ist, können wir fruchtbarer wirken, als bei fortdauerndem Streit in einer Partei.

Moor-Schweiz erklärt, die Schweizer Delegation habe sich gegen jede Einmischung des internationalen Kongresses in die Landesangelegenheiten ausgesprochen. Er verweist dann auf die praktischen Erfahrungen, welche in Genf, Basel, Bern mit den sozialistischen Ministern gemacht worden seien, die in der Regierung nichts erreichten, für die sozialistische Agitation aber lahmgelegt seien. Diese elende Korrumpierungsmethode der Bourgeoisie sei von Jaurès in ein prächtiges System gebracht worden, unsre schweizerische Erfahrung sagt aber: Betretet diesen Weg nicht.

In der Dienstagnachmittagssitzung, der Troelstra-Holland präsidierte, erhielt zuerst Bebel das Wort. Er führte in mehr als 1½stündiger Rede aus: Wir hatten in Dresden nicht vermutet, daß unsre Resolution auf dem internationalen Kongreß noch einmal würde verhandelt werden, aber wir können uns nur darüber freuen, daß sie internationale Bedeutung gewonnen hat. In der Tat ist unsre Dresdner Resolution keineswegs, wie Jaurès meinte, auf deutsche Verhältnisse beschränkt, sondern gerade gegen die Richtung Jaurès, die auch in Deutschland Anklang fand, gerichtet. Sie ist eine internationale Erscheinung, die wir auch in Italien, in Oesterreich (Dr. Viktor Adler: O nicht doch!) wiederfinden, und von der Holland nur infolge der vorjährigen Ereignisse gesundet ist. (Troelstra: Wir waren nicht krank!) Aber in Gefahr, es zu werden! — Wer allen Menschen ein und dieselbe Ueberzeugung aufdrängen wollte, gehörte ins Irrenhaus. Gerade Meinungsverschiedenheiten bringen die Partei vorwärts. Derentwegen wird sich die deutsche Partei nicht spalten. Wir haben es vor Gotha durchgemacht. Wehe dem Lande, in dem die Parteieinheit nicht wie in Deutschland bestehen bleibt. — Die Dresdner Resolution war kein Bannspruch. Schon die Abstimmung zeigt, daß keine zwei Stimmen deshalb dagegen waren, weil sie sich persönlich getroffen fühlten. Aber wenn Du, lieber Viktor, statt „verurteilen" „abweisen" oder „mißbilligen" sagen willst, uns ist es recht. Auch wir in Deutschland, werter Freund Jaurès, nehmen jede Konzession von jedem Gegner an, aber wir sagen nicht: Danke schön, und lassen uns nicht weiter mit dem Feinde ein. Das ist gerade der Unterschied zwischen uns und Euch. Ihr treibt die besten Kämpfer dem Anarchismus in die Arme, und bringt dafür zweifelhafte bürgerliche Elemente in die Partei. In Adler habe ich immer ein Stück Revisionist vermutet; aber was er gestern über die Gefahren der Stellungnahme Jaurès' gesagt hat, unterschreibe ich vollkommen. Auf seine Weise schiebt man die bürgerlichen Parteien nicht nach links, sondern die Sozialisten nach rechts. Millerand empfing den Zaren, aber nicht den internationalen Sozialistenkongreß. Gekrönte Häupter, aber keine Arbeiter empfangen, das ist charakteristisch! 1880 unter dem erzreaktionären Dupuy konnten wir ungestört einen Kranz auf das Grab der Kommunekämpfer legen, unter Waldeck-Rousseau sind wir 1900 auseinandergeprügelt worden. Hätte Millerand einen Funken Ehrgefühl in seinem Leibe gehabt, hätte er damals sogleich seinen Abschied nehmen müssen. In Deutschland wäre ein solcher sozialistischer Minister sofort aus der Partei herausgeflogen. Jaurès sagt, Frankreich sei Republik und Deutschland eine Monarchie; deshalb paßt die Dresdner Resolution nicht auf Frankreich. Gewiß, wir haben eine Monarchie und eine reaktionäre Regierung. Aber seit dem Bergarbeiterstreik von 1889 ist bei uns kein Militär gegen Streikende aufgeboten worden, wie in Frankreich alle Tage. Gewiß, auch bei uns tun Polizei und Justiz ihr Möglichstes gegen die Arbeiter, aber gerade deshalb verwerfen wir jede Koalition mit den bürgerlichen Parteien. Das Königtum kann auch einmal, wie unter Bismarck, in der Lage sein, die Arbeiter gegenüber der Bourgeoisie zu gebrauchen. Aber denken Sie an die Schandtaten gegen die Streikenden in Kolorado, Pennsylvanien und Pittsburg. Das Königtum muß auch stets befürchten, sein Prestige zu verlieren. Sie haben gehört, was uns Genosse Moor von schweizerischen Ministern erzählt hat. Soll das so weiter gehen? Wie kann man daran denken, daß eine bürgerliche Regierung daran mitarbeiten soll, den Klassenstaat in den sozialistischen umzuformen. Die bürgerlichen Parteien sind viel konsequenter und weitblickender als viele Sozialisten. Die bürgerlichen Regierungen nehmen Sozialisten nur deshalb in ihre Mitte auf, um Zwist in die Reihen der Arbeiterklasse zu tragen und sie an der Entfaltung ihrer vollen Kraft zu hindern. Die englische Kapitalistenklasse hat es von jeher zum Schaden der Arbeiterklasse so getrieben. In dem Kampfe gegen den Klerikalismus — und für den haben wir sehr viel Sympathie, mein werter Jaurès — geht keine bürgerliche Regierung über einen gewissen Punkt hinaus; alle gebrauchen schließlich einmal gegen die Arbeiter den lieben Gott. Und ist der Klerikalismus der einzige Feind? Nirgends besteht ein infameres Steuersystem, als in Frankreich. Einer solchen Regierung, die die brutalste Klassenherrschaft handhabt, würde ich keinen Pfennig bewilligen. Unser Standpunkt ist: Für alle Maßregeln stimmen, die den Arbeitern zugute kommen, aber in vollkommener Freiheit und Unabhängigkeit gegen alle, die sie schädigen. Die Dresdner Resolution greift nicht mehr in die inneren französischen Parteiverhältnisse ein, als dies die Resolution Kautsky von 1900 tat. Und für diese haben auch die Jaurèsisten gestimmt. Für Eure Fehler müssen auch wir in Deutschland büßen. Gewiß kann man die Taktik nicht für lange Jahre hinaus festlegen. Wir können jeder Zeit neue Erfahrungen machen. Aber wie sich auch die Taktik ändert, der Gegensatz bleibt bestehen: Hie Bourgeoisie, hie Proletariat! Keine Versöhnung ist möglich. Kampf bis aufs Messer! (Stürmischer Beifall.)

Macdonald-England (Independent Labour Party) erklärt, daß nach seiner Auffassung alle diese persönlichen Streitigkeiten für einen internationalen Kongreß zu unbedeutend seien. Jedes Land müsse das Recht haben, den Sozialismus auf seinem eignen Wege zu verwirklichen. Den Engländern schade das Eintreten der Deutschen für bürgerliche Kandidaten bei Stichwahlen viel mehr als die ganze Richtung Jaurès.

Iglesias-Spanien wünscht im Interesse ihres Kampfes gegen die Anarchisten eine scharfe Verurteilung der unbedingten Unterstützung des Ministeriums Combes. Man müsse aufpassen, daß der rechte Flügel nicht eines Tages rechts von der Partei stehe.

Hillquist-Amerika hält die Pariser Resolution von 1900 für damals und die Dresdner Resolution für jetzt für die denkbar glücklichste Ueberwindung der Schwierigkeiten.

Troelstra-Holland weist nach, daß seine Partei nicht erst heute, sondern von jeher den Standpunkt in Theorie und vor allem auch in der Praxis vertreten habe, der jetzt internationale Regel werden solle. Auch die Holländer müßten erklären, daß sie für die dauernde Verbindung Jaurès' mit den bürgerlichen Parteien jede Verantwortung ablehnen. Aber die beiden Richtungen gehörten in der Partei zusammen und machten zusammen erst ihr Wesen aus. Man solle nur darauf achten, daß nicht aus Antirevisionismus wie in Italien die Linke anarchistisch und antiparlamentär werde, und nicht aus Antiradikalismus die Rechte — bürgerlich.

Dr. Viktor Adler-Oesterreich: Ich bin erstaunt, daß mich Bebel und Plechanoff für einen verkappten Revisionisten halten. (Plechanoff: Das habe ich nicht gesagt!) Nein, Sie haben es nur geschrieben. (Große Heiterkeit.) (Plechanoff: Es war ja nur eine Prognose!) Ach ja, eine falsche Prognose schadet nicht immer dem Kranken, blamiert aber stets den Arzt. (Große Heiterkeit.) Bebel wirft mich und Vandervelde, weil wir die Dresdner Resolution besser formulieren wollen, gar zu den Jaurèsisten. (Jaurès: Pfui! — Stürmische Heiterkeit.) In Troelstras Rede war fortwährend von zwei Tendenzen in der Partei die Rede: In jedem Menschen sind zwei Tendenzen. In Bebel steckt genau soviel Revisionismus wie in mir. — Plechanoff hat gesagt: Was man nicht will, muß man verurteilen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19040818/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Aber ich habe immer dem das Urteil überlassen, der die Verantwortung trägt. Gerade die, die hier am lautesten nach internationaler Einigkeit schreien, die Russen und Franzosen, sind in der nationalen Partei am meisten gespalten. (Plechanoff: Die russischen Marxisten nicht!) Ja, wenn man alle widerstrebenden Elemente aus der Partei herauswirft, kann man leicht eine einheitliche Taktik erzielen. (Heiterkeit.) Ich halte es für sehr schwer, aus der Ferne über Taktikfragen zu entscheiden. Bei Plechanoff hingegen scheint diese Fähigkeit mit dem Quadrat der Entfernung zu wachsen. (Große Heiterkeit.) Den allgemeinen Grundzug der Politik, der sozialistischen Taktik können wir angeben, mehr nicht. (Lebhafter Beifall.) — (Da es inzwischen dunkel geworden ist, übersetzt Vandervelde diese Rede von 20 Minuten aus dem Kopf wortgetreu ins französische.) Redner empfiehlt zur Annahme folgende

Resolution Vandervelde-Adler:

Der Kongreß erklärt mit größter Entschiedenheit, daß es notwendig ist, ohne jedes Schwanken in der bewährten, sieggekrönten, auf dem Klassenkampf beruhenden Taktik des Sozialismus festzuhalten, und daß niemals an Stelle des Kampfes für die Eroberung der politischen Macht durch Besiegung unsrer Gegner eine Taktik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung treten darf.

Die Folge einer solchen Taktik der Konzession wäre, daß man eine Partei, welche die baldmöglichste Umwälzung der bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaft anstrebt, also eine im besten Sinne revolutionäre Partei, in eine Partei verwandeln würde, welche sich damit zufrieden gibt, die bürgerliche Gesellschaft zu reformieren.

Daher ist der Kongreß der Meinung, daß die Klassengegensätze statt sich abzuschwächen, sich immer mehr zuspitzen und erklärt:

1. Daß der Kongreß unter den politischen und ökonomischen Verhältnissen, welche sich auf die kapitalistische Produktionsweise stützen, alle Verantwortlichkeit, welche es auch sei, zurückweist, und deshalb kein Mittel gutheißen kann, welches die Aufrechterhaltung der bestehenden Klassenherrschaft fördert.

2. Betreffs der Gefahren und Unzuträglichkeiten einer Anteilnahme an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft erneuert und bestätigt der Kongreß die Resolution Kautsky des internationalen Sozialistenkongresses in Paris 1900.

In der Mittwoch-Vormittags-Sitzung der **Taktik-Kommission** wurde der Beschluß gefaßt, nur noch diejenigen Vertreter von Nationen oder Gruppen zu Worte kommen zu lassen, die bis jetzt noch nicht gesprochen, mit Ausnahme Jaurès, der das Schlußwort haben soll.

Furnemont-Belgien tritt gegen die Dresdner Resolution auf, weil es nicht angehe, die in jedem Lande je nach der historischen oder ökonomischen Entwicklung verschiedengestaltige Taktik auf einem internationalen Kongresse schablonenmäßig für alle Länder gleichmäßig vorzuschreiben.

Renaudel spricht sich im Namen der Minderheit der jaurésistischen Fraktion für den Antrag Vandervelde-Adler aus; die Dresdner Resolution sei unannehmbar; sie enthalte eine Verurteilung der Handlung einer Partei, über welche in dieser Partei selber eine Minderheit eine von der Majorität abweichende Meinung habe. Eine solche Verurteilung von außen sei aber für die Gesamtpartei von größtem Schaden; er stehe prinzipiell auf dem Boden Vandervelde-Adler.

Belfort-Bax (Sozialdemokratische Federation von England) polemisiert gegen Mr. Donald von der Unabhängigen Arbeiterpartei; die keine sozialistische Organisation sei und deren Kandidaten entweder nicht Sozialisten seien oder nicht als Sozialisten aufgestellt werden. Mc. Donald vertrete nur eine Minderheit der englischen Delegierten, er die Mehrheit, die auf dem Boden der Dresdner Resolution stehe, nur die Stelle von der „zivilisatorischen" Aufgabe müsse abgeändert und der sozialistische Gedanke hervorgehoben werden. Denn heute verstehe man unter zivilisatorischer Aufgabe immer nur den kapitalistisch-zivilisatorischen Begriff. Jaurès' großer Einfluß in Frankreich erkläre sich aus seiner großen Persönlichkeit. Was aber, wenn Jaurès einmal weg sei? Müsse man da nicht konsequenterweise Millerand wiederum holen?

Um ¾1 Uhr wird die Sitzung auf 2 Uhr vertagt.

Nachmittagssitzung.

Nemec-Prag: Je länger die Diskussion dauert, um so klarer erscheint die Notwendigkeit, daß hier eine klare Richtschnur gegeben wird, wenn nicht das Proletariat desillusioniert und deputiert werden soll; schon heute haben wir als Folge dieser grundsatzlosen Taktik das Anwachsen des Anarchismus in Berlin, in der Schweiz und der österreichischen Bergarbeiter-Bewegung. Ich halte die hier zitierte „anonyme" Politik von Jaurès für nicht so gefährlich wie die Millerandistische, der Kampf gegen den Klerikalismus ist den Massen verständlicher. Jaurès opfert dem Augenblickserfolg zuviel; es ist ausgeschlossen, daß die Arbeiterklasse vom Bürgertum Konzessionen erhält, die seine Klassenlage ändern. Der Revisionismus ist keine bloß literarische Frage, wie Troelstra sagt, sondern eine bestimmte Richtung, die sich nur noch nicht hat durchsetzen können, er sei für die Dresdner Resolution.

Rapin-Lausanne: Moor hat nicht die Auffassung der Schweizer Delegation wiedergegeben; im Gegenteil, er widersprach dem Geiste der Schweizer Resolution; auch seine Schilderung der Schweizer Verhältnisse widersprechen die ältesten Schweizer Genossen, wie Greulich, Lange, Seidel. Die internationale Festigung einer bestimmten Taktik könnte erst dann erfolgen, wenn sie sich bereits als allgemein anerkannt durchgesetzt hat. Auch über den Parlamentarismus müßte erst die Meinung sich klären und die Erfahrung sprechen. Was sehen wir aber? Der Wunsch auf internationale Festlegung kommt aus einem Lande, wo die Partei selber noch nicht einmal darüber einig. Sollen wir da nicht lieber warten, bis die Partei des eigenen Landes darüber einig! Die Dresdner Resolution verbietet Teilnahme an der Regierung rundweg. Welche Regierung? Zentral-Regierung? Wie dann in Föderativ-Staaten, wie der Schweiz? Und wie ist es mit der Gemeinde? Bei uns haben Gemeinde und Kantone oft gleiche legislative und administrative Rechte. Staat und Stadt Genf haben gleiches Budget und gleiche Befugnisse — wohin kommen wir also? Wir dürfen daher auch keine Verweise geben. Mit dem Verweis beginnt man, mit der Verbannung endet man. Die für die Taktik in Frage kommenden Verhältnisse des einzelnen Landes sind schon schwer zu beurteilen, wie sollen wir erst die in andern Ländern endgültig bestimmen? Nicht um Jaurès zu beschützen stimmen wir gegen die Dresdner Resolution; wir würden uns auch hüten, solch alten Kämpfern wie Vaillant, Guesde zu sagen: Ihr kennt die Verhälnisse eures Landes nicht, wir, die kleine Schweiz, wollen Euch auf den rechten Weg weisen.

Katayama hält sich nicht für kompetent zur Entscheidung dieser Frage. Für Japan habe er immer die Taktik gelehrt: nur mit eigenen Kräften zu kämpfen. Auch in Japan seien Professoren und bürgerliche Sozialreformer aufgetreten für Arbeiterschutzgesetze, aber nicht als Sozialisten und nicht im Interesse der Arbeiter, sondern dem der bürgerlichen Gesellschaft.

Knudsen-Dänemark: Ueber unser Endziel sind wir alle einig; das Wort „Revisionismus" halte ich nur für ein hohles Schlagwort, hinter dem nichts steht; niemand denkt an das Aufgeben der revolutionären Endziele oder Selbstbegnügsamkeit mit ein paar Reformen. Wir haben in Dänemark seit 36 Jahren von Fall zu Fall mit bürgerlichen Parteien Bündnisse abgeschlossen, aber niemals unsere sozialistischen Forderungen aufgegeben. Als eine Volkspartei, die den Volkswillen zum Ausdruck bringen will, müssen wir auch für eine Minderheitsregierung eintreten. Denken wir uns eine bürgerlich-radikale Partei, die vielleicht gerade mit Rücksicht auf die sozialistischen Arbeiter revolutionär auftreten muß, dann müssen wir für sie eintreten und an einer solchen Regierung teilnehmen. Fehlt diese revolutionäre Voraussetzung, dann nicht. Wenn die Schweizer mit ihren Regierungsräten Enttäuschungen erlebt haben, dann liegt die Schuld wohl an den Schweizer Genossen. Man darf nicht an einer Regierung teilnehmen, um Macht zu gewinnen, sondern man nimmt teil, weil man stark genug dazu ist. Er beschwört die Franzosen zur Einigkeit und erklärt sich für die Resolution Vandervelde-Adler.

Amsterdam, 16. August.

Nachmittagssitzung.

Hillquith-Newyork begründet die amerikanische Resolution und erhebt einige Einwendungen gegen die einleitenden Sätze der deutschen Resolution. Der Mensch hat kein angeborenes Recht auf Existenz, das ist ein Ueberbleibsel der encyklopädistischen-idealistischen Philosophie. Nur auf Grund ihrer Machtstellung kann die Arbeiterklasse eine Verbesserung ihrer Lage fordern und erzwingen. Auch spricht die Resolution von einem Interesse der Gesellschaft. Unter dem „Interesse der Gesellschaft" aber wird im allgemeinen das „Interesse der herrschenden Klasse" verstanden. Zur Zeit einer Krisis hat aber diese Gesellschaft gar kein Interesse daran, die Arbeitskraft zu erhalten, ihr liegt vielmehr daran, einen Teil dieser Arbeitskraft zu beseitigen. Wir sind nicht berufen, allgemeine Sätze für die Gesellschaft zu proklamieren. Diese Sätze sind so allgemein, daß sie jeder Philantrop, jeder Verein gegen Tierquälerei akzeptieren könnte. Wir sind als Arbeitervertreter hier und müssen die Arbeiterklasse auffordern, für ihre Rechte zu kämpfen. Redner schlägt vor, den zweiten Satz der Molkenbuhrschen Resolution: „in fernerer Erwägung, daß jeder Mensch ein Recht auf Existenz", zu ersetzen durch folgenden Satz: „in fernerer Erwägung, daß die sozialistische Partei als Partei der Arbeiter überall für die physische und intellektuelle Wohlfahrt der Arbeiterklasse eintritt, erklärt der Kongreß, daß Einrichtungen geschaffen werden müssen, die die Not der Arbeiter mildern und die Gefahren der Arbeit beseitigen sollen."

Vliegen-Holland: Die Ausführungen Molkenbuhrs haben den Eindruck gemacht, als wenn die Grundlagen der deutschen Versicherung gut wären. In andern Ländern und auch in Holland empfehlen uns die bürgerlichen Parteien die deutsche Versicherungsgesetzgebung, nach deren Einführung wir zufrieden gestellt sein müßten. Wir Sozialisten haben immer dagegen Front gemacht. Auch der internationale Kongreß muß deutlich ausdrücken, daß die deutsche Versicherungsgesetzgebung nicht dasjenige ist, was die internationale Arbeiterschaft haben will. Auf keinem Gebiet ist soviel Gelegenheit zu Scheinreformen gegeben, wie auf dem der Arbeiterversicherung. Der Neunstundentag ist wertvoller als die ganze Arbeiterversicherung. Die reaktionärste deutsche Regierung hat die Arbeiterversicherung geschaffen, aber den Arbeitstag nicht verkürzt. Auf unser Betreiben ist in die Resolution die Forderung aufgenommen, daß die Kosten der Alters-, Invaliditäts- und Waisenversicherung durch Zuschläge zu den direkten Steuern auf das Einkommen und Vermögen aufzubringen sind. Es ist richtig, daß die bürgerlichen Regierungen die Einführung von Arbeiterversicherungsgesetzen als Vorspann für unpopuläre Gesetze benutzen. So hat der holländische Premierminister Dr. Kuyper, ein Bismarck in Taschenformat, mit der Einführung der Versicherung die Verdoppelung der Einfuhrzölle verbunden. Aber gegen solchen Betrug kann man sich wehren. Es ist doch praktischer, die Kosten der Versicherung durch Besteuerung des von der Kapitalistenklasse bereits zusammengerafften Mehrwerts zu decken, als durch die Beiträge der Arbeiter. Im übrigen ist Redner mit der Resolution Molkenbuhr einverstanden.

Paul Louis (Guesdist) erklärt sich namens seiner Partei mit der Resolution einverstanden, an der nur auszusetzen ist, daß sie nicht klar genug ausspricht, wie die Arbeiterversicherung geschützt werden soll. Die französischen Sozialisten, denen demnächst im Parlament das Projekt einer Altersversicherung vorgelegt werden wird, behalten sich vor, die Forderungen der Resolution nur als ein Minimum zu betrachten, worüber sie auch hinausgehen können.

Wurm-Deutschland verteidigt als Mitglied der Kommission die von ihr einstimmig angenommene Resolution gegen die Kritik von Hillquith. Dieser habe die Kommission als eine kleinbürgerliche, sozialreformerische Gesellschaft hingestellt. Er ist aber sehr im Irrtum. Ein Recht auf Existenz hat nach unserer sozialistischen Auffassung jeder Mensch. Diese Forderung stellen wir im Gegensatz zu der kapitalistischen Gesellschaft auf. Verwirklichen wird dieses Recht die sozialistische Gesellschaft. Die Sätze, die Hillquith vorschlägt, sind ebenso allgemein, wie die unserer Resolution. Ein vielgestaltiger Kongreß kann nur allgemeine Regeln geben. Wir gehen in der Resolution den prinzipiellen Weg, indem wir sagen: Der Schutz des Arbeiters gegen die Unbilden, die er bei der Arbeit erleidet, kann nicht von ihm allein getragen werden, indem er sich gewerkschaftlich oder kooperativ verbindet. Dazu muß die Gesetzgebung, muß der Staat angerufen werden. Das ist das Wesentliche. Zum ersten Male wird ein internationaler Arbeiterkongreß die staatliche Gesetzgebung für die Arbeiterversicherung anrufen. Wir stimmen kein Loblied auf die Deutsche Versicherungsgesetzgebung an, im Gegenteil, wir kritisieren sie mit unerbittlicher Schärfe, als eine andre Form der Armengesetzgebung. Aber wie sie auch sein mag, geschaffen ist sie, weil eine starke sozialdemokratische Partei sie im Klassenkampfe erobert hat. (Lebhafter Beifall.)

Sexton (Independent Labor party) beantragt im vorletzten Absatz der Kommissionsresolution den Satz der mit den Worten beginnt: Wo das nicht geschieht zu streichen. Das englische Haftpflichtgesetz legt dem Unternehmer die volle Entschädigungspflicht auf. Unter keinen Umständen dürfe die Beitragslast den Arbeitern aufgelegt werden.

Damit schließt die Diskussion.

Die Resolution der Kommission wurde mit großer Mehrheit angenommen unter Ablehnung aller Abänderungsanträge. Der Antrag Sexton wird von 23 Nationenstimmen gegen 6 abgelehnt (England 2, Argentinien 2, Nordamerika 1, Frankreich 1 Stimme).

Der Kongreß tritt nun in die Beratung der gestern mitgeteilten englischen Resolution über **Indien** ein. Namens der englischen Delegation begründet sie Hobson (Fabia-Society): Wir bezwecken durch unseren Antrag den Protest des indischen Delegierten zu unterstützen und zu zeigen, daß nicht ganz England diese Ausplünderung Indiens billigt, sondern daß ein Teil mit allem Nachdruck gegen das englische Schandregiment in Indien protestiert. Blickt man auf die Einkünfte, die der englische Staat und die Kapitalistenklasse aus Indien zieht, so müsse Indien den Anschein eines der reichsten und glücklichsten Länder der Welt erwecken. Aber die Millionen und aber Millionen, die nach England strömen, sind die Frucht einer beispiellosen Bedrückung und Aussaugung des indischen Volkes. Dagegen müssen die Arbeiter aller Länder den schärfsten Protest erheben. (Lebh. Beifall.)

Vorsitzender van Kol bittet den Kongreß, mit religiöser Aufmerksamkeit den Ausführungen des indischen Delegierten zu folgen, eines Greises von 80 Jahren, der 55 Jahre seines Lebens dem Kampf für die Freiheit und das Glück seines Volkes geopfert hat. Er ist hierher gekommen, um die Interessen von 200 Millionen Menschen zu vertreten, aus einem Lande, das ein Paradies auf Erden sein könnte, wenn nicht die Geldgier der weißen Rasse es zu einem Tal des Jammers und Elends für die große Mehrheit der Bevölkerung verwandelt hätte.

Zum Ausdruck des Mitgefühls für die Leiden des indischen Volkes erheben sich die Delegierten von ihren Plätzen. — Von stürmischen, minutenlangen Bravorufen und Händeklatschen begrüßt, erhält das Wort:

Dababhai Navroji. Der Vorwurf der Ausbeutung gegen England ist durch Tatsachen zu beweisen. England hat wenig Opfer an Blut für Indien gebracht; die unglücklichen indischen Völker haben die Blutsteuer, die ihre Unterjochung erforderte, selber bringen müssen. Von den 200 Millionen Rupien, die Indien jährlich an Steuern aufbringt, werden 100 Millionen an Pensionen für englische Beamte, die in Indien waren, gezahlt, und dies Geld wird außerhalb des Landes verzehrt. In den Händen von Engländern befinden sich die Minen und die reichen natürlichen Schätze des Landes. 200 Millionen Rupien jährlich ziehen englische Kapitalisten und Händler aus Indien heraus, die dem Lande verloren gehen. Die Folge ist, daß die Quellen des Reichtums versiegen. Von den 200 Millionen Indiern ist nach amtlichem Zugeständnis eine Million nicht in der Lage, sich täglich sattessen zu können. Infolgedessen wüten Pest und Cholera. Die englische Regierung hat den Indiern wiederholt Linderung ihrer Leiden versprochen, aber es ist beim Versprechen geblieben. Die Gleichberechtigung bleibt ihnen versagt. So wie es schimpflich ist, wenn ein Stärkerer einen Schwächeren überfällt, so bleibt es auch schimpflich, wenn eine stärkere Nation über eine schwächere herfällt und sie aussaugt. Diesem System der Barbarei und Raubpolitik muß ein Ende gemacht werden durch Gewährung der Selbstverwaltung, wie sie jede andere englische Kolonie besitzt. Redner ist hierher gekommen, um die Sympathie und Unterstützung des internationalen Proletariats für die unterdrückten Indier aufzurufen. Es kann für die Befreiung der indischen Rasse nicht weniger tun, als für die Sklavenbefreiung. Indien hat eine tausendjährige Kultur, um so härter empfindet es die Schmach und das Leid seiner Sklaverei. Wem die Sache der Menschheit und des Fortschritts am Herzen liegt, muß die Sache Indiens zu der seinen machen! (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Die Resolution wird hierauf ohne Diskussion einstimmig angenommen.

Van Kol fügt hinzu: Ich konstatiere, daß der Kongreß zu Amsterdam der englischen Raubkolonialpolitik in Indien das Brandmal unauslöschlicher Schande aufgedrückt hat. (Stürmischer Beifall.)

Nächster Punkt der Tagesordnung sind die Trusts. Berichterstatter ist Wibaut-Belgien. Er begründet kurz eine Resolution, die aber auf Antrag Herbert Burrows von einer Kommission umgearbeitet werden soll und erst morgen zur Abstimmung kommt.

Amsterdam, 17. August.

Vierter Verhandlungstag.

Den Vorsitz in der heutigen Vormittagssitzung, die gegen 10½ Uhr eröffnet wird, führen als Ehrenpräsidenten Hillquith-Vereinigte Staaten von Nordamerika, Cipriani-Frankreich (Jaurèsist) und Iglesias-Spanien. Die dauernde effektive Leitung der Verhandlungen liegt mit Rücksicht auf die sprachlichen Schwierigkeiten in den Händen van Kols.

Das Bureau teilt mit, daß die Kommission für internationale Regeln der sozialistischen Politik noch längere Zeit für ihre Beratungen brauchen werde, da man eine Resolution finden wolle, die eine möglichst feste Richtschnur für die Parteien der einzelnen Länder festsetze und doch nicht unnötig verletze. Es schlägt deshalb vor, jetzt die Punkte zu behandeln, die voraussichtlich wenig Anlaß zu größeren Diskussionen geben werden: die Frage der Arbeiterversicherung, die der englischen Kolonialpolitik in Indien und die der Trusts. Der Kongreß ist damit einverstanden. Weiter teilt der internationale Sekretär Serwy-Brüssel mit, daß 488 Delegierte bisher gemeldet sind; er bittet diese, die bereits seit mehreren Tagen in Amsterdam seien, statt der provisorischen die endgültigen Delegiertenkarten in Empfang zu nehmen.

Es sind wiederum zahlreiche Glückwunschschreiben und Telegramme eingelaufen, so vom russischen Arbeiterbund in Odessa und aus vielen andern russischen Städten, aus Frankreich von einem Kongreß 20000 organisierter Landarbeiter in Narbonne, aus Sankt Gallen in der Schweiz, aus Frankreich, England, Ungarn, aus Sydney (Australien), aus Norwegen, aus Bulgarien vom Gewerkschaftsbund, aus Serbien, aus Japan, aus Havanna, vom sozialistischen Klub in Kuba, aus Mailand von der Redaktion der Avangardia Sozialista, die Annahme einer Resolution fordert, die es den als Sozialisten verkleideten Konservativen verbietet, weiterhin die proletarischen Interessen zu schädigen usw. Die Anführung verschiedener Depeschen, insbesondere einer aus Südafrika, wird mit lebhaftem Beifall begleitet.

Zur Geschäftsordnung verlangt Michael Berg als Delegierter des jüdischen Arbeiterbundes eine besondere Stimme auf dem Kongreß und Sitz im internationalen Bureau neben der russisch-sozialdemokratischen Partei und der russisch revolutionären Partei. Der Bund, die älteste proletarische Organisation Rußlands, stehe mit seinen 30000 festen Mitgliedern im Vordergrunde des Kampfes gegen den Zarismus. Nicht als besondere Nation, sondern als starke proletarische Organisation beanspruche der Bund eine entsprechende Vertretung auf dem Kongreß.

Der Vorsitzende van Kol bittet, es bei dem wohlerwogenen ablehnenden Beschlusse des Bureaus zu belassen. Der Kongreß stimmt ihm durch Zuruf bei.

Danach tritt der Kongreß in die Tagesordnung ein.

Sozialpolitik und Arbeiterversicherung.

Referent ist Molkenbuhr-Berlin. Mit dem Hinweis auf einige sinnstörende Fehler in der französischen und englischen Uebertragung seines schriftlichen Referats begründet er die Notwendigkeit, nicht nur auf die in der Kommission gegen die von der deutschen Partei vorgelegte Resolution geltend gemachten Einwände, sondern auch auf den Gedankengang seines gedruckt vorliegenden Referats eingehen. Schon auf dem Pariser Kongreß habe ich, so führt der Referent aus, betont, daß der Minimallohn dem Arbeiter nur dann nützen kann, wenn er Arbeit hat. Aber nicht nur in diesem Falle, sondern als Mensch hat er ein Recht auf Existenz. Der bürgerlichen Gesellschaft fehlt freilich das Mittel zur Durchführung dieser Forderung. Sie hat nur das Strafgesetz gegen die Bettelei, bedroht den Armen mit dem Armenhaus. Zur Verwirklichung dieses Rechts auf Existenz ist einst das Recht auf Arbeit so eifrig propagiert worden, wie jetzt das Recht auf einen Minimallohn; aber beide Vorschläge sind utopistisch, niemand hat einen praktischen Weg zu ihrer Verwirklichung gezeigt, obwohl z. B. die Minimallohnforderung sich auch im deutschen Arbeiterschutzgesetz-Entwurf von

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19040818/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

1884 findet. Ueberall hat man den Raubbau als schädlich erkannt und bekämpft, Gesetze zum Schutze der Wälder und selbst internationale Bestimmungen über den Schutz der Fische gemacht, aber gegen den Raubbau mit der Arbeitskraft tut man nichts oder hat doch mit seiner Bekämpfung erst einen minimalen Anfang gemacht. Die bürgerliche Gesellschaft hat ja kein Interesse daran, auch auf diesem Gebiete rationell vorzugehen; denn nur die Arbeiter haben den Schaden des Raubbaues zu tragen. Wir aber müssen verlangen, daß alle ihren Anteil an den Unfall-, Krankheits-, Invaliditäts- usw. -Schäden tragen, daß auch den Unternehmern ein Teil der Kosten auferlegt wird, weil sie nur dadurch einen Ansporn erhalten, diese Uebelstände zu bekämpfen. Solange die Bekämpfung eines Uebels den Kapitalisten Geld kostet, das Uebel selbst aber nichts, werden sie zu seiner Bekämpfung nie die Hand bieten. So mangelhaft nun z. B. die deutsche Arbeiterversicherung ist, so hat sie doch das eine gezeigt, daß auf dem Schlachtfeld der Arbeit Opfer in einem ungeahnten Umfange gebracht werden. In Deutschland allein werden für das Jahr 1902 488 000 Unfälle, dagegen 7075 tödliche gemeldet. Rechnet man dazu die nicht versicherungspflichtigen Unfälle im Handels-, Gast- und Schankwirtsgewerbe, die der Dienstboten, die der Lehrlinge und der Gesellen im Handwerk, die auf dem Wege zur Arbeit und die, welche man nach famosem Rezept als „Berufskrankheiten" bezeichnet, so kommt man für Deutschland wahrscheinlich auf 3/4 Millionen Unfälle und 10 000 Tote im Jahr. So blutig ist das blutigste Schlachtfeld im Kriege nicht. Die deutsche Arbeiterversicherung hat den Weg zur Bekämpfung des Uebels gezeigt, nachgewiesen, daß es möglich ist, die Arbeiter völlig schadlos zu halten, ohne die Industrie zu Grunde zu richten.

Besteht eine derartige Versicherung, dann lernt man erst die Ursachen der Uebel genau kennen und erhält damit den Ansporn, sie zu verhüten. Denn Arbeiter muß mindestens das Existenzminimum garantiert und die Heilmittel zur Verfügung gestellt werden. Die Gesellschaft hat ein Interesse an der Erhaltung der Arbeitskraft. Die ersten Anregungen zur Einführung eines Arbeiterschutzes sind charakteristischer Weise in einigen Militärstaaten zuerst von den Militärbehörden. So in Deutschland die ersten Kinderschutzvorschriften, als die Militärbehörde über die Zahl der Untauglichen klagte. In der Kommission wurde vorgeschlagen, die Kosten der Arbeiterversicherung ganz aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten. Wir Deutsche konnten uns nicht damit einverstanden erklären. Zunächst werden hier zwei Forderungen miteinander verknüpft: die Einführung der Arbeiterversicherung und die Aufbringung der Kosten aus öffentlichen Mitteln. Zwei Forderungen auf einmal durchzusetzen, ist aber viel schwieriger, als eine einzelne. Die zweite Gefahr liegt darin, daß die populäre Forderung der Arbeiterversicherung als Vorspann für unpopuläre Gesetze benutzt wird. So hat Bismarck die Invalidenversicherung für den Versuch, das Tabakmonopol durchzudrücken, gebraucht, und die kaiserliche Botschaft, die in den Reklameschriften über die deutsche Arbeiterversicherung eine so große Rolle spielte, diente diesem Zwecke. Bei dem Zolltarife folgte das Zentrum Bismarcks Spuren und suchte durch die Witwen- und Waisenversicherung den Zolltarif populär zu machen.

In der Kommission wurde weiter die Frage erörtert, ob man auf dem Wege der Privatversicherung zu dem erstrebten Ziele gelangen könnte. Gewiß haben die englischen Gewerkschaften auf diesem Gebiet Erhebliches geleistet.

Aber es läßt sich nicht rechtfertigen, daß die Arbeiter die materiellen Lasten für die Versicherung allein tragen sollen. (Lebhafte Zustimmung). Deshalb ist eine öffentlich rechtliche Versicherung vorzuziehen. Die deutschen Fabrikanten klagen über die große Belastung der deutschen Industrie durch ihre Beiträge zur Arbeiterversicherung im Gegensatz zu den Industrien andrer Länder. Daß diese Last nicht drückt, zeigt der beispiellose industrielle Aufschwung Deutschlands seit 1884. Zwar sind die Summen für Arbeiterversicherung scheinbar sehr groß; so sind im Jahre 1902 451 Millionen Mark in Deutschland für die Arbeiterversicherung aufgebracht worden. Auf den einzelnen aber fällt nur ein minimaler Beitrag. So machen die 800 000 Mk., die das Kruppsche Werk gezahlt hat, nur 2,7 Prozent der Lohnsumme aus. Nicht trotz, sondern wegen der Arbeiterversicherung hat Deutschland einen Vorsprung auf dem Weltmarkt, denn sie erhält den Arbeiter länger leistungsfähig. Neben der Kranken- und Unfallversicherung war gleichzeitig die Arbeitslosenversicherung mit aufzunehmen. Die kapitalistische Gesellschaft sucht die Armee der Arbeitslosen sich zu erhalten. Sie wirken als Lohndrücker und kosten nichts. Aber die Arbeitslosen gehen körperlich und geistig zugrunde. Da erst recht muß die Gesellschaft zu ihrer Erhaltung herangezogen werden. Die Arbeitslosigkeit muß den Kapitalisten Geld kosten. Erst dann werden sie auf Mittel und Wege sinnen, die Arbeitslosigkeit herab umindern; das aber kann geschehen durch eine vernünftige Regelung der Arbeitszeit. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter die Selbstverwaltung der Versicherungskassen haben müssen. Sie schaffen ja in letzter Reihe alle die Werte, aus denen die Beiträge, auch der Kapitalisten, fließen. Der Präsident Boedicker hat auf dem internationalen Arbeiterschutzkongreß gesagt, daß die Unternehmerbeiträge zu den Versicherungskosten nichts anderes als ein feststehender Teil des Arbeitslohnes sind. Da nun der Arbeitslohn unzweifelhaft den Arbeitern gehört, haben diese allein das Recht zur Verwaltung des Versicherungsfonds. Anders liegt es bei der Alters-, bei der Witwen- und Waisen-Versicherung. Hier sollen die Mittel durch Zuschläge auf die direkten Steuern, auf Vermögen und Einkommen aufgebracht werden, und hier kann die Bureaukratie auch die Verwaltung stellen. Schließlich müssen wir eine einheitliche Arbeiterversicherung fordern. Die Teilung in drei Zweige ist ein großer Fehler der deutschen Versicherungsgesetzgebung gewesen, die Teile greifen ineinander über.

Erheben die Arbeiter aller Länder die gleichen Forderungen in bezug auf die Arbeiterversicherung, so ist den deutschen Kapitalisten auch die Ursache zum Schreien genommen. Die Arbeiter aller Länder haben ein Interesse daran, die Versicherungsgesetzgebung ihres Staates vorwärts zu drängen, damit der Anfang zu einer rationellen Bekämpfung der Krankheiten, der Arbeitslosigkeit und der Unfälle gemacht wird. Werden diese Forderungen verwirklicht, so sind wir am Ziele, jedem Menschen ein Recht auf das Existenzminimum zu sichern, einen Schritt nähergerückt. Und die Sicherung der Existenz für jeden Menschen ist der ideale Grundgedanke, der die Arbeiterbewegung leitet. Erheben Sie diese Forderungen so energisch wie möglich, damit ihre Erfüllung Ihnen nicht länger verweigert werden kann. (Lebhafter Beifall.)

Auf eine Beschwerde der kanadischen, südafrikanischen und australischen Delegierten stellt das Bureau fest, daß De Leon-Amerika nicht das Recht hat, die Nationalitätenstimmen für Australien zu beanspruchen.

Ferner teilt das internationale Bureau mit, daß außer der deutschen Resolution Molkenbuhr noch eine zweite Resolution hierzu eingegangen ist, gezeichnet von Nocholas Klein. Zu ihrer Begründung soll Hellquit das Wort erhalten. Die Resolution lautet: „Die Sozialisten aller Länder treten jederzeit für die staatliche Versicherung des arbeitenden Volkes gegen Unfälle, Arbeitslosigkeit und Invalidität ein und wollen jedes Mittel, das in ihrer Macht steht, anwenden, um zu diesem Ziel zu gelangen."

Dann tritt die Mittagspause ein.

Soziale Rundschau.

Sozialpolitisches.

ac. **Wirtschaftliche Krisis und Verlust an Arbeitslohn.** Nach den Aufzeichnungen des englischen Arbeitsamtes ist der Verlust, den die englische Arbeiterschaft in der Zeit von 1901 ab an Arbeitslohn erlitten hat, ein ganz gewaltiger gewesen. Nach den Jahresberichten des Amtes wurden im Jahre 1901 insgesamt 932 126 Personen von einer Verkürzung des Arbeitslohnes betroffen und zwar um durchschnittlich 1 546 860 Mark pro Woche. Im Jahre 1902 hatten 890 856 Personen eine Lohnreduzierung von durchschnittlich 1 454 020 Mark pro Woche zu verzeichnen, während im Jahre 1903 896 598 Personen 766 540 Mark pro Woche an Lohn weniger erhielten. In den sechs ersten Monaten dieses Jahres endlich wurden 275 227 Personen von einer Lohnherabsetzung von 260 760 Mark pro Woche betroffen. Für die ersten drei vollen Jahre ergibt das allein einen Verlust von ca. 80 Millionen Mark. Nun wird aber Verlust an Arbeitslohn nicht nur herbeigeführt durch Verkürzung der Löhne, sondern auch durch Verkürzung der Arbeitszeit. So arbeiten z. B. in der englischen Textilindustrie schon seit langen Monaten Tausende von Arbeitern verkürzte Arbeitszeit, ohne daß die Löhne reduziert sind; dadurch gehen den Textilarbeitern Hunderttausende von Mark an Arbeitslohn verloren. Ferner ist aber auch die ungeheure Armee der gänzlich Arbeitslosen mit in Berechnung zu ziehen. Die Zahl dieser dürfte allein in England stets einige Hunderttausend betragen und wird in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Depression auf ca. 500 000 geschätzt. Aus all diesen Zahlen läßt sich ermessen, welch ungeheure Schädigungen durch die Arbeitslosigkeit oder durch die Herabsetzung der Arbeitslöhne für die allgemeine Volkswirtschaft entstehen.

Gewerkschaftliches.

hp. **Die Süddeutsche Metallwarenfabrik in Mußbach** (Pfalz) sucht beständig auswärts Schleifer, Spengler, Drücker usw., und mancher ist auf solche Annonce hereingefallen. Es sei deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß die allgemeinen Verhältnisse wie auch die Löhne durchaus ungenügende sind. In letzterer Zeit kamen die meisten Arbeiter aus Nürnberg, Göppingen und Chemnitz, die natürlich von den angetroffenen Mißständen wenig erbaut waren. Deshalb wird empfohlen, etwaige Erkundigung durch die Zahlstelle des Verbandes, Neustadt a. H., einzuziehen.

hp. **Eine Textilarbeiterkonferenz** fand Sonntag in Freiburg im Breisgau statt, woran 10 Delegierte, die 18 Zahlstellen vertraten, sich beteiligten. Der Zentralvorstand war ebenfalls vertreten. Die Tagesordnung umfaßte nur 2 Punkte: 1. Wahl des Gauvorortes; 2. Wahl eines besoldeten Gauvorstandes. Seither wurden die Geschäfte der drei Provinzen durch zwei Agitationskomitees (Stuttgart und Mülhausen i. E.) besorgt. Verschiedene Umstände, besonders die erforderliche intensive Agitation, machen es notwendig, einen besoldeten Beamten mit dieser Aufgabe zu betrauen. Die Diskussion, die sich um die Ortswahl drehte, ergab Mülhausen als Sitz des Gaues. Als Gauvorsitzender wurde der seitherige Arbeitersekretär Gretzig-Landeshut (Schlesien) bestimmt, der diese Stelle am 1. Oktober antritt. Neben dem Gauvorsitzenden wurden für Württemberg und Baden noch Vertrauensleute bestellt.

Achtung! **Hausfrauen!** Nicht ein kostspieliger Reklame-Aufwand bestimmt den Wert einer Ware, sondern einzig und allein die Qualität selbst.

Der einsichtsvolle Verbraucher weiß dieses ja auch zu schätzen, denn nur durch ihre hervorragenden Eigenschaften, reinem Geschmack und liebliches Aroma, als besten Butterersatz hat sich **Bona-Margarine** ihren bedeutenden und ständig wachsenden Freundeskreis erworben **Bona ist die beste Margarine.**

Telephon 2952. **Wahnschaffe & Co. m. b. H.** Telephon 2952.

Fabriklager: Leipzig, Marienstraße 24, an der Milchinsel.

Starke Leiterwagen billig Wagenfabrik Plagwitz Zschoch. Str. 31 b.

Prachtvolle Federbetten, Gebett 14, 17, 20, 25, 30 Mk., verkauft sofort 2948] **Selmar Kraft, Lindenau.**

Obermeyers Herba Seife. Das beste und sicherste Mittel gegen Pickeln, Mitesser, Sommersprossen und Hautunreinigkeiten. Stück 50 Pfg. und 1 Mk. Zu haben in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien. [13655

Die Kartoffelausgabe ist vorläufig eingestellt. Wiederbeginn wird bekanntgegeben. **Rittergut Gundorf.**

Hermann Baumann **Hohe Strasse 52** macht Freunde und Genossen auf seine solide **Arbeiter-Garderobe, Schuhe, Stiefel** aufmerksam. [7907

Kleiner Anzeiger.

Unsere verehrlichen Leser werden gebeten, beim Einsehen von Wohnungen stets sich auf die Wohnungsanzeigen der Leipziger Volkszeitung zu beziehen!

Wohnungsanzeigen.

Zentrum.

Mahlmannstr. 13

2 kleine Wohn. im H.-G., 2 St., Kam. u. Küche z. 1./10. 04 zu verm. Preis 250 M. Näh. Mahlmannstr. 9, S.-G. p. r.

Moltkestr. 5, I. l., Logis für Leute o. Kinder per 1. Okt., St. u. K., 180 Mk.

Südstr. 65, I. r., 1./10. sonn. St., 2 K., Kü., Bd., Kell., an ruh. Leute. Pr. 350 M.

Gustav-Adolf-Str. 45, IV. l., leere 1 oder 2 fenstrige Stube zu vermieten

Gerberstr. 20, Hof IV., frdl. Stube als Schlafstelle zu vermieten. Tagerecht.

Zimmerstr. 6, V.-H. III. l., freundliche Schlafstelle zu vermieten.

Arndtstr. 25 b, H.-G. p. r., möbl. Stube zu vermieten.

Brandvorwerkstraße 55, III 1/2, leere Stube m. Kochofen f. 8 Mk. monatl. z. vm

Sophienstr. 48, II. l., gut möbliertes Zimmer für Herrn oder Dame z. vm.

Logis, 2 St., K., K. 1./10. z. m. ges. Nähe Berl. Str Angeb. m. Pr. Berl. Str. 10, II. r.

Werkstelle mit kleiner Wohnung unweit Leipzig ges. Off. u. R. W. a. d. Exp. d. Bl.

Sep leere Stube gesucht, wo Kind in Pflege genom. wird. Hardenbergstr. 9, p. l.

Osten.

Anger, Spicherstr. 10, I. l., sch. Wohn., b. Neuz entspr., 4 Z., 1 K. u. Zub., u. 3 Z., 1 K. u. Zub., u. 2 Z., 1 K. u. Zub. Pr. v. 250-370 M.

Reudnitz, Wurzner Str. 5, Logis per 1. Oktober zu vermieten.

Reudnitz, Charlottenstr. 11, p. l., frdl. billige Schlafstelle zu vermieten.

Volkmarsdorf, Torgauer Str. 35, IV. l., frdl. leere 2 fenst. Stube bill. zu verm.

Volkmarsdorf, Lutzenstr. 9, Wohnung, 2 St., K., K. zum 1. Okt. zu vermieten.

Stötteritz, Hausmannsposten m. Wohn. 1./10. zu verg. Off. u. D. postl. Stötteritz.

Westen.

Lindenau, Georgstr. 27, gesunde billige Wohnungen sof. od. spät. zu verm.

Schleußig, Quandstr. 14, pt., schöne billige Wohnungen sof. od. spät. zu verm.

Bill. Wohnungen in Lindenau. I. u. II., von 260—300 Mk. **Lindenau,** Lutherstr. 19, pt. r.

Lindenau, Rösener Str. 15, freundliche Wohnung, II. Et., 2 gr. Stuben, Kam., Küche für 350 Mk. 1. Oktober zu verm. 14 Tage eher zu beziehen. [12678

Plagwitz, Zollschuppenstr. 3, 1/2 1. Et. 360 M, m. o. oh. Hausmannsp., 1/2 3. Et. 340 M, 1. Okt. zu verm. Näheres ptr. r.

Plag., Zschochersche Str. 42, Zig.-Gesch., frdl. Wohn., 325 u. 365 M, 1. 10. zu verm

Kleinzschocher, Gießerstr. 39, schöne Wohn. m. Hausmannsp. bill. zu verm., a. können 2 Herren mit übernom. werden.

Kleinzschocher, Gießerstr. 62, schöne Wohnung, zwei 2 fenst. Stuben, Kam., Kü., 290 M p. sof. od. sp. zu vermieten.

Lindenau, Weststr. 56, Part.-Logis, 280 M, 1. 10, Stube u. Kam. 1. 9. zu verm.

Lindenau, Markt 27, III. Separate Stube und Kammer sofort zu vermieten.

Lindenau, Gutsmuthsstr. 41, schöne Wohnungen für 220 M und 280 M.

Lindenau, Josephstr. 20, p., gr. leere 2fenstr. Stube m. Ofen sofort zu verm.

Kleinzschocher, Schleußig. Weg 24, Logis p. f. ält. ruhige Leute, zu verm., 120 M.

Schleußig, Schnorrstr. 17, IV. r., frdl. Schlafstelle für Herrn o. Mädchen z. verm.

Schleußig, Blümnerstr. 11, II. r., leere Stube billig zu vermieten.

Verkäufe und Käufe.

Große Auswahl in **Cigarren u. Zigaretten,** prima Ware, empfiehlt **F. Golser, Mühlenstr. 15 b.**

Kommode, neu, 12 M, Burgstr. 9, I.

Neue eleg. **Plüschgarnitur,** moderne **Taschensofas, Bettstellen** mit Matratzen spottb. Kleinzschocher, Siemensstr. 34, I. r.

Gelegenheitskauf. Eleg. **Taschen-Plüschsofa** sowie hochf. **Garnitur** spottb. zu verk. **Nordstr. 3,** II.

Bettst. m. Mat. zu verk. Alleestr. 5 b, II. l.

Singer-Nähmaschinen v. 15 M an, gebrauchte, zu verk. bei **Schube,** Peterstr. 34, I. H.

Achtung! **Gute gebrauchte Laufdecken** zu M **1.50** per Stück bekommt man immer noch bei **Sidersky, Georgenstr. 20 b.**

Fahrrad-Laufdecken v. 2.75 M an, gebr. 1.50 M, Luftschläuche 2.50 M an. **Gohl.,** Hallesche Str. 119, I.

Hand- u. Geschäftsw. z. vk. Ang., Wörthstr. 6.

Hand- u. Geschäftsw. v. b. Neusch. Kirchst. 67

Meyers Lexikon m. Schrank für 60 M zu verk. Näh. **Eisenbahnstr. 6** l. Laden.

Gebr. Kbdschr., off. Waschst., Kom., Sofa, Bettst. m. M., Tisch zu vk. Elisenstr. 59, pt.

N. Sofatisch, Stubenkinderwag. m. M. zu verk. Kleinsch., Plagw. Str. 72 b, l. Lad.

Ausziehtisch und Bettstelle mit Matr. zu verkauf. Lindenau, Georgstr. 11, I. r.

Sofa, guterhalten, billig zu verkaufen. Kleinzschocher, Schleußiger Weg 27 b, I.

Sofa, guterhalten, billig zu verkaufen. Anger, Kohlgartenstr. 7, II. r.

Nähmaschine, gebr., sehr billig zu verkaufen. Gohlis, Georgstr. 33, III. M.

Fahrrad, guterhalten, billig zu verkaufen. Plagwitz, Schmiedestr. 2, II. r.

Fahrrad, sehr guterhalten, für 75 M zu verk. Lindenau, Thüringerstr. 10, I. r.

Jugend-Fahrrad, guterhalt., für 40 M zu verkaufen. Lindenau, Goethestr. 4, II.

Fahrrad, dauerhaft, für 35 M zu verkaufen. Kleinzschocher, Plagw. Str. 5, I.

Kinderwagen mit Gummir. zu verkauf. Paunsdorf, Schulstr. 140, II. O. Heyde.

Kinderwagen billig zu verkaufen. Lindenau, Mittelstr. 18, I. l.

Kinderwagen, guterhalten, billig zu verkauf. Kleinzschocher, Klingenstr. 55, pt. l.

Kinderwagen, guterh., billig zu verkaufen. Kleinzschocher, Gießerstr. 60, II. r.

Schuhwarengesch. u. Reparaturwerkst. sof. z. verk. Z. erf. Eisenbahnstr. 120, Hutgesch.

Bandoneon, 100tönig, für 55 M zu verkaufen. Neustadt, Martannenstr. 31, I.

Kuckucksuhr, Reißbretter u. s. w. bill. zu verk. Reudnitz, Kreuzstr. 50, III. r.

Photogr. Apparat, 9×12, f. neu, m. Zb. für 15 M zu verk. Wurzner Str. 60, I. r.

Guter Thonofen zum Selbstabbruch bill. zu verkaufen. Eutritzsch, Katzbachstr. 21.

Italienischer Zuchthahn zu verkaufen. Plagwitz, Klingenstr. 3, I.

Bel. R.-Kreuzungskaninchen, alte u. junge, bill. zu verkaufen. Riebeckstr. 30, II. l.

Gartenlaube zu verkaufen. Plagwitz, Naumburger Str. 37, III.

Naturheilkunde, 3 Bde., bill. Lindenau, Gellertstr. 3, II., Hausmann.

Handkoffer, neuer brauner, f. 2 Mk. zu verk. Stötteritz, Hauptstr. 24, H. II. r.

Oleander, blühender, billig zu verkaufen. Kleinzschocher, Rudolfstr. 24, I. r.

Lehnstuhl, schöner, bill. zu verkaufen. Gohlis, Magdeburger Str. 1, III. l.

Nußb. fourn. Spiegelschränkch. kauft, Harmonika verk. Adr. A. 1 postl. B.-Ehrenberg.

Ausgekämmtes Haar kauft stets Kleinzschocher, Lutherstr. 6, im Laden.

Guterh. gr. Pfeilerspiegel mit fourn. Schr. zu kauf. ges. Lindenau, Josephstr. 46, III. l.

Arbeitsmarkt.

Dreher

a. **Dampfkesselarmaturen** geübt, nüchtern und zuverlässig, finden **dauernde** Beschäftigung bei [12816

P. Suckow u. Comp.

Breslau, Lohestraße 9/11.

Tücht. saub. Rasierer wird ges. Burkhardt & Schmidt, Rauchw.-Zurichterei, Gröbers.

Möbeltischler suchen **J. u. G. Gottschalck** 12667] **Salomonstraße 14.**

Tücht. Holzbildhauer sucht sofort **H. Schäferlein,** Mittelstraße 7.

Tüchtige Wickelmacherinnen sucht Südstraße 26, II. l.

1 Schuljunge als Laufbursche f. nachm. gesucht Plagwitz, Gießerstraße 28, I. r.

Junger Fahrrad-Reparateur gesucht O. Sommerlatte, Blücherplatz 1.

Vermischte Anzeigen.

Augenarzt Dr. med. Hinkel wohnt jetzt [13654 **Nürnberger Straße 11, I.** Sprechstunde: Wochentags 10—2 Uhr.

R. Waldeck, prakt. Arzt, Liebertwolkwitz verreist bis 6. September.

Strümpfe werden sauber u. billig angestrickt Masch.-Strumpfstr. **Elisabeth Müller,** Lind., Merseb. Str. 39.

Aeltere Frau sucht nachm. Aufwart. f. Kind o. ält. Herrn Lützowstr. 1 b, II. r.

Ges. 2 1/2-3jähr. Mädch. w. in sehr g. Pflege genommen. Näh. Co., Leopoldstr. 34, pt. r.

Ein Kind wird in gute saubere Pflege genommen Lind., Weststr. 1, pt. l.

Meinem lieb. Mann die herzl. Glückw. z. Geburst. sendet D. Frau u. Kindern.

Frida Gräfe soll leben, ihr guter Max daneben. Nu rate mal.

Kurt Gräfe soll leben, seine stille Liebe daneben. Deine Freunde.

Gratis-Inserate für die Nummern vor Sonn- u. Feiertagen werden nur bis spätestens **tagsvorher,** mittags 12 Uhr, angenommen.

Extrabeilage dieser Nummer:

Von der Firma Schaarschmidt & Co Nachf., Leipzig-Neuschönefeld ein Prospekt für die Abonnenten in Leipzig-O. 2c.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19040818/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG